

CDU/CSU

blockiert, verwässert, verhindert, verschiebt zum Schaden der meisten Bürger, der Umwelt und des Klimas

©

Inhaltsverzeichnis	ab Seite
Blockiert, verwässert, verschiebt, schränkt ein, deckelt, verweigert, schwächt ab	3
Lobbyismus / Bestechung / Korruption	6
218 Lobbyorganisationen haben ungehinderten Zugang zum Bundestag!	
Und immer wieder Scheuer	7
Nebentätigkeiten	8, 21
Untreue, illegale Parteispenden	9
Nicht erst seit heute produzieren UnionspolitikerInnen "Ungereimtheiten"	
Erfolgreicher Lobbyismus	11
Wirtschaftsrat - Union: Eine Symbiose	
Goldgruben: Krankenhäuser, Pflegeheime in privater Hand	12
Steuergelder für Aktionäre	
Autotunnelgigantonomie im Werdenfelser Land	13
Wie steht die CDU zum Thema Wasserstoff?	14
Unternehmen wollen Entscheider in Brüssel beeinflussen	
Das Glyphosat-Drama	15
Kohleausstiegsgesetz	16
Und immer wieder "Aserbaidshän"	17
Ermittlungen wegen des Anfangsverdachts der Bestechlichkeit	18
Die "Raffzahn-Fraktion"	20
So darf das nicht weitergehen	
Corona-Regeln gelten nur für die Anderen	21
Transparenzproblem	22
Ein Lobbyverein bietet Zugang zu "Netzwerken in der Politik"	
Transparenzregister ist nichts anderes als eine Datenmüllhalde	23
Bundestag tut zu wenig gegen Abgeordnetenbestechung	24
Reform des Parteiengesetzes geplatzt	
Lobbyregister	26
Groko-Lobbyregister ist untauglich	
Voller Erfolg der Industrielobbyisten in Deutschland	

Kanzleramt hielt Lobbytreffen geheim	27
Maskenaffäre	
Bundesregierung blockiert weiterhin Country-by-Country-Reporting	29
Geldwäsche	30
Politikfinanzierungsbericht	
Lieferkettengesetz	31
Für die Gewinne deutscher Unternehmen bezahlen viele	32
Schon vergessen?	33
“Minister Intransparenz” Andreas Scheuer	
Cum-Ex	34
Heimliche Großzügigkeit	35
Verkehrswende?	37
Große Ankündigungen, keine Umsetzungen	
Verkehrswende? Von A - Z gelogen	39
Alle drei Bundesverkehrsminister versag(t)en beim Brennernordzulauf vollkommen	42
Reaktivierung versagt	43
- Höllentalbahn (Ofr)	
- Steigerwaldbahn	44
- Fuchstalbahn	
- Ilztalbahn	45
- Wasserburgeer Altstadtbahn	
- Waldbahn Gotteszell - Viechtach	
- Werrabahn	46
CSU: Es geht immer weiter so, verhindern, blockieren, ablehnen	47
Hotspots Kochel, Walchensee	
Wirtschaftswachstum über alles	48
Ab heute, 4. Mai lebt Deutschland auf Pump	50
Individualverkehr - immer mehr, mehr, mehr	52
Was auch niemand von der Union wahrhaben will (China, Wirtschaftsrat)	54
Apropos Digitalisierung	56
Luftverschmutzung	57
Lobbyerfolg bei CO ² -Grenzwerten	
Flugverkehr	58
Gründe, warum Markus Söder nicht deutscher Kanzler werden sollte	59
Fazit	61
Nachträge und Quellenverzeichnis	62

Union blockiert (2021):

Jede Stunde werden in Deutschland 480000 Einwegboxen weggeworfen.

Um den rasend schnell wachsenden Verpackungsmüll zu bremsen (Mehrweg) wurde eine Gesetzesnovelle vorbereitet. Die Union will diese Novelle aber nicht vor 2023.

CDU / CSU verwässert (2021):

Das kürzlich beschlossene **Lieferkettengesetz** wurde von der Union so abgeschwächt, daß z. B. die Opfer (Tagelöhner, Kinderarbeiter) in Rohstoffgruben kein Recht haben den Rostoffausbeuter (Industrie-konzerne) zu verklagen, bei z. B. nicht vorhandenen Schutzmaßnahmen, willkürlicher Beschäftigten-behandlung etc.. Die zivilrechtliche Haftung entfiel, die Umwelt ist kein Schutzgut mehr. Das käme laut **Union** den Unternehmern zu teuer: Unternehmensgewinn vor Menschenschutz.

CSU verschiebt (2021):

Es fallen in Deutschland jährlich 221 Millionen Tonnen Bauschutt an. Deshalb ging eine Mantelver-ordnung (natürlich nicht von der Union) an den Bundesrat.

Dank **Horst Seehofer, CSU**, gilt aber die Mantelverordnung zum Bauschuttrecycling für Bayern **nicht**, für alle anderen 15 Bundesländer schon. D. h. in Bayern wird Bauschutt weiterhin ungetrennt in die Gegend, „Mülldeponie“ genannt, gekippt.

Share Deals:

Bei Share Deals kaufen Investoren Immobilien nicht direkt, sondern erwerben Anteile an Unterneh-men, denen diese gehören. Erwirbt ein Käufer mithilfe eines Co-Investors weniger als 95 % einer Firma und kauft den Rest frühestens 5 Jahre später, so muss er bislang keine Grunderwerbsteuer zahlen.

Die **Union wehrt sich** diese **missbräuchliche Steuergestaltungen** bei der Grunderwerbsteuer mittels Share Deals **zu beenden**. Sie will eine Änderung explizit nur im Agrarbereich.¹

Union-Agrarminister fallen dem EU-Parlament in den Rücken (2021):

Schritt für Schritt ließen sich Mittel aus dem bisherigen System der Flächenprämien abzweigen, hin zur Entlohnung von Umweltleistungen, zu mehr Ökolandbau oder regionalen Naturschutzprojekten. Qualität statt Größe - das gäbe der Landwirtschaft eine neue Richtung, der Natur und uns allen im Land eine neue Chance.²

Jedoch: Das BMEL unter Bundesministerin **Julia Klöckner, CDU**, wollte das Budget für die Ökolei-stungen auf 20 % der Direktzahlungen **deckeln**.

Leider sind die unionregierten Länder und der Bund auf bestem Wege, diese Chance zu verspielen. Der Vorschlag Julia Klöckners liegt am unteren Ende des Möglichen und lässt nahezu 80 % der Flächen-förderung so, wie sie ist. Grundsätzliche Gedanken über die Zukunft der Landwirtschaft hatte sich ihr Ministerium nicht gemacht, den Rat einer zu diesem Zweck eingesetzten Kommission wartete es nicht einmal ab, ja **verbot** ihn sogar!

Unterstützung erhält Klöckner vom Deutschen **Bauernverband**, einer Interessensvertretung der Agrar-industrie - nicht der Bauern! - mit ihrem Präsidenten **Joachim Rukwied, CDU**.³

In Brüssel lief der Trilog zur **Gemeinsamen Agrarpolitik**. Mit den Gesetzesvorschlägen des BMEL orientiert man sich am unteren Verhandlungsrahmen. Das konterkariert all die bisherigen Beteuerungen, die GAP maßgeblich zu verwenden, um dem Artensterben, dem Klimawandel und dem Strukturwandel wirklich entgegen zu wirken. Gegen die Stimmen der EVP (=Union) wurden immerhin 25 % Ökoleistungen anerkannt. Ferner wird dadurch wissentlich den Landwirt*innen die Möglichkeit zur verstärkten **Ökologisierung** ihrer Bewirtschaftungsweisen **verwehrt**.

Jetzt wird erneut deutlich, dass länderspezifische Interessen im Vordergrund stehen, **auf Kosten von Umwelt-, Natur- und Klimaschutz**. Wieder ein **Erfolg der agrarindustriellen Lobbyarbeit**, die es geschafft hat den größten Teil der 400 Milliarden Euro (!) Agrarsubventionen für sich einzusacken; denn je größer der landwirtschaftliche Betrieb ist, desto höher sind die Direktzahlungen - zum Schaden der kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe.⁴

Union verweigert (2021):

In speziellen **Förderschulen** werden in Bayern Kinder und Jugendliche mit Behinderung von dort angestellten Logopäden, Physio- und Ergotherapeuten betreut.

Soziale Träger wie Caritas, Pfennigparade, Lebenshilfe oder Blindeninstitutsstiftung haben enorme Probleme, ihr bayernweites **Therapienetzwerk** an Förderschulen aufrecht zu erhalten. Da es sich dabei um ein rein bayerisches System handelt, bekommen die Träger keine Bundeshilfen.

Rund 4.500 Kinder und Jugendliche werden dort bayernweit beschult und therapiert. Da wegen der Coronapandemie kein Unterricht und keine Therapie stattfinden, zahlen die Krankenkassen nicht und der bayerische Staat müßte laut Ex-Landtagspräsidentin Stamm einspringen.⁵

Die **Bayerische Staatsregierung** weigerte sich jedoch!

Ein klares Bekenntnis zum **Brennennordzulauf** **verweigert** die **CSU** im Landtag nach wie vor. Die Unterschrift des Ex-Bundesverkehrsministers Ramsauer unter einen diesbezüglichen internationalen Vertrag scheint die CSU nicht zu interessieren.

Zur Frage, wie die im **Kohleausstiegsgesetz** für die beiden *Wirtschaftsrat*-Mitglieder RWE und Leag viel zu hoch festgelegte **Entschädigungssumme von 4,4 Milliarden Euro** zu Stande kamen, verweigerte das **Bundeswirtschaftsministerium** weitgehend die Aussage. Es sei eine „formelbasierte Entschädigungslogik“ angewendet worden.

Leider ist das gelogen; denn diese Formel wurde nie angewendet.

Es wurde vertuscht, getrickst und ignoriert - zum Schaden der Steuerzahler.

Selbst die EU-Kommission hat bereits ein Beihilfeverfahren gegen Deutschland wegen dieser exorbitanten Entschädigung eingeleitet.⁶

Union schwächt ab (2021):

Das **CDU-geführte Wirtschaftsministerium** hatte den ursprünglichen, ambitionierten Gesetzentwurf zum **Lieferkettengesetz** so **aufgeweicht**, dass der Kompromiss mittlerweile hinter internationale Menschenrechtsstandards zurückfällt und somit nahezu bedeutungslos geworden ist. Deshalb heißt es jetzt nur noch „Sorgfaltspflichtengesetz“.

Union hält geheim (2021):

Auch nach dem flächendeckenden Betrug im **Dieselskandal** konnten Autohersteller die Abgasverordnungen in ihrem Sinne beeinflussen – und das zum wiederholten Male.

Schon 2015 – die Öffentlichkeit erfuhr gerade vom Ausmaß des Dieselskandals – war es der Autolobby gelungen, schärfere Abgasnormen auf EU-Ebene zu verhindern.

Damals bekamen die Autohersteller prominente politische Unterstützung – so setzte sich etwa der damalige Bayerische Ministerpräsident **Horst Seehofer, CSU**, höchstpersönlich dafür ein, dass die Bundesregierung die Wünsche der BMW-Group nach lascheren EU-Abgasnormen durchsetzte.

Mit den Recherchen von Abgeordnetenwatch wurde das Lobbypapier aus der Bayerischen Staatskanzlei damals öffentlich gemacht – **gegen den Widerstand** des **CDU-Kanzleramts**, das lange versuchte, das Schreiben **geheim** zu halten.

Nach wie vor zeigt sich die **Macht der Autoindustrie**: Der Verband der Automobilindustrie (VDA) und allen voran deren Toplobbyistin und Exkanzleramtsministerin **Hildegard Müller, CDU**, laufen Sturm gegen die höheren EU-Klimaziele, die in Brüssel diskutiert werden.⁷

In den letzten Tagen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft hat die EU, unter dem Druck der damaligen Bundeskanzlerin **Angela Merkel**, sich mit China über das **Investitionsabkommen** geeinigt und Ende 2020 vorgelegt. Allerdings ohne eine pikante "Nebensächlichkeit", die **erst 2021** bekannt wurde: Im Anhang 2 des Abkommens ist eine **Zusatzklausel**, die eigentlich den Marktzugang von Unternehmen regelt.

Darüber hinaus ist eine weitere „Regelung“ festgeschrieben, die die Leitung der zahlreichen ausländische Stiftungen, z. B. Mercator/MERICS, und Nichtregierungsorganisationen in China bestimmt. Sie darf nicht mehr in der Hand der jeweiligen Stiftung sein! Grundsätzlich muß nun die Leitung ein Chinese übernehmen. Faktisch hat damit die Kommunistische Partei alle Stiftungen in ihrem Griff.⁸

Der Vertrag liegt derzeit auf Eis – Grund sind bereits die ersten chinesische Sanktionen gegen mehrere Europaparlamentarier. Und trotzdem bezeichnete Ex-Kanzlerin Merkel das Abkommen als "sehr wichtiges Unterfangen."⁹

Union dagegen (2021):

Bei schwerer **Wirtschaftskriminalität** wie beim Abgasskandal oder organisierter Beihilfe zur Steuerhinterziehung kommt es nur sehr selten zu Verurteilungen der Verantwortlichen.

Denn: Die individuelle Schuld von Spitzenmanagern könne praktisch nie nachgewiesen werden.

Umso mehr fehlt es an einem eigenen **Unternehmenssanktionsrecht**, das zumindest angemessene Strafen für Unternehmen als Ganzes ermöglicht. Die große Koalition hatte ein Unternehmenssanktionsrecht zwar versprochen, aber letztlich wegen **Widerstand** der **CDU/CSU** nicht beschlossen.

Pikant dabei ist, daß zahlreiche europäische Staaten, u. a. Frankreich, Italien, Spanien oder sogar die USA, Australien, Japan und Türkei ein Unternehmensstrafrecht haben.

Lobbyismus / Bestechung / Korruption

218 Lobbyorganisationen haben ungehinderten Zugang zum Bundestag!

2021: Ach, wie wunderbar Amigo-Affären doch wirken können. Da sperren sich CDU und CSU seit Jahren dagegen, etwas Licht ins Dunkel ihrer Lobbykontakte zu bringen. Mit allen Verzögerungstaktiken, die der parlamentarische Alltag so erlaubt, haben sie immer wieder Gesetze verhindert, die sie zu mehr Offenheit verpflichten würden.¹⁰

Beispiele

Philipp Amthor, CDU, Lobbyist für das Unternehmen Augustus Intelligence.

„Ist Philipp Amthor käuflich?“¹¹ fragte der SPIEGEL am 12. 6. 2020 in einem langen Artikel über den CDU-Bundestagsabgeordneten aus Mecklenburg-Vorpommern. Philipp Amthor, so der Vorwurf, habe bei der Bundesregierung für das New Yorker Unternehmen Augustus Intelligence Inc. lobbyiert und von dessen Erfolg persönlich profitiert: Er erhielt Aktienoptionen von Augustus und wurde Direktor bei dem Unternehmen.¹²

Wie Amthor sehr erfolgreich seine Lobbytätigkeit für Augustus beim Bundeswirtschafts- und verkehrsministerium wurde, ist in der Datei „Wie Philipp Amthor zum Türöffner für Augustus Intelligence wurde“ nachzulesen.¹³ Sowohl Augustus als auch die beiden Ministerien waren hochofreut über die Kontaktvermittlung. Siehe hierzu auch die Rolle des Ex-Staatssekretärs **RA Christian Hirte, CDU**, MdB, der sich selbst als Lobbyist bezeichnete und wegen einer anderen Affäre entlassen wurde.¹⁴

Auch Ex-Verteidigungsminister **Guttenberg, CSU**, und der frühere Verfassungsschutzchef **Hans-Georg Maaßen, CDU**, versuchten ihren Einfluss für Augustus Intelligence geltend zu machen. Abgeordnetenwatch.de-Recherchen enthüllten später sogar, dass das **Bundeskanzleramt** ein Treffen zu Augustus zwischen Kanzlerin **Angela Merkel** und Guttenberg vor der Opposition verheimlichte.

Der Skandal wurde von Journalisten aufgedeckt, hatte aber für Amthor leider keine Konsequenzen. Im Gegenteil: Trotz dieser ungeheuerlichen Affäre wurde er wieder 2021 von Mecklenburg-Vorpommern in den Bundestag gewählt.¹⁵

Die **Union** wird nicht anständig.

Jurist **Dr. Franz Rieger, CSU**, MdL kam wegen **Erpressung** im Herbst 2021 vor Gericht.

Das Gericht ließ eine Anklage der Staatsanwaltschaft zu. Vorwurf der Erpressung und **Beihilfe zur Steuerhinterziehung** im Zusammenhang mit der Einwerbung und Verschleierung von Wahlkampfspenden aus der Immobilienbranche.¹⁶

08.06.2022: Erpressung: **CSU**-Abgeordneter Rieger rechtskräftig verurteilt, bleibt aber MdL (Skandal!)

Und immer wieder Scheuer

Andreas Scheuer, CSU, Lehramtstudium, Politikwissenschaft, Ex- Bundesverkehrsminister:
Der Rechnungshof warf **Scheuer gravierende Mängel im Kampf gegen Korruption** vor.

Im Bundesverkehrsministerium, an dessen Spitze von 2013 bis 2017 **Alexander Dobrindt** stand und das danach sein **CSU-Parteifreund Andreas Scheuer** führte, sahen die Bundesrechnungsprüfer **große Defizite** bei der Korruptionsprävention.

Für die Jahre 2017 und 2018 sei von den Rechnungsprüfern „insbesondere festgestellt“ worden, dass im Geschäftsbereich des Ministeriums „die vorgesehenen Gefährdungs- und Risikoanalysen teilweise nicht turnusgemäß durchgeführt oder nicht anlassbezogen aktualisiert wurden“.17

Scheuer wurde aufgrund seiner zahlreichen Verfehlungen in einer deutschlandweiten Umfrage als schlechtester Bundesminister „gekürt“. Reaktion: Natürlich keine. I

*Im Gegenteil er erhielt von **Markus Söder, CSU**, den Platz 3 auf der Bundestagswahlliste von 2021.*

Das Thema magelhafte Korruptionsbekämpfung in der **CSU** wird im Nachtrag ab Seite 61 mit neuesten Erkenntnissen fortgeführt.

Gescheiterte **Pkw-Maut**: **Andreas Scheuer, CSU**, hatte eine **Zusammenarbeit** mit einem vom Untersuchungsausschuss des Bundestags eingesetzten Ermittlungsbeauftragten **abgelehnt**.18, 19, 20

Scheuers Bundesverkehrsministerium bekommt eine weitere Rüge vom Bundesrechnungshof

Die Verwaltung des über 13.000 Kilometer langen Autobahnnetzes wurde zum Jahreswechsel von den Ländern an den Bund übertragen. Dieser soll nun zentral die deutschen Autobahnen planen, sanieren und betreiben. Der großen Idee folgt eine lausige Umsetzung.

Im März veröffentlichte der Bundesrechnungshof einen Bericht, in dem er darauf hinwies, dass Beschäftigte bei der Autobahn GmbH 10 % mehr Gehalt bekommen als beim Bund üblich. Das Prestigeprojekt wurde zum **Selbstbedienungsladen**.

Im Zuge der Umgestaltung mussten mehr als 10.000 Beschäftigte von den Ländern zur Bundesgesellschaft wechseln und mehr als 1.500 verschiedene IT-Systeme neu synchronisiert werden. Allein die Personalkosten liegen **mit 800 Millionen Euro über den anfangs vereinbarten jährlichen Kosten** für die gesamte Autobahn GmbH. 21

Ab 2022 wird das Projekt **um 400 Millionen Euro teurer werden**: **Statt 1,38 Milliarden Euro sollen nun 1,78 Milliarden Euro an Steuergeldern** für diese neu geschaffene “Verwaltungseinheit” benötigt werden. In der Verabschiedung der Reform 2017 hieß es noch, dass man jährlich einen Betrag von 632 Millionen Euro benötigen werde. Das bedeutet: Die Kosten liegen beim Dreifachen des ursprünglich vereinbarten Betrages.

Warum die Kosten so rasant gestiegen sind, wollte Scheuers Bundesverkehrsministerium nicht beantworten. Ebenso unbegreiflich ist das Festhalten der damaligen Bundesregierung an diesem Katastrophenminister **Scheuer, CSU**.

Dr. Dipl.-Kfm Joachim Pfeiffer, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion mit zahlreichen Nebentätigkeiten, ließ offenbar sein Wahlkreisbüro für seine privaten Firmen arbeiten. Ein Verstoß gegen die geltenden Verhaltensrichtlinien für Abgeordnete, der zeigt: Die Vorschriften wurden (2020) von der CDU-geführten **Bundestagsverwaltung** nicht wirksam kontrolliert.

Mit Stand März 2021 zeigte Pfeiffer insgesamt **27 Nebentätigkeiten** beim Bundestag an, die er in der Legislaturperiode 2017–2021 ausübte. Neben seinem Mandat als Bundestagsabgeordneter leitet er auch 3 Unternehmen, *die er alle nach seinem Einzug in den Bundestag gründete*: Die beiden Beratungsgesellschaften Dr. Joachim Pfeiffer Consulting und Maconso GmbH und die Klippenhaus SL, die auf Mallorca eine Ferienwohnanlage baut.

Frage: Ich dachte naiverweise, daß „Bundestagsabgeordneter“ und somit als Volksvertreter - nicht für die eigene Tasche - ein Hauptberuf und kein billiger Nebenjob sei.

Trotz gegenteiliger und beleidigter Äußerungen des selbstverständlich völlig korrekt handelnden MdBs **Pfeiffer** wird ihm wohl die Angelegenheit zu heiß: Er tritt ab.²²

Obendrein muß man über das „saubere“ CDU-Mitglied **Pfeiffer** wissen:

Er votierte nicht nur gegen das Tabakwerbeverbot, ist für eine Absenkung des Mindestlohns, für die Reduzierung von Sozialausgaben, die er als „Sozialklimbim“ diskriminiert und gilt als klimawandel-skeptisch (im Klartext: Klimawandelleugner). **Pfeiffer** wurde bundestagsintern zusammen mit **Thomas Bareiß**, CDU und **Dr. rer. pol. Carsten Linnemann**, CDU-Bundesvorstandsmitglied als „Bermudadreieck der Energiewende“ bezeichnet, als Dreigestirn, das jeden klimapolitischen Fortschritt schlucke.

Dr. Linnemann forderte 2021 in einem Interview mit der „Welt“ eine Fokussierung auf die Volkswirtschaft, und *keine Debatten darüber wie wir in Zukunft leben sollten*. Ich finde es außerordentlich kurzsichtig und gefährlich, daß solche Mitglieder des Bundestags nur das Heute und Jetzt ihrer Parteispenderer vertreten, gemäß dem Motto „Nach uns die Sintflut“.

Wie **dreist** das Mitglied des **CDU-Bundesvorstands**, Dipl.-Betriebswirt **Thomas Bareiß** ist (der nach wie vor im Bundestag sitzt), zeigt seine Äußerung zur Nachricht des Daimler-Konzerns, 2019 keine Partei-„Spende“ der Union zu schenken:

Partei-„Spenden“ zu stoppen sei „verantwortungslos, demokratiegefährdend und dumm“.

Aha, offenbar sieht **Bareiß** den permanenten Mittelzufluß anderer Leute (sog. Partei-„Spenden“) für das Unionsvermögen von über 185 Millionen Euro gefährdet?

Zu diesen Klimawandelleugnern gehört auch die treibende Kraft der Anti-Windkraft-Lobbyist **Dr. rer. pol. Nikolai Ziegler**. Er fordert u. a. die Abschaffung des EEG und jeglichen Subventionierungsstopp von Wind- und Solaranlagen, ist aber für den massiven Bau von Gaskraftwerken. Er gilt als Lobbyist der Aluminium- und Kohleindustrie. **Ziegler** arbeitete als Referent im Bundeswirtschaftsministerium und war persönlicher Referent des damals für „Strom und Netze“ zuständigen BMWI-Staatssekretär **Thomas Bareiß**. In das gleiche Horn stieß auch **Jens Koeppen**, CDU.^{23, 24, 25, 26}

Diese Phalanx der Windkraftgegner sind mit ein Grund warum sogar der bayerische Ministerpräsident, **Marcus Söder**, CSU, nicht daran denkt die fatale IOH-Windradabstandsregelung komplett aufzuheben.

Fazit: „Saubere“ Leute werden da von ahnungslosen oder mit Partikularinteresse behaftete Menschen in den Bundestag gewählt - zum Schaden der großen Mehrheit der Bevölkerung.

Untreue, illegale und straffreie Parteispenden 27

Tobias Zech, CSU, legte im März 2021 sein Bundestagsmandat nieder, nachdem Vorwürfe laut wurden, er habe sein Amt mit bezahlten Beratertätigkeiten für die nationalkonservative Partei VMRO-DPMNE in Nordmazedonien und deren mittlerweile wegen Korruption zu einer Haftstrafe verurteilten, nach Ungarn geflohenen Vorsitzenden Nikola Gruevski verquickt.

Seit Wochen (2021) gab es offene Fragen zum Abschluss der Bauleistungs- und Feuerrohbauversicherung für den Klinikneubau in Wasserburg. **Klaus Stöttner, CSU**, MdL, Bankfachwirt, schwieg, ob eine Versicherungsagentur involviert war, deren Mitgesellschafter er ist. Jetzt ist der Rechnungshof gefragt.²⁸

Nicht erst seit heute produzieren UnionspolitikerInnen "Ungereimtheiten"

Als Ende 2004 die **CDU**-Politiker **Hermann-Josef Arentz** (MdL, Unternehmensberater) und Dipl.-Volkswirt **Laurenz Meyer**, Ex-MdB, (RWE- und Montblanc-Affären) wegen Sonderzahlungen und Vergünstigungen von ihren Ämtern zurücktreten mussten und eine allgemeine Diskussion um die Nebentätigkeiten von Abgeordneten, bzw. deren Transparenz einsetzte, geriet Anfang 2005 auch **Hildegard Müller, CDU**, Präsidentin des Verband der Automobilindustrie (VDA), in die Schlagzeilen.

Der mit **Lobbyismuskorruptionen** überhäufte, ehemalige Wirtschaftsstaatssekretär und immer noch in Amt und Würden(?) befindliche, Dipl. Betriebswirt **Thomas Bareiß, CDU**, lies Informationen zur Energiepolitik, „Sachstand EEG-Umlagenentlastung KWK-Neuanlagen“ von seinen damaligen Beamten im Bundeswirtschaftsministerium zusammenstellen - ganz nach dem Wunsch der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Baker Tilly. Dort arbeitete ein Parteifreund, der Innovations- und Forschungsdirektor und ehemalige MdB **Prof. Dr. Martin Pätzold, CDU**, der wiederum einem potentiellen Kunden, in diesem Falle der Energie- und Wasserversorgung Bonn/Rhein-Sieg GmbH“, bezüglich Re-Investitionsentscheidungen etwas Gutes tun wollte. Das war für die Stadtwerke Bonn, zu der die o. g. Tochtergesellschaft gehört, sehr wichtig, weil Ende 2022 die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung auslief.²⁹

Bareiß, für mich ein "rotes Tuch":

Aufsichtsratsvorsitzender bei der bundeseigenen Energie-Agentur DENA war der Klimaskeptiker **Thomas Bareiß**, CDU. Die höchst umstrittene, privatwirtschaftlich geführte **Deutsche Energie-Agentur GmbH** hat laut Gesellschaftsvertrag bundesweit und international Dienstleistungen zu erbringen, um die energie- und klimapolitischen Ziele der **Energiewende** auszugestalten und umzusetzen.

In vielen Studien wird aber nachgewiesen, daß die DENA genau dies **nicht macht**. Im Gegenteil. Sie ließ 2021 eine Klimaleitstudie erstellen und erlaubt RWE, Daimler und weiteren Mitgliedern des für seinen Widerstand gegen Klimaschutz bekannten, unionnahen **Wirtschaftsrats** Einfluss auf die Ergebnisse zu **nehmen**. Für kleines Geld dürfen die „Partner der Studie“ unsere künftige Klimapolitik mitbestimmen.³⁰

Im April 2020 vereinbarte die damalige Koalition unter dem Einfluß der Coronaepidemie "Belastungen für Beschäftigte und Unternehmen möglichst zu vermeiden." Es sollte ein "Mobile-Arbeit-Gesetz" und eine Erleichterung bei der Wahl und Bildung von Betriebsräten beschlossen werden. Im Februar 2021 verkündete [Bareiß](#), daß besondere Belastungen getilgt worden seien. Das ist gelogen, denn die Wahrheit ist, daß Ex-Bundeswirtschaftsminister [Altmaier](#) das Mobile-Arbeit-Gesetz (Zumutung für die Unternehmer) **blockierte** und das **Betriebsräte-Moratorium garnicht zur Anwendung kam** (Nachzulesen im "Der Spiegel" Nr. 20, 15. 5. 2021, Seite 75 "Belastungsstopp für Unternehmen"). Als Erfolg bezeichnete [Altmaier](#) den Etikettenwechsel statt Betriebsrätestärkungsgesetz nun zu Betriebsrätemodernisierungsgesetz.

2018: Eine **Geburtstagsfeier** für fast 160.000 Euro, gesponsert von Kreissparkasse und Landkreis, eine abgeschriebene Doktorarbeit: Die Affären des Miesbacher Landrats [Jakob Kreidl](#), [CSU](#) und Expräsidenten des Bayerischen Landkreistages belasteten die [CSU](#) wieder schwer. Es ging um exklusive Reisen, Geldgeschenke, Sponsoring, Einladungen auf Kosten der Miesbacher Sparkasse, also um Vergnügungen mit dem Geld anderer.

Die Staatsanwaltschaft München II erhob Anklage gegen [Jakob Kreidl](#), [CSU](#), den früheren Miesbacher Sparkassenchef Georg Bromme und elf weitere Personen.

Das Landgericht hatte beide zu **Haftstragen wegen Untreue** auf Bewährung verurteilt. Kreidl fühlte sich unschuldig und ging in Berufung. Vergeblich, wie der BGH in seiner jetzigen Begründung noch einmal betont. Der Gesamtschaden beläuft sich auf 250.000 €.

Jakob Kreidls Anwälte erklärten zynisch vor dem Bundesgerichtshof: Das Verhalten von Kreidl und Bromme sei ein "bayerisch-barockes, übliches, gewohnheitsmäßiges Handeln" gewesen.

2020 erhielt die [CDU](#) 8,8 Millionen € Groß-„Spenden“ (> 50000 €) alleine aus der Wirtschaft.

Bei der [CDU](#) gingen 2021 100.000 € vom **Lobbyverband der chemischen Industrie** ein, der unter anderem die Interessen von BASF und Bayer vertritt. Eine weitere Spende über 100.000 € kam von dem Unternehmer Thomas Frank Maximilian Toporowicz. Der **CDU-Großspender** wird im Handelsregister als Geschäftsführer der Werbeagentur DDAS und der Vermögensverwaltungsgesellschaft TopTrust GmbH geführt.

2021 erhielten an Gesamt-„Spenden“ (im Klartext: nicht strafbewehrte Bestechungsgelder) laut Deutscher Bundestag, Drucksache 20/5960 die Parteien insgesamt III Millionen €, davon

die CDU	41,516 Millionen €,	Rang 1
die SPD	17,490 Millionen €,	Rang 3
die Grünen	14,427 Millionen €,	Rang 4
die AfD	6,640 Millionen €,	Rang 6
die FDP	19,633 Millionen €,	Rang 2
die CSU	7,609 Millionen €,	Rang 5
die Linke	3,135 Millionen €,	Rang 7
der Südschleswiger Wählerverband	0,520 Millionen €.	Rang 8

März 2023: Die Deutsche Vermögensberatung AG hat dem Parteivorsitzenden der [CDU](#), F. Merz, eine 100.000 €-Spende "übergeben".

Erfolgreicher Lobbyismus

Wirtschaftsrat - Union: Eine Symbiose

Weitere, massive Lobbyverflechtungen brachte eine Studie zum **Wirtschaftsrat** der **CDU** ans Licht.

<https://www.lobbycontrol.de/studie-wirtschaftsrat/>

Dieser ist trotz seines Namens kein Parteigremium, sondern eine Lobbyorganisation, die in der **CDU** bestens vernetzt ist und unter anderem Druck **gegen Klimaziele** macht, **31**. 12000 Mitglieder dieses Verbands ignorieren vorsätzlich, das schon vor 40 Jahren Wissenschaftler prognostizieren in welche riskante Lage die Menschheit auf ihrem **Ausbeutungskurs** hineinschlittert.

Mehrere **Unionsabgeordnete** hatten ihre Mitgliedschaft in dem Lobbyverein verschwiegen. Großen Einfluß hatte von 1999 - Ende 2021 **Vizepräsident und Finanzlobbyist Friedrich Merz**, **CDU**, der als **“Türöffner”** zu den **CDU-Gremien** fungiert und obendrein Gastmitglied im Präsidium der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) war.

Die Verbindungen zwischen **Wirtschaftsrat** und **CDU** sind äußerst eng. Die Präsidentin Astrid Hamker war **ständiges beratendes** Mitglied im Bundesvorstand der **CDU** und damit aufs Engste an die Diskussionen und Beschlüsse der Partei angebunden - und zwar in privilegierter Rolle. Die Lobbyisten des **Wirtschaftsrat** waren wöchentlich (!) einmal im Bundesfinanzministerium. Als Lobbyforum mit mehreren 1000 Gästen dient der jährliche Wirtschaftstag dem **direkten Einfluss** von Unternehmen auf die Politik, d. h. die Gesetzgebung.

Das sind Zustände wie in einer Bananenrepublik.**32**

Update vom 23. 5. 2023: <https://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-und-klima/wirtschaftsrat-der-cdu-klage-abgewiesen-aber-teilerfolg-erzielt-108915/>

Das CDU-Parteigericht hat entschieden, dass der Lobbyverband Wirtschaftsrat der CDU weiterhin als Dauergast im Parteivorstand sitzen darf. Das ist ein klarer Verstoß gegen das Parteiengesetz!

Als Berufsverband **genießt** der **Wirtschaftsrat der CDU** **Steuervorteile**, allerdings **ohne Rechenschaftspflichten**, wie sie etwa für Parteien gelten. Außerdem werden trotz Steuervorteile keinerlei Beschränkungen der politischen Tätigkeiten eingefordert - anders als bei gemeinnützigen Vereinen! Das ist ebenfalls rechtswidrig.

Pikant dabei: Die **Union** hingegen kämpft - mit zunehmenden Erfolg, Beispiel Avaaz, Campact - gegen die Gemeinnützigkeit von NGO's, wenn sie sich zur Politik äußern oder gar kritisieren.

Die **CDU** will auch die Deutschen Umwelthilfe, DUH, mundtot machen. Sowohl dem ehemaligen Wirtschaftsratpräsidiumsmitglied **Friedrich Merz**, **CDU**, als auch RA Dr. **Jan-Marco Luczak**, **CDU** ist die Gemeinnützigkeit von Greenpeace ebenso ein Dorn im Auge und fordern die Aberkennung.

Die **Union** verträgt offenbar keine kritische Zivilgesellschaft. Orban läßt Grüßen.

Goldgruben: Krankenhäuser, Pflegeheime in privater Hand

Durch die Corona-Pandemie trat die **“Eklatante Mißwirtschaft im Gesundheitssystem”** (Prof. Dr. Hendrik Streeck) zu Tage. Die Krankenhäuser verlieren in Massen die überbeanspruchten Pflegekräfte, weil sich ihre Wertschätzung nur in **“Klatschen”** ausdrückt. Jeder Dienst an einem schwerkranken Patienten, an dem man versucht sein Leben zu retten, ist mehr Wert als die Position eines Vorstand oder Aufsichtsrats eines Konzerns, z. B. des **Asklepios** Krankenhauskonzerns, mit 150 Krankenhäusern, der auch Mitglied im **Wirtschaftsrat** ist. Was hat ein Gesundheitskonzern dort verloren, der behauptet nur **“Zum Wohle des Patienten”** zu arbeiten?

Zu mir sagte in einem Wahrheitsanfall ein Asklepiosmanager **“Das einzige was mich interessiert ist Geld”**. Aber nach außen hin wird nur **“Zum Wohle des Patienten”** geheuchelt.

Die in privater Hand befindlichen Krankenhäuser und Pflegeheimen haben sich zu wahren Goldgruben entwickelt. Ihr hauptsächlicher Zweck ist nicht das Wohl der Patienten, sondern rücksichtslose Wertabschöpfung und Renditemaximierung. Ihre Gewinne fließen nicht in die Pflegeberufe, die neben den Ärzten die Hauptlast tragen, sondern in die Taschen der Gesellschafter und Eigentümer. Die zahlreichen Mitglieder der Geschäftsführungen der Asklepioskrankenhäuser sind z. B. am Umsatz beteiligt. Als KRH in Bad Tölz noch städtisch war, gab es einen Direktor, seit Asklepios sind es jetzt 4 hochdotierte Geschäftsführer. Daß das zum Wohle des Patienten sein soll, ist mir schleierhaft.

Das **Gesundheitswesen** ist eine elementare Aufgabe des Staates und gehört nicht in eine renditeorientierte Krankenhausindustrie, die das Klinik- und Altenheimpersonal auszehrt. Insofern haben die bisherigen **Bundesregierungen** zum großen Schaden der Bürger Deutschlands **vollkommen versagt**.

Steuergelder für Aktionäre

Im **klimaschutzfeindlichen, unionsnahen Wirtschaftsrat** sind auch die Automobilkonzerne Mitglieder.

Da verwundert es nicht, daß diese von der Bundesregierung mit unseren **Steuergeldern** massivst gepampert wurden und werden. 5000 € Kaufprämie pro E-Auto und 4500 € Kaufprämie für ein fast CO²-wirkungloses Hybridauto, wirft die Bundesregierung, **noch bis 2025 unsere Steuergelder** über den Autokäufer den Autokonzernen hinterher. Und das obwohl die deutschen Konzerne die pandemiebedingten Einbrüche längst aufholten und inzwischen wieder üppige Überschüsse einfahren: Im Frühjahr 2020 erklärte Ex-Wirtschaftsminister **Peter Altmaier**: Unternehmen, die während der Corona-Pandemie staatliche Unterstützung zur Krisenbewältigung erhalten, sollten keine Dividenden ausschütten.

Die Realität sieht anders aus: Alleine VW hat ihren **Überschuss** im operativen E-Autogeschäft von rund 900 Millionen zum Jahresauftakt 2020 auf mehr als **4,8 Milliarden €** gesteigert.

BMW hat für das Geschäftsjahr 2020 **1,25 Milliarden €** an **Dividenden ausgeschüttet**. Zuvor hatte der deutsche Autobauer Kurzarbeitergeld für 30.000 Mitarbeitende erhalten. Über die konkrete Höhe der erhaltenen Staatshilfen schweigt das Unternehmen.

Auch **Daimler** erhält im Krisenjahr umfangreiche Hilfen: 700 Millionen € sparte der Konzern durch das Kurzarbeitergeld. **Zusätzlich** profitiert Daimler von der sogenannten **Innovationsprämie** für Elektro- und Hybridantriebe und erhält außerdem eine Subventionierung seiner Lkw-Sparte. Und nach einer **Dividendenausschüttung** im April in Höhe von **1,4 Milliarden €** sowie einem **Gewinn im ersten Quartal** dieses Jahres von **5,75 Milliarden € beantragt Daimler 3 Wochen später erneut Kurzarbeitergeld!** **33**

So sah höchst **erfolgreiche Lobbyarbeit** unter Mithilfe der „Türöffner“ und MdBs der **CDU Merz, Steiger, Öttinger, Pfeiffer** und Konsorten aus. Unsere Steuergelder für die Aktionärsdividende!

Autotunnelgigantonomie im Werdenfeler Land

Andererseits wird z. B. der ohnehin spärliche ÖPNV-Beitrag im von der **CSU-Landrätin Jochner-Weiß** gesteuerten Landkreis Weilheim-Schongau nicht weiter erhöht, da laut Kämmerer, dafür kein Geld vorgesehen ist.

Aber für die uferlos weiter wachsende, milliarden schwere Auto-Tunnelgigantonomie im Lkr. GAP war dem Ex-Bundesverkehrsminister Dobrindt, wohnhaft im Nachbarlandkreis WM-SOG, nichts zu teuer. Die 3 kurzen Tunnel (Kramer, Auerberg, Wank) kosten über **1/2 Milliarde €**. Es kommen noch 2 Tunnels dazu, Gesamtkosten mehr als 1 Milliarde €.

Spielt das auch eine Rolle? Das **Wirtschaftsrat**präsidiiumsmitglied **Günther Oettinger, CDU** sitzt beim Weltmarktführer für Tunnelbohrmaschinen, der Herrenknecht AG im Aufsichtsrat.

Juni 2021:

Landesgruppenchef **Dobrindt, CSU**, MdB und WM-GAP-Wahlkreisinhaber, verkündet den Bau des sog. **Auerbergtunnels** für 108 Millionen, im Juli jedoch schon angewachsen auf 160 Millionen €.

Obwohl im Alpenplan festgehalten ist, daß **keine weitere Alpentraverse zugelassen werden darf**, kümmernte das dem bundesdeutschen Verkehrsministerium, dank dem Peißenberger **Dobrindt**, nicht.

Die A95/B2 Zufahrt nach Garmisch-Partenkirchen ist nahezu immer nur im Stop-and-go-Betrieb möglich. Eine sinnvolle, bevölkerungsschonende Bewältigung dieses Problems wäre der zweigleisige Ausbau der Werdenfelsbahn. Doch plötzlich stehen hier **108 Millionen €** für einen **4 km langen Straßentunnel** zur Verfügung, während der Bund beim dringend nötigen Ausbau der Werdenfelsbahn immer vortäuscht, dass eine Finanzierung (ca. 221 Millionen €) für den gesamten zweigleisigen Ausbau von Tutzing bis Garmisch-Partenkirchen (ca. 60 km), nicht möglich sei. Damit hätte man sich den Auerbergtunnel und demnächst den noch teureren 3,6 km langen **Wanktunnel** für über **160 Millionen €** zum Wohle der einheimischen Bevölkerung sparen können.

Auch **Dobrindt** hat nicht begriffen oder genauer, darf nicht begreifen, daß mehr Straßen immer noch mehr Autoverkehr anziehen; denn genau das fordern ja die industriellen Parteispender.

Die deutsche, meist **unionregierte Politik** (und neuerdings FDP-Politik) leitete immer mehr Autos durch immer mehr Straßen und Tunnel in die Berge und ließ gleichzeitig die **Schieneinfrastruktur zerfallen**. Eine Folge davon ist das schwere **Zugunglück im Juni 2022 bei GAP**, wobei **Dobrindt** wegen Unterlassung des Ausbaus der Werdenfelsbahn indirekt eine **Mitschuld** trägt.

Update vom 28. 5. 2023: <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/marodes-schiennetz-investitionsbedarf-von-90-milliarden-euro,TfXPhwT>

Darin wirft ausgerechnet Maulheld **Dobrindt** dem jetzigen Verkehrsminister Wissing vor: „Wir haben einen FDP-Verkehrsminister, der sich nicht für die Bahn interessiert und bereit ist, in sie zu investieren.“

Das ist an Scheinheiligkeit und Verdrehung von Tatsachen nicht zu überbieten; denn was tat **Dobrindt** für die Bahn? S. o..

Österreich hingegen hat die Gesamtschädlichkeit eines überbordenden Individualverkehrs erkannt:

Tirol investiert in den Ausbau des Schienennetzes und schließt seine Straßen für den Durchgangsverkehr.

Kein Wunder, denn Österreichs Politik wird nicht von einer übermächtigen Autoindustrie diktiert.

Man sieht erneut: Die **CSU** investierte ins Gestern, als ob es kein Morgen gäbe.

Wie steht die CDU zum Thema Wasserstoff ?

Das Bundeswirtschaftsministerium und die Gas-Industrie setzen auf „Blauen Wasserstoff“. Bei der Produktion des Blauen Wasserstoffs geht ca. 1/4 der eingesetzten Energie verloren.

Und, trotz CO²-Abscheidung gelangen je nach Produktions- und CCS-Verfahren zwischen 10 und 40 % des entstandenen CO² in die Atmosphäre. Das macht Blauen Wasserstoff zu einer Scheinlösung der Energiewende, bei der die mächtige, fossile Gaswirtschaft ihr Geschäft einfach weiter betreiben kann wie bisher – und zugleich die Chancen von Grünem Wasserstoff zu zerstören droht, der per Elektrolyse aus erneuerbarem Strom produziert wird.³⁴

Ende 2019 setzte Peter Altmaier, CDU, grünen und blauen Wasserstoff gleich und beendete den Dialogprozess „Gas 2030“ mit den Worten „Gas ist sexy“. Altmaiers Staatssekretär Thomas Bareiß, CDU, äußert sich laut Lobbycontrol seit Jahren „abfällig bis kritisch über Klimaschutzmaßnahmen“ und sprach sich in der Vergangenheit für den Import von blauem Wasserstoff aus.

Die Union setzte auf Wasserstoff. „Wasserstoff ist nicht der Champagner der Energiewende, sondern das Tafelwasser, daran arbeiten wir“, verkündete Andreas Scheuer, CSU. Dabei widerspricht er explizit der Forschung: Energieexpertin Prof. Dr. Claudia Kemfert vom DIW spricht von Wasserstoff als Champagner der Energiewende. „Wasserstoff ist nicht das neue Öl, wie manch behaupten“, sagt sie.

Unternehmen wollen Entscheider in Brüssel beeinflussen

Bislang liegt das Zentrum der Lobbyarbeit in Brüssel. Während im Frühsommer 2020 Europa im Lockdown lag, kämpfte die Gasindustrie um ihr Überleben in der Klimakrise. Im Mai 2020 erreichte ein von Choose Renewable Hydrogen unterzeichnetes Schreiben die Büros von Frans Timmermans, Vizepräsident der EU-Kommission. Choose Renewable Hydrogen ist eine gemeinsame Initiative der wichtigsten europäischen Energieunternehmen und Lobbyverbände wie etwa SolarPower Europe, Enel und Windeurope. In dem Schreiben forderte sie Investitionen in grünen Wasserstoff. Er sei „der beste Weg, um bis 2050 eine vollständige Klimaneutralität zu erreichen“, das Ziel des European Green Deal.

Voller Erfolg der Agrar-Lobbyisten:

Frans Timmermans, erster Vizepräsident der EU-Kommission, hat zum Ende der Verhandlungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) vorgeschlagen, die Ziele des europäischen Green Deal verbindlich in der neuen GAP zu verankern. Aber Ex-CDU-Agrarministerin Klöckner blockierte weiter jeden Vorstoß. Ebenso untergräbt die bayerische CSU-Agrarministerin Michaela Kaniber die Green Deal-Ziele. Sie verweigert eine Reduzierung von Pestiziden:

https://www.euractiv.de/section/landwirtschaft-und-ernahrung/opinion/eu-wahlen-unionslager-opfert-umweltschutz-fuer-laendliche-waehler/?utm_source=piano&utm_medium=email&utm_campaign=12097&pnespid=pqY8AzQeMbgEIKOar2.vC5CQ40mxWJcrfei7muB3s0VmrQ.aJqvG_Xjo24ODFXE0oWlj23mVYg

Timmermans Vorstoß setzt eine zentrale grüne Forderung um: Die sehr guten Ziele des Green Deal zu Biodiversität, Pestizid- und Düngereinsatz und Naturschutz verbindlich in der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) festzuschreiben. Damit würde eine fatale GAP zumindest an die guten Ziele des Green Deal gebunden. Julia Klöckner wehrte sich öffentlich und in den Verhandlungen hinter verschlossener Tür gegen jegliche Bindung der GAP an den Green Deal.

Die Landwirtschaft ist für einen großen Teil der EU-Treibhausgasemissionen verantwortlich und trotzdem beharrt Klöckner auf die Flächensubventionen.

Das Glyphosat-Drama

Akteure: Bayer AG, Glyphosat, BfR, BMEL (Klößner), Landwirtschaft

1. Bayer AG.

Der deutsche Chemieriese Bayer AG, kaufte das US-Skandalunternehmen Monsanto. Monsanto, jetzt Bayer, stellt das Totalherbizid Glyphosat her. Es ist das weltweit bedeutendste Herbizid. Bayer bestreitet jegliche Gefährlichkeit von Glyphosat. Und trotzdem:

2. Glyphosat

wurde von der Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC) für den Menschen als „wahrscheinlich krebserzeugend“ bewertet.

Nach jahrelangem Rechtsstreit hat der Chemiekonzern Bayer das erste US-Gerichtsurteil akzeptiert, wonach das weltweit meistverkaufte Pestizid Glyphosat Krebs verursacht hat und zahlte 20,5 Millionen \$ Schadensersatz.³⁵

Das Institut für Bakteriologie und Mykologie der Universität Leipzig wies die Glyphosatwirkung „zytotoxische Aktivität Leber- und Nierenschäden“ nach. 2010 wurden Missbildungen bei menschlichen Föten festgestellt. Die Universität fordert die Wiederherstellung der Funktionalität der Kreislaufsysteme Boden - Pflanze - Tier - Mensch durch Beseitigung der Glyphosat-Einträge in die Systeme.

3. BfR.

Das dem BMEL unterstellte BfR hat u. a. die Aufgabe die Bundeslandwirtschaftsministerin bezüglich gesundheitlichen Verbraucherschutzes wissenschaftlich zu beraten.

Das BfR wurde aufgefordert Glyphosat zu bewerten. **Das BfR bewertete aber Glyphosat nicht, sondern kopierte, dank exzellenter Lobbyarbeit der Bayer AG, seitenweise den Zulassungsantrag von Monsanto für das Herbizid! Alle Einwände von industrieunabhängigen Forschungsinstituten wurden ignoriert:** Inzwischen ist eine Geheimakte aufgetaucht, die das **BMEL wohlweislich unter Verschluss** hielt: Siehe „Der Spiegel“ Nr. 27 vom 3. 7. 2021, Seiten 68,69.

4. Folge:

Das BMEL mit Ministerin **Julia Klößner, CDU**, setzte trotzdem eine weitere, 5-jährige Zulassung, bis Ende 2022 dieses Giftes fest.

5. Landwirtschaft.

Jährlich werden in Deutschland über 6000 t Glyphosat ausgestreut. Es ist inzwischen in Getränken (Wein, Bier) und in über 63 % der Getreideprodukte die wir zu uns nehmen nachgewiesen. *Es kann also getrost als „Nahrungsergänzungsmittel“ angesehen werden.*³⁶

Der deutsche Chemie-Riese Bayer verkauft in Brasilien **Pestizide**, die in der EU längst verboten sind. Jährlich werden in Brasilien mehr als 6.000 Fälle von Pestizidvergiftungen gemeldet, Tendenz steigend. In jeder vierten Gemeinde finden sich zudem Rückstände von mehreren Pestiziden im Trinkwasser. Dafür ist auch die deutsche Bayer AG verantwortlich: Bayer verkauft in Brasilien sowohl **Glyphosat** als auch fünf Pestizide, die in der EU nicht mehr zugelassen und hochgiftig sind. Daß Bayer nach wie vor die Welt mit für uns alle giftigen Erzeugnisse „beglückt“, ist u. a. dem untauglichen Lieferkettengesetz der **Union** zu verdanken.³⁷

Kohleausstiegsgesetz

Es reicht nicht, daß Ende April 2021 das Bundesverfassungsgericht die Fristen zur **Reduzierung der Treibhausgasemissionen** als verfassungswidrig einstufte - da viel zu gering -, sondern das **Bundeswirtschaftsministerium** auch noch zwei Konzernen aus dem ihm sehr nahestehenden Lobbyverband **„Wirtschaftsrat“** viel zu hohe Entschädigungssummen zukommen ließ.

Die damalige Bundesregierung übernahm im Kohleausstiegsgesetz Bundeswirtschaftsminister **Altmaiers** „hochgerechnete“, **Entschädigungssumme von 4,4 Milliarden €** an die Braunkohleunternehmen.

Energieexperten und Wissenschaftlerinnen hatten monatelang gerätselt, auf welcher Grundlage diese ominöse Entschädigungssumme basiert; denn sie erscheint willkürlich und viel zu hoch. Ein Gutachten zum Kohleausstieg von zwei Wirtschaftsprüfungsgesellschaften kamen zu einem deutlich niedrigeren Entschädigungspreis. Dieses Gutachten hielt **Altmaier** bis zum Dezember 2020 zurück. **Altmaier** log, denn er sprach von „formelbasierte Entschädigungslogik“. In Wahrheit kam diese Formel nie zur Anwendung.

Vielmehr hat das Wirtschaftsministerium die Entschädigungen zu gunsten der beiden Energieunternehmen „hochgerechnet“. Es zeigte sich nämlich, dass die Bundesregierung von unwahrscheinlichen, aber für die Leag und für RWE sehr vorteilhaften Annahmen ausging. Das Ministerium zog veraltete Daten heran, machte **massive Fehleinschätzungen** und **rechnete die Zukunft der Kohle schön**. Ergebnis: Der unionsnahe Lobbyverband **„Wirtschaftsrat“** mit seinen Mitgliedern RWE und Leag setzte bei der Bundesregierung durch, daß sie eine **um mindestens 1 Milliarde € zu hoch** angesetzte Entschädigung aus Steuermitteln erhalten. **38**

Entscheidend für die Höhe der Summe war, welche Gewinne den Konzernen durch die gesetzlich erzwungene Abschaltung von Kraftwerken entgehen. Den *mutmaßlich* **entgangenen Profit** sollen nach dem Willen der damaligen Unionsbundestagsabgeordneten nun **wir Steuerzahler den Konzernen schenken**.

Und immer wieder „Aserbaidtschan“

Karin Strenz, CDU, Lehrerin, Unternehmensberaterin (im März 2021 gestorben):

Ermittlungen wegen des Verdachts der Bestechlichkeit, Bestechung von Mandatsträgern und Geldwäsche.³⁹

Mark Hauptmann, CDU, MdB, Politikwissenschaftler

bestritt massive Lobbyismusvorwürfe bezüglich Werbeanzeigen für Tourismus-Aufenthalte in Aserbaidtschan.

In Thüringen wurde unterdessen gegen den ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten **Mark Hauptmann** wegen des Verdachts der Bestechlichkeit von Mandatsträgern ermittelt. Einem "Spiegel"-Bericht zufolge wurde der Politiker verdächtigt, mit Maskendeals eine Provision von fast einer Million € ein-kassiert zu haben.

Beamte des Landeskriminalamtes durchsuchten die ehemaligen Wahlkreisbüros des Politikers und mehrere CDU-Kreisgeschäftsstellen in Thüringen, wie die Thüringer Generalstaatsanwaltschaft mitteilte. Auch Hauptmanns Büro im Bundestag und seine Wohnräume in Thüringen und Brandenburg wurden durchsucht, außerdem eine Firma im Raum Frankfurt am Main.^{40, 41, 42, 43}

Eduard Lintner, CSU, Regierungsrat:

Razzia gegen den ehemaligen CSU-Bundestagsabgeordneten **Eduard Lintner**. Schwer wiegen die Vorwürfe gegen den ehemaligen Staatssekretär des Bundesinnenministeriums, Lintner. Dieser soll von 2008 bis 2016 aus Aserbaidtschan insgesamt rund 4 Millionen € über britische Briefkastenfirmen mit balti-schen Konten erhalten haben, die einer sogenannten aserbaidtschanischen „Waschmaschine“ zugerechnet werden.⁴⁴

Wirtschafts-Staatssekretär **Thomas Bareiß, CDU**, ist Fall Nummer 5 in der Aserbaidtschan-Connection der Union. Er soll sich in der ersten Corona-Welle dafür eingesetzt haben, Beatmungsgeräte an die Kaukasus-Diktatur zu schicken, die eigentlich für Baden-Württemberg bestimmt waren. Gegen 3 Unionpolitiker laufen schon Ermittlungsverfahren wegen dubioser Verbindungen zum Alijew-Regime, in einem weiteren Fall prüft die Staatsanwaltschaft die Aufnahme eines Verfahrens.

Thomas Bareiß gilt als Mann der fossilen Konzerne, insbesondere der mächtigen Gasindustrie und ist Atomenergiebefürworter.

Aber es zeigt sich noch etwas anderes: Offenbar steckt er auch tiefer in der Aserbaidtschan-Connection der Union, als er zugeben möchte. Abgeordnete haben sich in diesem zynischen Netzwerk vom aserbaidtschanischen Autokraten Alijew fürstlich dafür bezahlen lassen, dass sie Berichte über Menschenrechte in dem kleinen Land im Südkaukasus verhinderten, zum Beispiel im Europarat. Bareiß hat jahrelang seine Mitgliedschaft im Kuratorium eines äußerst fragwürdigen Aserbaidtschan-Lobbyvereins verschwiegen.

Mit seinen offenbar innigen Beziehungen zum aserbaidtschanischen Regime ist Honorarkonsul **Otto Hauser, CDU**, er eine zentrale Figur des Netzwerks. Hauser hat immer wieder die Situation von Demokratie und Menschenrechten in dem Land schöneredet. Auf Bareiß erster Reise im Jahr 2007 begleiteten ihn neben Hauser auch **Axel Fischer, CDU** und **Eduard Lintner, CSU**. Gegen beide wurde wegen Verdacht auf Korruption ermittelt. Lintner steht im Zentrum des Skandals – bei ihm ist inzwischen schon bekannt, dass er etwa 4 Millionen € aus Aserbaidtschan erhalten hat.^{45, 46}

Im März 2021 wurde bekannt, daß der Rechtsanwalt **Olav Gutting, CDU** und MdB, Lobbyarbeit für den als autoritär geltenden aserbaidtschanischen Präsidenten **Ilham Alijew** betreibt.

Ermittlungen wegen des Anfangsverdachts der Bestechlichkeit

Jurist **Dr. Georg Nüßlein**, CSU, MdB

Das Verfahren steht im Zusammenhang mit dem Ankauf von Coronaatenschutzmasken. 660000 € „Provision“ eingesackt. Lobbyist und Vermittler: Thomas Limmberger.[47](#), [48](#), [49](#),[50](#), [51](#), [52](#), [53](#)

Nikolas Löbel, CDU, MdB

Der Mannheimer CDU-Bundestagsabgeordnete Löbel hatte eine Beteiligung an Geschäften mit Corona-Schutzmasken bestätigt. Löbels Firma hat demnach Provisionen in Höhe von rund 250.000 € kassiert, weil sie Kaufverträge über Masken zwischen einem baden-württembergischen Lieferanten und zwei Privatunternehmen in Heidelberg und Mannheim vermittelt hatte. ...[54](#), [55](#)

Axel E. Fischer, CDU, MdB, Dipl.-Ing.

Gegen den Unionspolitiker wurde wegen des Verdachts der Bestechlichkeit ermittelt, sein Bundestagsbüro wurde durchsucht. Er soll Geld aus Aserbaidschan angenommen haben.[55](#)

Christian Schlegel, CSU, Stadtrat in Regensburg

Wegen Beihilfe zur **Steuerhinterziehung**, Verstöße gegen das Parteiengesetz und uneidliche Falschaussage musste er sich vor Gericht verantworten.[56](#)

Wegen des **Verdachts der Untreue** und des Verstoßes gegen das Parteiengesetz ermittelte die Staatsanwaltschaft Koblenz gegen den CDU-MdB **Peter Bleser**, Landwirtschaftsmeister. Dieser soll in den Jahren 2005 bis 2015 zunächst als Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Cochem-Zell und danach als Schatzmeister des CDU-Landesverbandes Rheinland-Pfalz sechs Spenden in einer Höhe von insgesamt 56.000 € unrechtmäßig angenommen haben. Diese stammten nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft von einer Briefkastenfirma.

Alfred Sauter, CSU, MdL, RA, ehemaliger Justizminister

München - Die Staatsanwaltschaft rückte an und durchsucht ein Landtagsbüro: Der Abgeordnete Alfred Sauter rutschte nun tief in die **bundesweite Maskenaffäre**. Gegen den 70-Jährigen aus Schwaben wurde offiziell ermittelt, ob und inwieweit er in den Skandal um Parlamentarier verwickelt ist, die gegen saftige Provisionen Masken-Deals an den Staat vermittelt haben.[57](#), [58](#), [59](#), [60](#), [61](#), [62](#)

Karl Straub, CSU, MdL

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft ging es um den Verdacht der **Steuerhinterziehung**, des **Betrugs** und der Insolvenzverschleppung.[63](#)



Das muß nun einmal hier in aller Deutlichkeit gesagt werden:

Natürlich sind all die hier genannten Politiker redliche, vollkommen uneigennützig und ausschließlich ihrer großen - aber abnungslosen - Wählerschaft verpflichtete Mitbürger.

Sie sehen ihre Hauptaufgabe darin, ihr Mandat dank ihrer herausragenden, raffinierten, umfangreichen, meist rechtskundigen und -beugenden Fähigkeiten in den Dienst als ehrliche und offene Volksvertreter zu stellen. Alle die hier genannten Vorwürfe (ich habe noch viel mehr) sind alle falsch, unzutreffend, ja bössartig; denn wir sind ohne Ausnahme makellose Unionspolitiker, die sich dem christlichen, Nächstenliebeweltbild uneingeschränkt verpflichtet fühlen.

Sollten irgendwelche - doch nur „nebensächliche“ - vier-, fünf-, sechs- oder gar siebenstellige monetären Quellen sich rein zufällig ergeben und bössartigerweise in die Öffentlichkeit gezerzt werden, so sind daran lediglich übereifrige, offensichtlich nicht ausgelastete Staatsanwälte und sonstige Strafverfolgungsbedienstete aus neiderfüllten Motiven daran Schuld.

Im übrigen müssen wir Bürger laut Gemeindetagspräsident froh darüber sein, daß viele unserer Politiker sehr wohlhabend sind, denn nur aufgrund eines soliden finanziellen Fundaments kann ein erfolgreicher Wahlkampf, selbstverständlich und ausschließlich nur zum Wohle unserer Bürger, geführt werden. Und was für die Bürger gut und sinnvoll ist, weiß niemand besser als die unserer christlichen, nächstenliebebasierte Kultur und Geschichte verpflichtete CDU und CSU. Wobei natürlich unter „Bürger“ vor allem die kapitalgebenden Institutionen dank ihrer Spendenfreudigkeit an Parteien und Abgeordneten gemeint sind.

Merke: Wer zahlt, schafft an - auch und gerade in der Politik.

Das ARD-Magazin „Report München“ hat berichtet, dass 6,5 % aller CSU-Abgeordneten im Bundestag über eine Beteiligungsgesellschaft verfügen oder an einer solchen beteiligt sind. Derartige Gesellschaften dienen oft als Sichtblende für Geschäfte, die hinter der juristischen Fassade abgewickelt werden.^{64, 65}

Die „Raffzahn-Fraktion“

Der Bundestag soll das *ganze Volk* vertreten. Doch in Wahrheit repräsentiert er manche Milieus stärker als andere und manche gar nicht. Die Abgeordneten sollen den Menschen dienen, doch einige erwecken den Eindruck, dass ihr Mandat auch der **Auffüllung ihres Portemonnaies** dient. **Allen voran die CDU/CSU-Fraktion**, die in den 2021er Tagen wie eine Truppe wirkt, in der Amigos und Handaufhalter nach Gutdünken ihre schmierigen Geschäfte machen können. Hätten die Parteivorsitzenden **Armin Laschet** (2021) und **Markus Söder**, der Fraktionsvorsitzende **Ralph Brinkhaus** und der CSU-Landesgruppenchef **Alexander Dobrindt** ein *aufrichtiges Interesse an Transparenz*, dann hätten sie längst in ihren Reihen aufgeräumt. Dann hätten sie nicht den beschlossenen Kompromiss zum **Lobbyregister noch mehr verwässert**. <https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/lobbyismus/wie-kanzleramt-und-innenministerium-die-offenlegung-von-lobbyeinfluss-verhinderten>

Aber nicht nur für sich selbst sorgen manche Abgeordnete, sondern ganze Ministerien werden beglückt:

So berichtete der MM, daß seit Jahresbeginn 2021 71 neue Stellen für *Spitzenbeamte* geschaffen wurden, die auch nach der Wahl sehr gut abgesichert sind. Alleine in **Altmaiers Bundeswirtschaftsministerium** sind 18 neue Posten entstanden: Für den Wirtschaftsstabilisierungsfonds - “damit das Geld schnell dort ankommt, wo es benötigt wird” erklärt das Ministerium! Zynischer geht es kaum.⁶⁶

Siehe hierzu die Ausführungen zum unionsnahen, politikbeeinflussenden **Wirtschaftsrat** weiter unten.

So darf das nicht weitergehen. ^{67, 68}

Die Quittung für diese unsäglichen Machenschaften in der Politik sollten die Wähler am 26. 9. 2021 präsentieren. In der Tat, die große Koalition Union/SPD wurde abgewählt.

Sowohl im Bundestag als auch in den Bundesministerien braucht es endlich volle Transparenz

Welcher Lobbyist hat an welcher Passage welches Gesetzesentwurfes mitgeschrieben? Welcher Staatssekretär und welcher Abgeordnete hat sich wann genau mit welchem Einflüsterer getroffen und worüber genau gesprochen? Welcher Parlamentarier hat welche Summen von wem bekommen – nicht als abstrakte "Nebenverdienst"-Posten vermerkt, sondern exakt ausgewiesen, mit vollen Namen, Datum, Belegen und konkreter Gegenleistung.

Nüßlein, Löbel und Fischer sind keine Einzelfälle. Sie sind Auswüchse eines undurchsichtigen Gefälligkeitsgestrüpps, das Deutschlands Demokratie unterminiert. ^{69, 70}

Mit mindestens 123.000 € aus **14 Nebentätigkeiten** ist RA **Dr. Angelika Niebler** (CSU, EVP) die bestverdienende deutsche Abgeordnete im EU-Parlament. Respekt!

Da frage ich mich, wie das scheinbare Superorganisationstalent Niebler ihre Hauptaufgabe als EU-Parlamentarierin überhaupt wahrnehmen kann? Arbeitet sie etwa 48 Stunden am Tag?⁷¹

Ex-MdB und RA **Dr. Peter Gauweiler**, CSU, hatte in seinen 13 Jahren als Bundestagsabgeordneter II Millionen € als „Nebenverdienst“ eingesackt. Respekt! Tolle Leistung! Und dieser ehrenwerte Anwalt, der u. a. **Cum-Ex-Gauner** vertritt (wie übrigens auch RA Kubicki von der FDP), hat u. a. zusammen mit dem angeklagten Ex-Justizminister RA **Alfred Sauter**, CSU, s. o., eine Sozietät. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.^{72, 73, 74}

RA **Michael Kuffer**, CSU, MdB

Als Abgeordneter des Bundestags und zuvor als Stadtrat von München erhält er eine Diät aus Mitteln der öffentlichen Hand. Als RA betreuen seine Unternehmen die Vergabe von Aufträgen, die die öffentliche Hand ausschreibt. Und als Ehrenamtler ist er seit Jahren bestens im Deutschen Roten Kreuz vernetzt, das sich zum Teil um solche Aufträge bewirbt.

Recherchen von t-online und Abgeordnetenwatch zeigen: Es könnte **Interessenkonflikte** zwischen dem beruflichen, politischen und ehrenamtlichen Engagement des CSU-Politikers aus München geben. Nicht immer trennte er seine Politikkarriere scharf von seinen sonstigen Verpflichtungen. Stutzig macht zudem, dass eine seiner Nebentätigkeiten nicht auf den Seiten des Bundestags veröffentlicht ist.⁷⁵

Max Straubinger, CSU, MdB, Landwirtschaftsmeister

stellte das Bundespräsidium fest, was einer öffentlichen Rüge gleichkommt, aber zunächst keine weiteren Konsequenzen hat. Straubinger ist einer der einflussreichsten CSU-Abgeordneten im Bundestag, viele Jahre war er stellvertretender Vorsitzender sowie Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe. 2006 klagte er mit 8 weiteren Abgeordneten vor dem Bundesverfassungsgericht **gegen die Einführung von Offenlegungspflichten bei Nebeneinkünften**.

(Siehe hierzu den Exklusivbericht von <https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/nebentaetigkeiten/abgeordnete-verstiesenhundertfach-gegen-transparenzvorschriften-ohne-konsequenzen>)

Corona-Regeln gelten nur für die anderen. 4 Beispiele

Klaus-Peter Willsch, CDU, MdB, Dipl.-Volkswirt, **Sebastian Reischmann**, CDU, Vorsitzender der umstrittenen „Werteunion“ u. a. feierten mit mind. 12 Gästen - alle ohne Maske und Abstand. ⁷⁶

Bayerns Ex-Wissenschaftsminister **Bernd Sibler**, CSU, wurde wiederholt zur Zahlung eines **Bußgelds** verurteilt, weil er sich nicht an die geltenden Corona-Kontaktbeschränkungen hielt. Auch im Dezember 2020 wurde er zusammen mit seiner Kabinettskollegin **Kerstin Schreyer**, CSU, von der Landtagspräsidentin ermahnt und zu einem Bußgeld verdonnert. ⁷⁷

Der kritische Leser obiger Zeilen muß sich die Frage stellen: Haben diese „*Volkvertreter*“ (!) ihr Unrechtsbewusstsein verloren oder hatten sie noch nie eines? Alle beteuern natürlich ihre Unschuld, s. o..⁷⁸

Der YouTuber Rezo, bekannt für das Video „Die Zerstörung der CDU“, hatte sich erneut mit der Politik der **Union** befasst. Im einem seiner Videos geht es um die Coronapolitik.

In einem knapp viertelstündigen Beitrag auf YouTube lässt der 28-Jährige das deutsche Pandemie-Geschehen Revue passieren. Hier wirft er der Politik – als Beispiel dienen ihm **CDU** und **CSU** – verherende Fehler vor, von der zu spät eingeführten Maskenpflicht bis hin zu den aufgedeckten Korruptionsskandalen.

Über die **Korruptionsskandale** innerhalb der **Unionsparteien** sagt er:

“Das sind straight up korrupte Politiker, die das politische System ausnutzen, um Geld in die eigene Tasche zu tun.“

Transparenzproblem

Dazu paßt eine Korrektiv-Umfrage an alle 709 Bundestagsabgeordnete vom Februar 2021. Sie wurden befragt, ob sie in den vergangenen 5 Jahren Abgeordnetenspenden erhalten haben und ob sie die derzeitigen Spendenregeln für Abgeordnete und Parteien ausreichend finden.⁷⁹

300 Abgeordnete melden sich zurück, aber nur 13 % der **Union**abgeordneten. Etwa 9 von 10 Abgeordneten der **Union** **antworteten nicht auf die Fragen** von Abgeordnetenwatch nach Spenden. Das ist mit Abstand der geringste Wert.

Grund: Die **Union** sieht keinen Änderungsbedarf an den gegenwärtigen Parteiengesetzen und den Transparenzregelungen bei „Spenden“ an Abgeordnete und Parteien.

Auch der CDU-MdB **Dr. Michael von Abercron**, Agrarwissenschaftler und Autobahnausbaubefürworter (A 23) sieht kein Transparenzproblem: „Ganz ehrlich habe ich Probleme zu erkennen, was der ganz allgemeine Mehrwert einer Beantwortung Ihrer Fragen sein soll.“

Ein weiterer entschiedener Gegner für mehr Transparenz ist **Hans-Georg von der Marwitz**, CDU, MdB. "Interessenverflechtungen und wirtschaftliche **Abhängigkeiten**" **sollen nicht aufgedeckt werden**. Mit dem Transparenzgesetz soll u. a. die Fähigkeit des Deutschen Bundestags gewährleistet werden, "unabhängig von verdeckter Beeinflussung" zu arbeiten.

Es ist mir unbegreiflich, wie man solche Leute in den Bundestag wählen kann.

Sophie Schönberger, Leiterin des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung hält eine Überarbeitung des Parteiengesetzes für dringend notwendig. Aber eine Veränderung der internen **Regeln innerhalb der Parteien ist wenig effektiv**.⁸⁰

Ein Lobbyverein bietet Zugang zu "Netzwerken in der Politik". Im Beirat: Mehrere Abgeordnete.

Ein Betätigungsfeld von Bundestagsabgeordneten ist z. B. eine Lobbyorganisation mit dem unscheinbaren Namen "**Initiative Deutsche Infrastruktur**". Dort haben sich "Versicherungen, Versorgungswerke und Pensionskassen" mit einem Anlagevermögen von über 200 Milliarden € zusammengeschlossen. Ihren Mitgliedern bietet die Initiative "**Zugang zu Netzwerken in Politik und Wirtschaft**". Dem Beirat der Initiative gehören u. a. der frühere Verkehrsminister **Dr. Peter Ramsauer (CSU)**, FDP-Fraktionsvize Michael Theurer und der **CDU-Politiker Thomas Jarzombek**., MdB. Auf ihrer Bundestagsseite war von dem Posten bislang nichts zu sehen. Sie hielten die Mitgliedschaft wohlweislich geheim.⁸⁰

Theurer behauptete zunächst, die unvergütete Tätigkeit sei gar nicht veröffentlichungspflichtig. Gemäß der Parlamentsverwaltung ist eine Mitgliedschaft in diesem Lobbyverein nach den Verhaltensregeln sehr wohl anzuzeigen, wie ein Bundestagssprecher auf Anfrage mitteilte.

Also: Parlamentarier:innen, die dies unterlassen, **verstoßen** gegen die **Transparenzpflichten**.

Ein solcher Abgeordneter ist **Peter Ramsauer**. Seit Wochen weigert sich der Ex-Minister, seinen Beiratsposten bei der "Initiative Deutsche Infrastruktur" an den Bundestagspräsidenten zu melden. Es bestehe keine Anzeigepflicht, behauptet **Ramsauer** – entgegen der Rechtsauffassung der Parlamentsverwaltung. Spürbare Konsequenzen muß er, so lange die **CDU / CSU** an der Regierung ist, leider nicht befürchten.

Der Abgeordnete **Ingo Gädechens, CDU**, MdB, Berufssoldat, zeigte seine Mitarbeit im Präsidium des Lobbyvereins "Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik" erst an, nachdem man ihm auf die Schliche kam. Ebenso Rechtsanwalt und Lobbyist **Olav Gutting, CDU**, MdB, der seine Tätigkeiten im „Bundesverband mittelständische Wirtschaft“ sowie im „Deutsch-Georgischen Forum“ ausübt. In diesem Freundschaftsverein sind weitere Abgeordnete aktiv, darunter **Josef Rief, CDU**, MdB. Der Haushaltspolitiker und Landwirtschaftsmeister hat dieses Ehrenamt bis heute nicht transparent gemacht. Ebenso wenig wie sein Engagement für die taiwanahe "Weltliga für Demokratie und Freiheit".
81, 82, 83, 84, 85, 86, 87

Transparenzregister ist nichts anderes als eine Datenmüllhalde

Abhilfe schaffen sollte das so genannte **Transparenzregister**. Es wurde 2017 eingeführt, doch die Informationen darin waren nicht ansatzweise ausreichend, sagt Lisa Paus:

„Derzeit ist das Transparenzregister nichts anderes als eine Datenmüllhalde. Keiner kann es vernünftig benutzen. Die **Angaben sind falsch**, es **wird nicht vernünftig kontrolliert**. Es erfüllt seinen Zweck überhaupt nicht. So, jetzt gibt es eine Gesetzesänderung. Dieses Transparenzregister soll jetzt ein Vollregister werden. Und es gibt auch höhere Anforderungen, aber vollständig wird es erst sein im Jahr 2023.“⁸⁸

Siehe hierzu auch "BUSINESS CRIME - Konzernverbrechen, kriminelle Ökonomie und halbierte Demokratie", Transparenz klingt bescheiden - ist aber ein hohe Gut. Büchner Verlag.

Immer wieder verstoßen Abgeordnete des Bundestages gegen die **Transparenzpflichten**, indem sie Nebentätigkeiten nicht oder verspätet offenlegen.

Alles begann damit, dass **abgeordnetenwatch.de** im Juni 2018 Dokumente darüber anforderte, wie häufig **Dr. Schäuble** und seine Vorgänger Verstöße durch Abgeordnete überprüft und geahndet hatten. **Schäubles Beamten wiesen nicht nur diesen Auskunftsantrag ab**, sondern auch den anschließenden Widerspruch. Im Oktober 2018 verklagte **abgeordnetenwatch.de** den Bundestag deshalb wegen eines Verstoßes gegen das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) vor dem Verwaltungsgericht Berlin. Nachdem sich das Gericht am 11. Februar 2021 mit der Klage befasst hatte, liegt nun die schriftliche Urteilsbegründung vor:

Nach Überzeugung des Gerichts **handelte die Bundestagsverwaltung** mit ihrer Auskunftsverweigerung gegenüber **abgeordnetenwatch.de "rechtswidrig"** und muss entsprechende Unterlagen herausgeben. In ihrem Urteil erinnern die Berliner Richter:innen daran, warum **Veröffentlichungspflichten für Abgeordnete unentbehrlich** sind, so wie es das **Bundesverfassungsgericht** bereits 2007 festgestellt hatte:

"Mit der Transparenzregelung sollen berufliche und sonstige Verpflichtungen des Abgeordneten neben dem Mandat und daraus zu erzielende Einkünfte den Wählern sichtbar gemacht werden. Sie sollen sich mit Hilfe von Informationen über mögliche Interessenverflechtungen und wirtschaftliche Abhängigkeiten, aber auch über das Fehlen dahingehender Hinweise ein besseres Urteil über die Wahrnehmung des Mandats durch den Abgeordneten auch im Hinblick auf dessen Unabhängigkeit bilden können."

Das alles interessierte aber den damaligen Herrn Parlamentspräsident **Dr. jur. Wolfgang Schäuble, CDU**, nicht! Er will nun vor Gericht verhindern, dass er **abgeordnetenwatch.de** Auskunft über das Ausmaß der Verstöße geben muss. ⁸⁹

Das stinkt doch zum Himmel!

Bundestag tut zu wenig gegen Abgeordnetenbestechung

Seit Jahren setzt der Bundestag Empfehlungen zur Prävention von Abgeordnetenbestechung nicht um. Das bringt Deutschland wieder eine **Rüge des Europarats** ein.

Der Bundestag hat jahrelang Empfehlungen internationaler Experten zur Verhinderung von Abgeordnetenbestechung nicht umgesetzt. Zu diesem Ergebnis kommt die Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) in einem neuen Bericht. Der Stand der Umsetzung (2021) in Deutschland sei „allgemein unbefriedigend“. Bereits vor 2 Jahren hatte GRECO Deutschland eine solche Rüge erteilt, seitdem haben die Experten kaum Fortschritte festgestellt.

Mängel bei der Kontrolle und Durchsetzung der Regeln

Die Korruptionsexperten empfahlen, Abgeordnete des Bundestages zu einer sofortigen Offenlegung von Interessenkonflikten zu verpflichten, falls ein solcher Konflikt bei einem im Plenum oder in einem Ausschuss behandelten Thema auftritt. Die Erklärung der Abgeordneten über ihre Nebentätigkeiten reicht aus Sicht der Experten dafür nicht aus.

Künftig sollen Abgeordnete ihre Einkünfte neben dem Mandat auf den Betrag genau angeben und Firmenbeteiligungen bereits ab einem Anteil von 5 % (statt bisher 25 %) offenlegen. Entsprechende Änderungen des **Abgeordnetengesetzes** sollen noch in dieser Legislaturperiode beschlossen werden.

Allerdings sind in diesem Gesetzentwurf weder die themenbezogene Offenlegung von Interessenskonflikten noch eine effektivere Kontrolle und Durchsetzung der Bestimmungen geregelt.⁹⁰

Da passt gerade (2021) die Meldung:

Reform des Parteiengesetzes geplatzt

Seit der Maskenaffäre der **Union** diskutierte die Große Koalition über schärfere Regeln für Partei-„Spenden“. Nach Recherchen von CORRECTIV ist eine Einigung auf Änderungen am Parteiengesetz noch vor den Bundestagswahlen 2021 geplatzt.

Der **Skandal** der **Union** um hohe Provisionszahlungen für Maskenbeschaffungen wurde bekannt. Auch die Affäre um Zahlungen aus **Aserbaidschan** an **CDU-Abgeordnete** spitzte sich zu. Die Große Koalition einigte sich zunächst schnell auf eine **Reform des Abgeordnetengesetzes**. Zukünftig sollen strengere Regeln gelten für Lobbytätigkeiten und Nebeneinkünfte von Abgeordneten.

Zudem sollte für Sponsorings – etwa im Rahmen von Parteitagen – eine Obergrenze eingeführt werden:

„Die **CDU/CSU** blockierte diese notwendigen **Transparenzregeln**, da sie erst in der kommenden Wahlperiode über eine grundsätzliche Revision des Parteiengesetzes verhandeln möchte“⁹¹ Die Änderungen sollten unter anderem die Schwelle absenken, ab der Parteispenden offengelegt werden.

Die **Auskunftsquote** über Parteispenden in den Kreisverbänden liegt bei der **Union** bei **nur 1,6 %**, bei der FDP bei 4,3 %, bei den Linken bei 80 %, bei der SPD bei 34 %, bei den Grünen bei 100 %. Kein Wunder, sackten doch die Unionskreisverbände 2019 insgesamt 29 Millionen € sog. Parteispenden (in Wahrheit Bestechungsgelder) ein und wollen das natürlich verheimlichen.⁹²



Heute wie damals, 1891: So läuft erfolgreiche Lobbyarbeit.

Lobbyregister

Das Gesetzgebungsverfahren zum [Lobbyregister](#) stockte, weil der Koalitionspartner SPD das Register auch auf die Ministerien ausdehnen wollte und nicht nur auf den Bundestag. Das ist höchst problematisch, da in den Ministerien die meisten Gesetzentwürfe formuliert werden und entsprechend viel Lobbyarbeit dort stattfindet.

Die **Union** will keinen sog. „Exekutiven Fußabdruck“, denn mit diesem Instrument soll transparent werden, welche Lobbyakteure an der Erarbeitung von Gesetzentwürfen beteiligt waren.

Anders als beim Lobbyregister werden hier nicht Lobbyakteure zu Offenlegung verpflichtet, sondern die Ministerien; denn dort entstehen 80 % der Gesetzesinitiativen.

Sie sollen angeben, mit welchen Verbänden, Organisationen und Unternehmen es in Bezug auf ein konkretes Vorhaben einen Austausch gab, welche Stellungnahmen eingegangen sind und welche sonstige Beteiligung oder Beratung es gab. Ein solcher Fußabdruck ergänzt ein Lobbyregister in sinnvoller Weise, ersetzt es aber nicht.

Im jetzigen Gesetzesentwurf sind nur Bruchstücke einer sinnvollen Regelung vorgelegt.

100, 101, 102, 103, 104, 105, 106

Die **Union** wehrte sich gegen die sog. „Kontakttransparenz“. Kontakttransparenz bedeutet offen zu legen, welche Lobbyist:innen welche Politiker:innen getroffen haben.

Dem Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rechtsanwalt **Patrick Schneider**, MdB wurde eine Petition übergeben, von fast 122000 Bürger unterschrieben, die volle **Lobbytransparenz** fordert. Von vorne herein sagte dieser, daß es eine **Kontakttransparenz für Lobbyiste :innen** und eine **Transparenz bei der Beteiligung an Gesetzen**, sog. **exekutiver Fußabdruck keinesfalls geben wird!**

Groko-Lobbyregister ist untauglich

Das Ergebnis war ein **Lobbyregister, das weit hinter europäischen Standards zurückbleibt** und Lobbyaktivitäten zum größten Teil im Verborgenen belässt. Erste Priorität muß sein, Korruption so weit wie möglich zu erschweren. **Union verhindert effektive Lobbykontrolle.**

Generell gilt: Wenn die Parteien nichts zu verbergen hätten, gäbe es schon lange ein ordentliches Lobbyregister, das auch die Ministerien mit einbezieht.

Voller Erfolg der Industrielobbyisten in Deutschland

Die britische Regierung hat beispielsweise mit Bezug auf die Coronapandemie ungesunde Quengelware an den Supermarktkassen untersagt um Kinder besser vor Werbung für nachteilige Produkte zu schützen. In Deutschland setzt die Bundesregierung hingegen weiter ganz auf „**Freiwilligkeit der Industrie**“ - ein Ansatz, dessen **totale Wirkungslosigkeit** stets nachgewiesen ist. Ldt. Public-Health-Forscher.

Das **Arbeitsschutzkontrollgesetz** für die Fleischindustrie - Institutionelle Korruption - "gedeiht" besonders gut weil

- ein **umfassendes gesetzliches Lobbyregister fehlt** (Legislativer Fußabdruck)
- die Einführung eines **Unternehmensstrafrechts** die **Union nicht will**.¹⁰⁷

Folge: Im Kampf gegen Korruption bei effektivem Schutz von Hinweisgebern **hinkt Deutschland im internationalen Maßstab weit hinterher, aufgrund ständiger Verwässerungen und Blockaden durch die Union**.¹⁰⁸

Update vom 10. 2. 2023 von Transparency International Deutschland:

Bundesrat lehnt das Hinweisgeberschutzgesetz ab. In seiner heutigen Sitzung hat der Bundesrat das Gesetz für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen nicht beschlossen.

Dazu erklärt Dr. Sebastian Ölrich: „Was für ein Trauerspiel! Die **Union** hat heute mit fachlich fragwürdigen und zum Teil schlicht unrichtigen Argumenten das Gesetz zum Schutz von Hinweisgebenden blockiert. Insbesondere die von der **CDU/CSU** kritisierte Verpflichtung zum Nachgeben auch anonymen Hinweise ist essentiell für Hinweisgeberschutz – und in vielen Unternehmen bewährte Praxis. ...“

Siehe auch Buch „Geheimsache Korruption - Schlusslicht Deutschland“, von Frederik Richter, Korrektiv-Verlag

Kanzleramt hielt **Lobbytreffen** zwischen Guttenberg und Merkel zu Wirecard geheim.

Ex-Verteidigungsminister **Karl-Theodor zu Guttenberg** **CSU**, hatte sich bei Kanzlerin Angela Merkel stärker für das umstrittene Unternehmen Augustus Intelligence eingesetzt als angenommen. Nach Recherchen von [abgeordnetenwatch.de](#) und [FragDenStaat](#) gab es zwischen beiden im September 2019 ein bislang unbekanntes Treffen zur Causa Augustus. Nun steht der Verdacht im Raum, das Kanzleramt habe die brisante Unterhaltung verheimlicht – und es tauchte eine rätselhafte Querverbindung zum **Wirecard-Skandal** auf.¹⁰⁹

... Dass **Guttenberg** sich derart intensiv um Kontaktabbau bemühte, war womöglich nicht ganz uneigennützig. Merkels langjähriger Verteidigungsminister war eng mit Augustus Intelligence verbunden, zunächst als Aktionär und später über zwei Posten im Unternehmen. Und Regierungskontakte waren für das junge New Yorker Startup, das im Bereich der künstlichen Intelligenz tätig ist, Gold wert. **Augustus** habe gegenüber potentiellen Geldgebern mit **guten Kontakten ins Regierungsviertel** geprahlt, berichtet der SPIEGEL, der die Lobbyaffäre um Augustus Intelligence und den **CDU**-Bundestagsabgeordneten **Philipp Amthor** im Juni enthüllt hatte.

Maskenaffäre

Bundesgesundheitsminister **Jens Spahn**, **CDU** verschaffte Apotheken gigantische Gewinne.

Außerdem: Jens Spahns Ministerium kaufte Masken bei der Firma seines Ehemanns, er selbst nahm einen 4-Millionen-€-Kredit für seine Privatvilla bei einer Bank auf, bei der er bis vor kurzem im Verwaltungsrat saß.^{110, 111}

Spahns Ministerium hatte sich grob verkalkuliert – statt wie geplant für einen Etat von 1,2 Milliarden schlossen seine Beamte Verträge für mehr als 6 Milliarden € ab. Um ihre **Fehlplanung zu verschleiern**, verweigerte die Behörde gegenüber den mehr als 80 Lieferanten die Bezahlung. Andere Unternehmen – etliche davon offenbar wegen ihrer guten politischen Kontakte – erhielten dagegen ihr Geld, einige davon sogar zu auffällig guten Konditionen:

Die gut mit der **CDU** vernetzte Logistik-Firma Fiege aus Spahns Heimat im Münsterland erhielt auffällige Sonderkonditionen. Das Ministerium stellte eine Vorkasse von 40 Millionen € zur Verfügung

und übernahm das gesamte Risiko im Fall von Qualitätsmängeln. Darüber hinaus bekam das Unternehmen aber auch den Auftrag, selbst auf Einkaufstour in China zu gehen – und zwar zu privilegierten Bedingungen, die andere Geschäftspartner des Ministeriums nie erhielten. **112, 113**

Am 31. März 2020 schloss Spahns Zentralabteilungsleiter, Ministerialdirektor Ingo Behnel einen Rahmenvertrag mit der FIB über die Beschaffung von maximal 110 Millionen FFP-2-Schutzmasken und 500 Millionen einfachen OP-Masken.

Die **guten Verbindungen** des Logistik-Familienunternehmens zur **CDU** sind bekannt. Mitgesellschafter und Ex-Chef Dr. Hugo Fiege sitzt im Präsidium des CDU-nahen **Wirtschaftsrats**. Sohn Felix Fiege leitet die Fachkommission Digitale Wirtschaft des Wirtschaftsrats in Nordrhein-Westfalen.

Daß die o. g. **Auftragsvergabe nicht korrekt** war, beweist ein erstes Urteil des Landgerichts Bonn, das das **CDU-geführte Bundesgesundheitsministerium** zur Zahlung von 1,8 Millionen € an einen Masken-Lieferanten verurteilte.

Der Treptower Jurist und Bundestagskandidat **Prof. Dr. Niels Korte, CDU**, soll in der ersten Welle der Pandemie von **unlauteren Geschäften** mit Schutzutensilien profitiert haben. Im Rahmen der Lobbyismusaffäre der **Union 2021** verzichtete nun Niels Korte auf eine Kandidatur für die Bundestagswahlen 2021. **114**

2021: Und immer wieder das Blockade-Verhalten von **CDU und CSU**:

- Längst überfälliges gesetzliches, *aussagekräftiges* Lobbyregister
- schärfere Regeln zu Aktienoptionen (z. B. Leerverkäufe) und Branchenangaben
- Anzeigepflichten für Unternehmensbeteiligungen
- Veröffentlichung von Nebeneinkünften auf Euro genau
<https://correctiv.org/aktuelles/wirtschaft/2021/06/24/nebeneinkuenfte-kommunalpolitiker-in-rheinland-pfalz-auf-gehaltslisten-von-rwe/>
<https://www.transparency.de/aktuelles/detail/article/landraete-und-oberbuergemeister-verdienten-insgesamt-750000-euro-nebenbei/>
<https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/nebentaetigkeiten/das-verdienen-die-abgeordneten-des-bundestags-nebenher>
- Trotz Vereinbarung im Koalitionsvertrag verweigerte **die Union** Zustimmung zum Insektenschutzgesetz **115**

Anmerkungen zur sog. Ehrenerklärung der Union-MdB:

Da haben doch echt Unionspolitiker bei Masken-Deals Provisionen erhalten und den anderen Abgeordneten nichts davon abgegeben, nicht einmal einen Tipp. Die schauen nun in die Röhre, erringen aber mit einem gewieften Coup viele Stimmen mit einer Ehrenerklärung: „Ich versichere, dass ich von den Deals mit den Masken zu spät erfahren habe, um selbst noch schnell profitieren zu können. Ich habe deshalb mit Deals rund um alle Maskenfabrikate des Produktionsjahres 2020 nichts zu tun. Ich erkläre, dass ich nur auf anderen Gebieten kreativ bin.“

Seltsam. Ich frage: „Haben die Abgeordneten in der Ehrenerklärung gleich mit geschworen, keine anderen Provisionen kassiert zu haben, z. B. Klimaverschleppungs-Boni? Gar Schmiergeld von der Balsalobby bei der Holzschwerterbeschaffung für die Bundeswehr?“ Darauf gibt es natürlich keine Antwort.

Bundesregierung (2021) blockiert weiterhin Country-by-Country-Reporting [116](#), [117](#)

Den EU-Mitgliedstaaten gehen durch Steuervermeidung multinationaler Unternehmen jährlich ca. 50 - 70 Milliarden € (!) an Staatseinnahmen verloren.

Es gibt in Deutschland leider keinen Straftatbestand „**Unternehmenskriminalität**“. Ein Unternehmensstrafrecht ist längst überfällig.

Deshalb legte die SPD einen Gesetzentwurf vor, der auch **Konzerne in die Verantwortung nehmen** soll. Damit sollen zukünftig neben individuell verantwortlichen natürlichen Personen Unternehmen selbst strafrechtlich verfolgt und sanktioniert werden können. Der unionsnahe **Wirtschaftsrat** hatte natürlich gegen das neue **Verbandssanktionengesetzes** sofort großen Protest eingefordert. [118](#), [119](#), [120](#), [121](#), [122](#), [123](#), [124](#), [125](#), [126](#), [127](#), [128](#)

Die **Union** und natürlich auch Wirtschaftsverbände wollen das **Vorhaben stoppen**. Die baden württembergische Wirtschaftsministerin **Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut**, CDU, hat sogar **gegen diesen Gesetzesentwurf** eine Bundesratsinitiative gestartet!

Tolle Begründung: Durch das anzuwendende Legalitätsprinzip (Ermittlungspflicht) werde das Justizsystem zusätzlich belastet! Aha - so schlimm steht es also!

Whistleblower-Schutzgesetz geplant. Umfassender Schutz für Hinweisgeber in Unternehmen und Behörden.

Dieses **Gesetz darf laut CDU/CSU Bundestagsfraktion (Dr. Marco Luczak**, RA, Vorstand des Parlamentskreis Mittelstand) **nicht „überschießend“ umgesetzt werden**. Handelsblatt vom 1. 2. 2021.

Geldwäsche

Der Entwurf "Transparenz-Finanzinformationsgesetzes Geldwäsche" soll eine EU-Richtlinie umsetzen.

Die Umstellung auf ein Vollregister ist notwendig, um die *äußerst lückenhafte Umsetzung* der Eintragungspflicht zu verbessern. Seit 6 Jahren wird daran gearbeitet. Die **Union verschleppte** das Gesetz (Transparenzregister, Geldwäschegesetz) noch bis zum 1. April 2023.^{129, 130, 131, 132} Warum? Die Notar- und Immobilienlobby hat sich durchgesetzt: Hohe Hürden für Geldwäsche-Ermittlungen.

100 Milliarden Euro Schaden jährlich durch Geldwäsche in Deutschland.

EU leitete gegen Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren ein, weil die **Umsetzung der 4. Geldwäscherichtlinie seit 2017 nicht korrekt erfolgte**:

Bei mehreren Bestimmungen der Richtlinie wie dem Informationsaustausch mit den zentralen Meldestellen, der Sorgfaltspflicht bei der Feststellung der Identität von Kunden oder dem Register der wirtschaftlichen Eigentümer sei das nicht korrekt geschehen.¹³³

Sepp Müller, CDU, Dipl. Bankbetriebswirt **unterliess** (und verschleierte dadurch) wohlweislich in seinen langen Ausführungen die von der EU gerügten, o. g. Mängel und ging auf sie nicht ein.¹³⁴

Stephan K. Ohme, Finanzexperte von Transparency Deutschland:

„Solange das **Transparenzregister** in Deutschland seinem Namen nicht gerecht wird, solange werden wir im Kampf gegen **Geldwäsche** und Terrorfinanzierung nicht entscheidend vorankommen. Denn wenn die Daten zu **Unternehmensbeteiligungen anonym** bleiben können, gewinnen die Kriminellen das Versteckspiel. Veruntreute Mittel oder Gewinne aus Drogen-, Waffen-, Wildtier- und Menschenhandel können in Deutschland und anderen europäischen Staaten auch weiterhin zu einfach angelegt werden.“

Politikfinanzierungsbericht

Warum **sträubte sich die 2020er-Regierung** gegen die Absenkung der Veröffentlichungsschwelle von Parteispenden und -Sponsoring auf 2000 €? Das Transparenzniveau ist außerdem extrem schlecht.¹³⁵

Beim **Korruptionswahrnehmungsindex**, der sich nur auf den öffentlichen Sektor bezieht, liegt Deutschland nur auf Rang 9!

Wir brauchen bessere Regeln für die **Parteienfinanzierung** und für den **Lobbyismus**. Immer wieder werden Fälle **illegaler Parteispenden, intransparentes Sponsoring, zweckentfremdete Steuermittel** oder **gestückelte Wahlkampfspenden** bekannt. **Gegen die Beseitigung all dieser Mißstände sträubt sich die Union.**

Update vom 25. 5. 2023: <https://www.lobbycontrol.de/parteienfinanzierung/die-parteispenden-steigen-die-intransparenz-bleibt-108977/>

Großspenden von Unternehmen und Verbänden 2021:

CDU 14,819 Millionen €; CSU 3,417 Millionen €; FDP 6,615 Millionen €; SPD 3487 Millionen €; Grüne 1442 Millionen €; AfD 0,177 Millionen €; Linke 0 €.

Anmerkung: Da die Geldgeber über ihre Spenden = Bestechungsgelder massiven Einfluß auf die Politik haben, ist unsere parlamentarische Demokratie nur noch eine "Halbierte Demokratie". Ist das den meisten Wählern bewußt oder gar gewollt?

Lieferkettengesetz

Wer global wirtschaftet, global Gewinne macht, muss auch global Verantwortung übernehmen. Bis zu 375 Millionen Kinder arbeiten für uns - den Reichen auf der Sonnenseite des Planeten für unsere Produkte - als „Arbeitsklaven“, gemäß einer neuen Studie (2022) des Wirtschaftswissenschaftlers Assistant Professor Guilherme Lichand Universität Zürich!

Der Schutz einzelner Unternehmen, die sich weigern Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung in ihren Lieferketten auszuschließen, steht beim **Wirtschaftsflügel der Union** höher im Kurs als etwa die Vermeidung von Kinderarbeit und Naturzerstörung. Der Einfluß der Wirtschaftsverbände BDI und BDA durch ihre erfolgreiche Lobbyarbeit in die Entscheidung der Regierungsparteiabgeordneten war unverkennbar. Dabei wurde das **Gesetz schon weitgehend entkernt**, um die Wirtschaft nicht zu belasten. So bleibt der Schutz von **Klima und Biodiversität** im jetzigen Entwurf **unberücksichtigt**, es wird vorläufig nur für wenige große Unternehmen ab 3000 Mitarbeiter und erst ab 2024 für Unternehmen ab 1000 Beschäftigte gelten.¹³⁶

Damit fällt die **CDU / CSU** denjenigen Unternehmen in den Rücken, die sich schon jetzt bemühen nachhaltig zu wirtschaften und Verantwortung zu übernehmen.

Peter Altmaier, CDU, strich komplett die ursprünglich vorgesehene **zivilrechtliche Haftung!** Wirtschaftsverbände setzten sich auf ganzer Linie durch: **Profitinteressen gehen über Menschenrechte.** Der Umfang der Prüfpflichten, die ursprünglich für alle Zulieferer in der Produktionskette gelten sollten, sind auf die *unmittelbaren* Vertragspartner des Unternehmens reduziert worden.^{137, 138}. Damit fällt die meiste Kinderarbeit durch das Raster - s. o.!

Eine Studie der EU-Kommission schätzt, dass es große Unternehmen gerade mal 0,005 % vom Umsatz kostet, wenn sie menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten umsetzen.

Wirtschaftsverbände und Teile der **Union** wie z. B. die Herren **Dr. rer. pol. Carsten Linnemann** (Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsunion) oder **Peter Altmaier** wollten das Gesetz **weiter aufweichen** oder **noch besser: Ganz verhindern.** ^{139, 140, 141, 142, 143}

In das gleich Horn stößt der "saubere" Volksvertreter und **MdB Dr. rer. pol. Joachim Pfeiffer, CDU:** Das geplante Gesetz zur Einhaltung von **Menschenrechten** und Umweltvorgaben in weltweiten Lieferketten bezeichnete Pfeiffer im Februar 2021 als „**Bestrafungsinstrument**“!

Solche Kreaturen müßte man meinere Meinung nach in eine Kobalt-Mine in Afrika als Schaufler strafversetzen können.

Die **Unionsabgeordneten erreichten**, daß das **Lieferkettensorgfaltsgesetz** vorläufig von der Bundestagagenda gestrichen wurde, obwohl 80 % der Deutschen ein strengeres Regelwerk befürworteten. Zusammen mit den Lobbyverbänden haben diese das Gesetz weitgehend **ausgehöhlt**. Klimawandel, Waldzerstörung, Biodiversitätsverlust bleiben komplett unberücksichtigt, Menschenrechtsverletzungen und Kinderarbeit kaum.

Am 11. 6. 2021 kam es wieder auf die Tagesordnung und wurde verabschiedet. Der Grund: Die **Union** hatte Angst, daß bei einem evtl. Regierungswechsel im September dieses Gesetz zu ihrer Ursprungsfassung wieder abgeändert werden könnte.

Im Gegensatz zum harmlosen deutschen Lieferkettengesetz hat das Europaparlament eine Empfehlung beschlossen, das wesentlich ambitionierter ist als die deutsche Version.

<https://www.euractiv.de/section/handel-und-industrie/news/eu-parlament-abgeordnete-finden-kompromiss-zum-eu-lieferkettengesetz>

Update: Das EU-Parlament hat am 25. Mai 2023 mit Mehrheit für ein neues EU-Lieferkettengesetz gestimmt. Die Versuche konservativer sowie einiger [CDU/CSU-Abgeordneter](#) wie z. B. von [Dr. Angelka Niebler](#), den Entwurf zu verwässern, sind damit gescheitert. Ausgerechnet die Juristin [Niebler](#) ist gegen die strenge Sorgfaltspflichten.
<https://www.euractiv.de/section/handel-und-industrie/news/evp-greift-in-letzter-minute-eu-lieferkettengesetz-an/>

Für die Gewinne deutscher Unternehmen bezahlen viele

- Der **mangelhafte Brandschutz** in einer KiK- Zulieferfabrik in Pakistan führt zum Tod von 258 Menschen. KiK (ein Unternehmen der Haub-Gruppe) wurde nicht für seine Mitverantwortung am mangelnden Brandschutz und damit am Tod von 258 Menschen in Pakistan verurteilt.

- Durch den **Dammbruch** bei einer brasilianischen Eisenerzmine starben 272 Menschen – obwohl der TÜV Süd Brasilien kurz zuvor die Sicherheit des Brumadinho-Damms zertifiziert hat.

- Vor einer Platin-Mine in Südafrika werden 34 streikende **Arbeiter erschossen** und BASF macht mit dem Betreiber der Mine weiterhin gute Geschäfte.

Überall auf der Welt leiden Mensch und Natur unter den gewissenlosen Geschäften deutscher Unternehmen, wie auch die nachfolgenden Fallbeispiele zeigen:

https://www.zdf.de/nachrichten/politik/lieferketten-gesetz-rohstoff-mica-indien-100.html?mc_cid=6044374300&mc_eid=010d24246a

- Menschen, die in Assam auf Teeplantagen arbeiten, leiden an Armut und Mangelernährung.

- Deutsche Supermärkte wie Edeka bieten palmöhlhaltige Produkte an. Bei der Produktion des Palmöls werden Menschenrechte verletzt und Lebensgrundlagen zerstört.

- Auf den Kakaoplantagen in Westafrika, arbeiten rund 2 Millionen Kinder unter ausbeuterischen Bedingungen. Sie müssen schwere körperliche Arbeit leisten und sind nicht vor Pestiziden geschützt. Schokoladenhersteller wie Ferrero, Nestlé, Mars und Mondelez, die in Deutschland eine Niederlassung haben und ihre Süßwaren verkaufen, profitieren von der **Ausbeutung der Kinder**, s. o..

- BASF macht Geschäfte mit dem Betreiber der Marikana-Mine, obwohl dort Arbeiter*innen ausgebeutet werden. Der deutsche Chemiekonzern BASF kauft jährlich Platin im Wert von rund 600 Millionen € aus der Marikana-Mine in Südafrika. BASF war der Hauptkunde der Mine, als im August 2012 34 Arbeiter*innen erschossen wurden, die für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen gestreikt hatten. Dank der Blockadehaltung der Union hat sich die Lage auch dort bis heute nicht gebessert.

- Bayer verkauft in Brasilien sowohl Glyphosat als auch 5 Pestizide, die in der EU nicht mehr zugelassen und hochgiftig sind.

Bayers Pestizide gefährden die Gesundheit von Menschen in Brasilien. Jährlich werden mehr als 6.000 Fälle von Pestizidvergiftungen registriert, pro Jahr sterben daran durchschnittlich 148 Menschen.

Die Chemikalie Carbendazim wurde im Trinkwasser nachgewiesen, vergiftet Wasserorganismen und kann Erbgut und Ungeborene im Mutterleib schädigen.¹⁴⁴

Für die Zustände in derartig katastrophalen, menschenverachtenden Produktionsstätten sind Bundestagsabgeordnete wie [Altmaier](#), [Linnemann](#), [Pfeiffer](#) und alle, die ein strenges Lieferkettenschutzgesetz ablehnten, **mitverantwortlich**. Obendrein werden solch „sauberen Volksvertreter“ von unseren Steuergeldern auch noch bezahlt. Ich würde mich zutiefst schämen.

https://www.zdf.de/nachrichten/politik/lieferketten-gesetz-rohstoff-mica-indien-100.html?mc_cid=6044374300&mc_eid=010d24246a

Schon vergessen?

Der damalige Bundesumweltminister **Peter Altmaier**, CDU, grub, zusammen mit der FDP, vor 10 Jahren dem aufstrebenden Weltmarktführer der **Solarwirtschaft**, Deutschland, mit 157000 Arbeitsplätzen vorsätzlich das Wasser ab, um sich dadurch bessere Autoverkaufschancen in China zu erhoffen; denn die Solar-Produktionsmaschinen wurden an China verkauft. Die Chinesen erkannten sofort das gigantische Potential.

Siehe hierzu <https://web.de/magazine/wirtschaft/zerstoerte-deutsche-solarbranche-erholen-38181508>

Kleiner Abschweif: Christian Lindner, FDP, sagte auf einer Veranstaltung in Weilheim "Die Photovoltaik in Deutschland ist genauso dumm wie wenn man Erdbeeren auf dem Nordpol anpflanzen würde."

Startups in Deutschland tüfteln inzwischen wieder an **Organischer Photovoltaik**¹⁴⁶, Folien statt Platten.

Der Weltmarkt wächst jährlich um ca. 20 %, aber die deutsche, **unionsgeführte Politik** tat so gut wie **nichts** dazu, obwohl hier wieder ein mächtiger Arbeitsplatzmarkt entstehen könnte.

Im Gegensatz zur USA werden in Deutschland Startup-Unternehmen kaum gefördert. Den **Unionsparteien** ist der Erhalt der sog. Dinosaurier-Industrie wichtiger.

CDU und CSU, u. a. **Michael Kießling**, Dipl. Bauingenieur, MdB lehnen ab

Ein Antrag 2020 beim Deutschen Bundestag sah die Errichtung einer gemeinsamen europäischen **Entwicklungsbank für Nachhaltigkeit und internationalen Klimaschutz** im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft vor. Als Tochterbank der EIB sollte diese die internationale Rolle der EU stärken sowie der Fragmentierung und Ineffizienz, die der hohen Anzahl an EU Entwicklungspolitiken verschuldet sind, entgegenwirken.^{147, 148}

„Minister Intransparenz“ **Andreas Scheuer**

Jeder Bürger hat Anspruch auf amtliche Informationen, auch zur Pkw-Maut. Grundsätzlich haben sie auch das Recht dazu. Denn nach dem so genannten **Informationsfreiheitsgesetz** (IFG) hat eine jede Bürgerin und ein jeder Bürger einen Anspruch auf amtliche Informationen von Bundesbehörden.

Aber **Scheuer** blockte ab, obwohl er den Mautbetreibern zugesichert hat: „Auch wenn's nix wird, kassiert's ihr trotzdem den entgangenen Gewinn"! Was genau steht in den Verträgen zur Pkw-Maut? Ist sie mit dem EU-Recht vereinbar? Wie teuer wird sie für den Bund?

Ex-Bundesverkehrsminister **Andreas Scheuer**, CSU, bediente sich dabei gerne teurer Kanzleien – vor allem, wenn es um Informationen über sein Prestigeprojekt geht: Die Pkw-Maut. Die Beantwortung von nur 7 IFG-Anfragen durch Juristen ließ er sich 2019 und 2020 rund 175.000 € kosten. Das Geld floss demnach an die Greenberg Traurig Germany LLP.

Wann immer es für **Andreas Scheuer** bei der Pkw-Maut-Aufklärung brenzlich wurde, schaltete er auf **Steuerzahlerkosten für 5,8 Millionen € teure Anwaltskanzleien** ein. Über Monate hatte der CSU-Politiker die Aufklärung seines „Maut-Desasters“ behindert. Leider gibt es keine Ministerhaftung und der Amtseid ist nicht einklagbar.

Siehe hierzu

<https://www.merkur.de/politik/andreas-scheuer-csu-pkw-maut-kosten-ffaere-diesel-skandal-anwaelte-gruene-bundesgerichtshof-90820323.html>

Cum-Ex

Die doppelte Rückzahlung der Körperschaftssteuer an Banker aufgrund der **Cum-Ex-Gaunereien** verursachten einen Schaden von ca. **55 Milliarden €!** Das ist der bislang größte bekannt gewordene Steuerbetrug in Europa.¹⁴⁹ Cum-Ex ist die dreisteste Masche in einem an Dreistigkeit nicht armen Metier. Siehe hierzu "BUSINESS CRIME - Cum-Ex/Cum-Cum ein Stück aus dem Tollhaus" Büchner Verlag

Einer kleinen Finanzbeamtin fiel diese Betrügerei 2006 auf, meldete sie, aber es geschah jahrelang nichts. Die Finanzministerien gingen nur sehr langsam der Sache nach und obwohl auch dem damaligen Bundesfinanzminister **Wolfgang Schäuble**, CDU, die **Cum-Ex-Gaunereien** nicht unbekannt waren.

Folge: Die meisten Betrugsfälle sind inzwischen verjährt!

Von den **Cum-Ex-Gaunereien** wußte vor allem die Deutsche Bank, die Warburg Bank, viele andere Banken und u. a. **Aufsichtsratschef von Blackrock Deutschland, Friedrich Merz**, CDU. Die Staatsanwaltschaft teilte mit, sie habe einen Durchsuchungsbeschluss des Amtsgerichts Köln gegen die Firma BlackRock Asset Management Deutschland AG vollstreckt.^{150, 151}

Der Deutschen Bank Vorstand Josef Ackerman kannte mindestens seit 2007 das „gefährliche“, sog. Cum-Ex-Geschäft. Erst ab März 2009 ging das Bundesfinanzministerium (**Wolfgang Schäuble**, CDU) endlich den konkreten Hinweisen dieses Gaunergeschäfts nach, obwohl bereits seit 2002 durch das sog. Dividendenstripping äußerst lukrative "Einnahmen" garantiert waren. ¹⁵²

Anmerkung: Ging eher ja nicht, da Bundeskanzlerin Merkel 2008 den wichtigsten Bankier Deutschlands, Josef Ackermann, zur Geburtstagsfeier in das Bundeskanzleramt eingeladen hat. Da konnte sie ihm ja schlecht sagen „Zahle mal die doppelt erstattete Körperschaftsteuer zurück“.

Süffisant: Ackermann kündigte nach der Finanzkrise und dem Bankenzusammenbruch 2008 großspurig an, die Deutsche Bank brauche keine Staatshilfen wie viele andere Banken. Frage: Warum nicht? Antwort: Die Deutsche Bank hat sich über die damals noch wenig bekannten Cum-Ex-Gaunereien schon längst Millionen € an Steuergelder „gesichert“.

Erst im Frühjahr 2020 wird richterlich festgestellt: **CumEx ist illegal**. Bislang hatten sich viele Täter bei ihren Geschäften auf vermeintliche **Gesetzeslücken** berufen, die mit Hilfe der Finanzlobby dort „eingearbeitet“ wurden.

Seit 8 Jahren befaßt sich die Kölner Staatsanwältin Anne Brorhilker mit **Cum Ex**, arbeitete zigtausende Akten durch, führte weltweit Razzien durch und ermittelt gegen mehr als 1000 Beschuldigte. Darunter mächtige Manager, Verantwortliche in Großbanken und Anwälte renommierter Kanzleien. Das Europaparlament entschied jetzt, daß Konzerne nach EU-Land aufgeschlüsselte Daten, zu Gewinnen vorlegen müssen. Jetzt **kann** die **CDU/CSU** die öffentliche länderbezogene Steuerberichterstattung von Großunternehmen **nicht mehr verhindern**.

Mehr über Cum Ex: ^{153, 154, 155, 156, 157, 158}

Ans Tageslicht kommt eine Branche, die jahrelang **Einfluss** nehmen konnte auf Parlamente, die Justiz, auf Universitäten, die öffentliche Meinung. Und **auf den Gesetzgeber**. So etwas nennt man „organisierte Kriminalität“.

Da es, „dank“ **CDU/CSU**, bei uns immer noch kein Unternehmensstrafrecht gibt, ist es schwierig die unheilvolle Nähe der Finanzverwaltung zur milliardenschweren Finanzwelt strafrechtlich zu ahnden.

Während der Ermittlungen von Frau Brorhilker gegen die **CumEx**-Akteure kam immer mehr die Frage auf, ob tatsächlich alle **beteiligten Behörden** ebenso an der Aufklärung interessiert seien, wie sie selbst. Denn die so äußerst erfolgreiche Lobbyarbeit auch maßgebender Finanzinstitute, wie z. B. die Deutsche Bank, und deren parlamentarischer „Türöffner“ (siehe Wirtschaftsrat), aufzudecken ist dank der Verhinderungstaktik einflußreicher Mitglieder des deutschen Bundestags, hauptsächlich aus der **Union**, bislang kaum gelungen.

Heimliche Großzügigkeit

Amnestie für Taterträge aus „**Cum-Ex**“-Taten bei verjährtem Steueranspruch durch das 2. Corona-Steuerhilfegesetz

Milliarden hat der Fiskus durch die sogenannten „Cum-Ex“-Geschäfte verloren. Geld, das er sich eigentlich im Wege der sogenannten Tatertrageinzahlung hätte zurückholen können. Soweit es um steuerrechtlich verjährte Ansprüche des Fiskus geht, hat der Gesetzgeber diese Möglichkeit aber 2020 still und heimlich – und ohne Not – mit dem 2. Corona-Steuerhilfegesetz versperrt. 159

Ein Riesenskandal:

U. a. 201 **CDU/CSU-MdBs wie Rüdiger Kruse, CDU, RA Thomas Silberhorn, CSU, Dr. Joachim Pfeiffer, CDU, Dr. Christoph Ploß, CDU, RA Carsten Müller lehnten einen Gesetzentwurf ab**, der ermöglichen soll, Taterträge aus Steuerhinterziehungen einzuziehen, die nach einer Änderung der Gesetzeslage (im Zuge des 2. Corona-Steuerhilfegesetzes) schon als verjährt gelten. Die Erträge, die aus illegalen Cum-Ex-Geschäften stammen, hätten damit leichter von Staatsanwaltschaften eingezogen werden können.

Mit § 375a der Abgabenordnung des **2. Corona-Steuerhilfegesetzes** wurde zunächst das Einziehen von schon verjährter Steuerschuld ermöglicht, *jedoch mit einer Einschränkung*.

Der simultan eingebrachte § 34 in Artikel 97 in das Einführungsgesetz zur Abgabenordnung (EGAO) begrenzt das Einziehen auf Erträge, die zum Zeitpunkt des 1. Juli 2020 noch nicht verjährt waren.

Daraus resultiert, dass viele der sogenannten **Cum-Ex-Fälle**, die vermehrt zwischen 2005 und 2012 stattfanden, zwar noch strafrechtlich verfolgt werden können, aber daraus gewonnene Taterträge sollen in den Händen der Straftäter verbleiben! 160

Ich frage mich da: Warum wohl?

Es fällt auf, daß die Regierungsparteien seit den ersten “Verdachtsfällen” Anfang der 2000er Jahre und auch noch heute, nur äußerst zögerlich diesem größten Steuerbetrugsfall Deutschlands und Europas nachgegangen sind und immer noch **kein parlamentarischer Aufschrei** gegen die Praktiken der Finanzbranche erfolgt. Wenn ich mir die inzwischen sehr zahlreichen Veröffentlichungen zum **Cum Ex**-Skandal ansehe, entseht auch bei mir der Verdacht, daß möglicherweise viele Abgeordnete in dieses “Geschäft” involviert sind und deshalb die auffallende Ruhe bis hin zur Verweigerung der Rückzahlung der sog. Taterträge im Parlament herrscht.

Seltsamerweise votierten ausnahmslos **alle anwesenden CDU-, CSU-** und SPD-Abgeordnete gegen das o. g. Corona-Steuerhilfegesetz mit den genannten *positiven* Folgen für **Cum-Ex**-Straftäter.

*Es ist eine sehr eigenartige Rechtsauffassung, daß trotz Verurteilung die **Cum-Ex**-Delinquenten ihr ergaunertes Steuergeld nicht zurückzahlen müssen.*

*Ich findes es geradezu erbärmlich, aber auch bezeichnend, daß sich so bekannt Rechtsanwälte und ehemalige Volksvertreter wie Dr. **Gauweiler**, **CSU**, **Ex-MdB** oder der Steuerstrafverteidiger und **MdB**, **Wolfgang Kubicki**, **FDP** dafür einsetzen, daß **Cum-Ex**-Straftäter möglichst ungeschoren davon kommen. Das nenne ich Pharisäertum.*

Verkehrswende?

Die von der CDU/CSU propagierte Verkehrswende ist zu 100 % Schall und Rauch. Sie dient ausschließlich der Verschleierung der wahren Absichten und der vorsätzlichen Täuschung der mobilitätsänderungsfordernden, umwelt- und Klimaschutzbewußten Bevölkerung.

In einem einmaligen Wahrheitsanfall sagte in einem internem Kreis der Ex-Bundesverkehrsminister Andreas **Scheuer, CSU**, "Ich kann das Wort Verkehrswende nicht mehr hören."

Aktuelle Anmerkung: Der neue Bundesverkehrsminister Wissing (FDP) hat im März 2023 der Verkehrswende eine Absage erteilt und damit vollzogen, was die Unionsparteien in Wahrheit immer schon wollten. Warum? Weil die Kfz.- und Logistikindustrie - im Gegensatz zur Bahn - Partei-"Spenden" bezahlen, auf die die Parteien existential angewiesen sind.

Große Ankündigungen, keine Umsetzung

Von wegen „Weg vom Diesel, hin zur Elektrifizierung“: Die Bayerische Eisenbahngesellschaft, BEG, hat den Regionalverkehr Oberfranken für weitere 12 Jahre (bis 2035!) mit Dieselbetrieb ausgeschrieben.¹⁷⁰

Der Unwillen der **CSU** zur Verkehrswende drückt sich ein weiteres mal aus: Kündigt doch die bay. Ex-Verkehrsministerin **Schreyer, CSU** im „europäischen Jahr der Schiene“ an, noch 2021 ein *Konzept* zum Abschied vom Diesel im bayerischen Schienenpersonennahverkehr bis spätestens zum Jahr 2040 (!) vorzustellen. ¹⁷¹ *Donnerwert! Doch schon so bald?!*

Zur Verkehrswende sagte sie - ganz im Sinne von **Scheuer** und MP **Söder** („Wir sind ein Autoland!“) - daß diese nicht nötig sei!

Daß es der **CSU** in Wahrheit weder um Klimaschutz noch eine Verkehrswende geht, zeigt auch die unberücksichtigte ökologische **Bilanz des Brennerbasistunnels** in Deutschland.

Die Ökobilanz wird sich durch die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schienentrassen hin und durch den Brennerbasistunnels dramatisch verbessern, betont Arnold Fink, der Projektleiter des Konsortiums auf österreichischer Seite.¹⁷²

Bislang werden die meisten Güter noch in LKW über den Brenner gefahren. Bei einem Zug fällt die **Ökobilanz 21 mal besser als bei einem LKW**. Für jede Tonne Ware verursacht ein Zug 5 mal weniger Emissionen als ein Lkw.

Auch der Tiroler Spediteur Georg Dettendorfer, der von seiner Logistikzentrale im Inntal aus täglich 500 LKW quer durch Europa schickt, steht voll hinter dem Brennerbasistunnel. Er freut sich darauf, wenn Staus, Lärm und Umweltbelastungen reduziert werden:

"Man holt 1 Million LKW von der Straße runter und geht auf die Schiene.

Die vernetzten bayerischen Bürgerinitiativen konzentrieren sich zu stark darauf, diese Zulaufstrecken abzulehnen. Die Straßenverkehr leidgeplagten Tiroler haben es umgekehrt gemacht, sie haben die **Gesundheit in den Mittelpunkt gestellt**."

Die europäische **Aufbau- und Resilienzfaszilität** stellt den Mitgliedstaaten insgesamt 672,5 Milliarden € für Zukunftsinvestitionen bereit. Deutschland erhält daraus 25,6 Milliarden €.

Die damalige Bundesregierung hat 2020 dazu ihren nationalen Aufbau- und Resilienzplan an die europäische Kommission übermittelt, um Zuschüsse aus dem europäischen Corona-Hilfsfonds zu erhalten. Dieser Plan (DARP) vergibt die Möglichkeit, in eine klimafreundliche und soziale Mobilität zu investieren. Deutschland **fokussiert ihn ausschließlich auf Investitionen in den Straßenverkehr** und fördert insbesondere den Absatz von Neufahrzeugen bei Pkw und Lkw.

Es ist kein Cent für eine Verkehrswende hin zur Schiene vorgesehen!

Zum Vergleich: Italien nimmt aus diesem Fonds 13 Milliarden € für den Ausbau von Schienenstrecken.¹⁷²

Die ÖBB haben untersuchen lassen, wie viel **Wertschöpfung Investitionen in Infrastruktur** und neue Fahrzeuge in Österreich hervorrufen. Während der Multiplikator über die ganze Volkswirtschaft hinweg bei 1:1,6 liegt, erreichen die **Investitionen der Bahnen** einen überdurchschnittlichen Wert von **2,0**. Interessant ist vor allem, dass auf jede Vollzeitstelle bei Auftragnehmern der ÖBB noch einmal 1,2 Vollzeitäquivalente bei deren Vor-Dienstleistern dazukommen. Damit unterstreicht diese Studie einmal mehr die Bedeutung des **Jobmotors Schiene**. Vielleicht hätten sich die Macher:innen des DARP diese Zahlen auch zu Herzen nehmen sollen.

Und bei uns? Im Haushalt 2022 werden die Bahn-Investitionen um Millionen € zurückgefahren:

Es ist festzustellen, daß auch hier die Lobbyarbeit der **unionsnahen Wirtschaftsratmitglieder** ein voller Erfolg ist.

Das **Bundesverkehrsministerium**, auch vor allem die CSU-Minister **Ramsauer, Dobrindt** und **Scheuer** verhinderten bzw. **verhindern** die nur in sog. **Sonntagsreden** propagierte **Verkehrswende**. Sie haben die Infrastruktur der Bahn über weit mehr als 20 Jahre "**fahrlässig auf Verschleiß gefahren**" und dadurch nahe an den Zusammenbruch, zumindest des Güterverkehrs gebracht. Das Schienennetz wurde um 17 % abgebaut, 40 % aller Weichen, 45 % Prozent aller Ausweichgleise demontiert und 90 % aller **Gleisanschlüsse zu Wirtschaftskunden gekappt!**

2019 tönte Bahn-Infrastrukturvorstand, RA **Ronald Pofalla, CDU**, (2009 - 2013 Bundesminister für besondere Aufgaben im Kabinett Merkel und Chef des damaligen Bundeskanzleramts, von 2014 - 2022 im DB-Vorstand) „Wir brauchen in Deutschland jeden Kilometer Gleis, um den wachsenden Verkehr zu bewältigen und das System Schiene robuster zu machen“.

<https://www.spiegel.de/auto/aktuell/deutsche-bahn-stilllegung-von-strecken-bis-auf-weiteres-gestoppt-a-1300027.html>

Wie wahr, jedoch das Gegenteil ist der Fall: Die Bahninfrastruktur wird nach wie vor immer weiter zurückgebaut - auch unter dem jetzigen FDP-Bundesverkehrsministerium (seit Nov. 2021).

Die haarstrebende Vernachlässigung und Demontage der Infrastruktur sowie die Folgen der massiven Wettbewerbsnachteile der Bahn führten auch im Fernverkehr zu nicht mehr akzeptablen Verspätungen und Ausfällen.

Der immernoch schleichende Privatisierungsprozess führt zur **systematische Zerstörung der Schieneninfrastruktur**. Es gibt einen fortgesetzten **Verlagerungsprozess von der Schiene auf die Straße** und zum Luftverkehr. Verantwortlich sind dafür **alle** bisherigen Bundesregierungen und das jeweilige Top-Management der Deutsche Bahn AG unter Hartmut Mehdorn (1999-2009), unter Rüdiger Grube (2009-2017) und unter Richard Lutz (seit März 2017).

Die Deutsche Bahn verletzt damit nicht nur ihre Verpflichtungen als Bahn in staatlichem Eigentum mit Serviceverpflichtungen, wozu es im Allgemeinen Eisenbahn-Gesetz, AEG §4, heißt: „Die Eisenbahnen sind verpflichtet [...] die Eisenbahninfrastruktur [...] in betriebs sicherem Zustand zu halten“. Sie verhöhnt auch das Verfassungsgebot: Grundgesetz Artikel 14, Absatz 2 lautet: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Sowohl die heutige, als auch die damalige Bundesregierung unter maßgeblicher Beteiligung der **CDU / CSU** und FDP kamen und kommen ihrer im Grundgesetz festgeschriebenen Verpflichtung zur Kontrolle des Konzerns und zur Umsetzung einer nachhaltigen Verkehrspolitik im Schienenbereich in keinsten Weise nach. Das beweisen auch die vorzeitigen Vertragsverlängerungen des Topmanagements u. a. der Herren Richard Lutz, **Ronald Pofalla** und Bertold Huber trotz miserabler Leistungen.¹⁷³

Verkehrswende? Von A - Z gelogen.

Das BVG hat in seinem Urteil vom April 2021 verfügt, daß wir künftigen Generationen auch **keine kaputte Infrastruktur hinterlassen** dürfen. Aber was machen die Verkehrsminister? Sie bauen weiter unentwegt *neue* Straßen und Straßentunnel, anstelle den gigantischen Rückstau an maroder Straßen, Brücken, Tunnels und Schienen, der in die hohen 3-stelligen Milliarden € geht, abzuarbeiten.¹⁷⁴

In den vergangenen *9 Jahren* hat die Bundesregierung 294 km neue Schienen, aber 1741 km neue Autobahnen und Bundesstraßen gebaut. Das nennt die **Union** „Verkehrswende“.¹⁷⁵

In einer deutschlandweiten Umfrage im Juni 2021 forderten **54 % der Deutschen mehr Investitionen in den Schienenverkehr** und nur 16 % in den Straßenverkehr. Das kümmert die **CDU/CSU** aber nicht. Und warum nicht? Weil die DB AG im Gegensatz zu den **Wirtschaftsrats**mitgliedern keine Partei-„Spenden“ zahlt.

2016 verkündete der damalige bayerische Verkehrsminister **Dr. Hans Reichhart, CSU**, „Bayern unter Strom“ zu setzen: 550 km Bahnstrecken würden in Bayern elektrifiziert. Elektrifiziert wurden von 2021 - 2022 1,7 km! Von 2023 - 2025 ist weder ein Weiterbau noch eine Planung vorgesehen!

2019 **täuschte** Bundesverkehrsminister **Scheuer** nicht nur das Netzwerk europäischer Eisenbahnen (NEE), die DB AG und somit die Öffentlichkeit mit seiner vollmundigen Ankündigung 3500 km Bahnstrecken bis 2025 zu elektrifizieren. Tatsächlich wurden bzw. werden bis 2025 nur 850 km elektrifiziert.

Im März 2021 **führte Scheuer** die **Öffentlichkeit wieder hinters Licht** mit „Wir setzen den Schienenverkehr weiter unter Strom“ und tat nichts anderes, als **jahrzehnte alte Pläne aus der Schublade** zu holen. Dabei wurde allerdings bekannt, daß das zwar nicht völlig gelogen ist, aber in Wahrheit nur 8 Strecken mit insges. 210 km in ganz Deutschland - davon sind 6 Strecken mit 67 km nur Werksanschlüsse - weiter elektrifiziert werden sollen. ¹⁷⁶

Im Bundeshaushalt sind allerdings nur Mittel für 7 km (!) pro Jahr eingeplant. Da wundert es auch nicht, wenn man erfährt, daß z. B. die 1,7 km lange Elektrifizierung am deutschen Außerfernbahnstück bei Pfronten ein ganzes Jahr dauert!

Die Elektrifizierung senkt die Kosten der Güterbahnen deutlich und macht sie so wettbewerbsfähiger zum Lkw. Aber genau das wollen die **politischen Handlanger** des **Wirtschaftsrats** aus dem Wirtschafts- und Verkehrsministerium verhindern:

Dazu paßt: **CDU-Spitzenpolitiker** fordern sogar Tempo 30 für Güterzüge nachts.¹⁷⁷

Im März 2021 veröffentlichte **Scheuers** Ministerium ein Förderprogramm „Elektrische Güterbahn“. Es sollten potenzielle Ausweichstrecken für stark befahrene Schienengüterverkehrskorridore, Lückenschlüsse und elektrifizierte Anschlüsse zur Ermöglichung durchgehender Elektrotraktion *lediglich untersucht* werden. Daß daran in Wahrheit aber überhaupt kein Interesse seitens der **Scheuerbehörde** besteht, zeigt, daß **Scheuer** dies schon einmal und zwar im Januar 2019 versprach, daß dieses Konzept Ende 2019 vorliegen würde. Also auch hier wieder nichts als **heiße Luft**.

Hinzu kommt, daß eine Projektbewertung aufgrund einer längst überholten Methodik im Bundesverkehrswegeplan zu einer nicht nachvollziehbaren und äußerst zweifelhaften Nutzen-Kosten-Bewertung beim Schienenverkehr führt. Die **willkürlichen Kriterien** führen - gewollt! - zum frühzeitigen Ausschluss geeigneter Vorhaben.¹⁷⁸

Bei der Nutzen-Kosten-Bewertung werden z. B. die zahlreichen **Nutzenaspekte** wie Umweltvorteile, eingesparte Straßeninvestitionen, Erschließungswirkungen vorsätzlich **unterschlagen**.

Die eigenen Nutzen-Kosten-Bewertung beim Straßenverkehr hingegen begünstigen jedes gewünschte Straßenprojekt.

Kann man noch pharisäerhafter sein und die Bevölkerung permanent hinters Licht führen?

Weder die damalige, als auch die jetzige Bundesregierung planen **keine Vereinbarungen mit Nachbarländern zum Ausbau** der Eisenbahninfrastruktur; nach Polen gibt es z. B. nur 2 elektrifizierte Grenzübergänge, nach Tschechien nur einen einzigen. Die weitere Elektrifizierung des Bahnnetzes kommt nach wie vor kaum voran: **Lediglich 65 km pro Jahr** - dafür aber Elektrifizierungsstrecken für LKW auf Autobahnen!¹⁷⁹

Für *Neu- und Ausbau* sowie Erhalt der Bundesautobahnen und Bundesstraßen gab die Regierung 2020 7 Milliarden € aus; für 2021 8,7 Milliarden €.

Darin *nicht enthalten* sind viele weitere Millionen, die die Bundesländer und Kommunen für die Straßen ausgeben; von umweltschädlichen Subventionen, Abwrackprämien und die *regelmäßige Unterschlagung der extrem hohen externen Kosten im Straßenverkehr* gar nicht zu reden. Lediglich für den aktuellen *Bedarfsplan*, d. h. zur Aufrechterhaltung, des Bahnverkehrs standen 6,1 Milliarden € zur Verfügung.

In unverantwortlicher Weise lahm seit Jahrzehnten nicht nur der Streckenausbau, im Gegenteil:

Die Schieneninfrastruktur, Weichen, Überholgleise etc., wird und wurde rigoros abgebaut. Mit der Folge, daß es immer schwieriger wird, vor allem Güterzüge pünktlich, von schneller gar nicht zu reden, innerhalb Deutschlands durch das Restschienennetz durchzuschleusen.

Der Gütertransport auf der Schiene wird immer weiter im Wettbewerb vorsätzlich benachteiligt, obwohl der **Schienengüterverkehr 5 mal effizienter** ist als LKW-Transport:

Das **Bundesamt für Güterverkehr** (eine Behörde des Bundesverkehrsministers) gewährt auf Geheiß **Scheuers** eine Ermäßigungen bei Bußgeldern für Lkw-Fahrer:innen aus 21 Staaten.

Gemäß einer Dienstanweisung erhalten z. B. Fahrer:innen aus Polen, Tschechien und Ungarn 25 % Rabatt auf Verstöße. Sogar 50 %, wenn sie aus Litauen oder Weißrussland kommen.

Scheuer hat auch bestimmt, daß den Straßenbaubehörden jetzt das Recht eingeräumt wird, für stillgelegte Bahnstrecken eine **Entwidmung** zu beantragen. Dadurch wird die Reaktivierung von Bahnstrecken noch schwieriger. Verkehrswende? Was ist das?

Auf dem im Mai 2021 vom Bundesverkehrsministerium veranstalteten „**Schienengipfel**“ sprach **Scheuer** von „Bis 2030 soll der Bahnverkehr in Deutschland schrittweise auf den sogenannten "Deutschlandtakt" umgestellt werden.“ Bei der desolaten Schienen-Infrastruktur ist das aber ein Ding der Unmöglichkeit.

Das wußte auch Scheuer, aber Schaumschlägerei ist halt sein einziges Können und 2030 ist er - hoffentlich - nicht mehr und nicht wieder im Amt. Anmerkung: Leider ist der jetzige Verkehrsminister Wissing (FDP) noch schlimmer.

Mehr Zugfahrten, kurze Umsteigezeiten, verlässliche Fahrpläne: Diese großspurig angekündigten Ziele sind in den kommenden 10 Jahren allerdings nicht umsetzbar, weil kaum relevante, dringend benötigte neue Infrastruktur in Betrieb gehen wird. Fehlende finanzielle Mittel für Investitionen in den Neu- und Ausbau der Bahn-Infrastruktur sind dabei nur das eine und der eklatante Mangel an Planungsingenieuren entlarfte die Ankündigung **Scheuers** als reine **Propagandalüge**.^{180, 181}

Andererseits werden **über 10 Milliarden €** in unsinnige Großprojekte wie z. B. die 2. S-Bahnstammstrecke in München gesteckt, noch 2010 ging man von 2 Milliarden € aus. Der bayerische Ex-Verkehrsminister Wiesheu (1993 - 2005) boxte das Projekt gegen die Alternative Südring durch, indem er vorsätzlich falsch von 530 Millionen € für neue Tunnelstrecke faselte.

Das ursprüngliche Ziel der Entlastung der Innenstadt läuft dieses Prestigeprojekt zuwider. Eine tatsächliche Entlastung wäre die Ertüchtigung des vorhandenen Südrings gewesen, der nur einen Bruchteil der Tunnelstrecke gekostet hätte.

Folge: Der Schienenverkehr außerhalb des münchener S-Bahn-Bereichs, z. B. der zweigleisige Ausbau der Werdenfelsbahn oder gar die dringend notwendigen Reaktivierungen der in den 70er und 80er Jahren stillgelegten Strecken fehlt nun auf Jahrzehnte hin das Geld.

Alexander Dobrindt, CSU, Dipl.-Soziologe:

„Der 2-gleisige Ausbau der Werdenfelsbahn ist unrentabel“. Diese überbeanspruchte, eingleisige Fernbahnstrecke (Taktverdichtung nicht mehr möglich) sollte allerdings bei einem Zuschlag für die Olympiade in Garmisch-Partenkirchen 2022 schon zweigleisig ausgebaut werden, also für lediglich 14 Tage.

Dafür hat **Dobrindt** als Bundesverkehrsminister aber üppigste Straßen- und Tunnelbaumaßnahmen mit weiter über 1 Milliarde € in seiner oberbayerischen Heimat (Pfaffenwinkel, Werdenfeler Land) auf den Weg gebracht. Im Bundesverkehrswegeplan 2030 sind hingegen für die Bahn hier 0 € vorgesehen.

In Dobrindts BVWPG 2030 sind über 6000 km neue Straßen, aber nur 496 km neue Bahntrassen vorgesehen. Heute **verschleiert Dobrindt** den äußerst dringen Nachholbedarf des jahrzehntelang auf Verschleiß gefahrenen Bahnverkehrs und permanent rückgebaute Infrastruktur durch seine Aussage “Wir investieren jetzt soviel wie noch nie in die Schiene.” Durch diese Aussage lenkt er auch von der Tatsache ab, daß der BVWP in erheblichem Maße der Befriedung politischer Einzelinteressen dient.

<https://buendnis-verkehrsiniciativen.com/Startseite/>

So sieht die „Verkehrswende“ der **CDU/CSU** nach wie vor in Wahrheit aus.

Die USA hat erkannt, Verkehrswende ist notwendig:

Selbst das Autofahrerland ändert jetzt seine Verkehrspolitik: Im Straßenbau wird nur noch Bestand-erhaltung durchgeführt, die, allerdings bislang sehr spärliche Bahn, wird drastisch aus- und aufgebaut. Siemenslokomotiven z. B. sind dort voll im Geschäft. Überall werden Stadtbahnnetze gebaut.

Aber wer unterwirft immer noch alles den Autofirmen: Die Union, allenvoran die **CSU**: Die Förderung alternativer Antriebe ab 2022 sind für Pkw und Lkw **100 x höher** als für Schienenfahrzeuge.

Alle drei **CSU-Bundesverkehrsminister versagten beim Brennernordzulauf vollkommen**. Gewollt?

Weitere vorsätzliche Verzögerung aus wahltaktischen Gründen in Bayern

Ex-Verkehrsministerin **Kerstin Schreyer, CSU**, hatte *Ende Januar 2021* bei der Vorstellung der Ergebnisse des Raumordnungsverfahrens betont, die **Erfordernis für den Neubau sei noch nicht erwiesen**.

Was sie verschwieg: Seit 1989 weiss man, daß der Brennerbasistunnel gebaut wird und ein entsprechender Nordzulauf nötig ist. Das Bundesverkehrsministerium hat die Notwendigkeit einer neuen Schieneninfrastruktur sowie die Alternativlosigkeit zu einer Neubaustrecke 2012 festgestellt. Den internationalen TEN-Vertrag dazu unterschrieb Ex-Bundesverkehrsminister **Ramsauer, CSU**, 2012.

Es wäre sicherlich nicht verkehrt, wenn die Frau Verkehrsministerin gewußt hätte, daß in den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) nur aufgenommen wird, was in der Bedarfsplanprüfung ein Nutzen-Kosten-Verhältnis (NKV) von > 1 ergibt. Also ist sehrwohl bereits eine Bedarfsabschätzung durchgeführt worden - nur, die passt dem Bayerischen Verkehrsministerium halt nicht.

Der wahre Grund ist nämlich, daß die **bayerische Staatsregierung keine Verkehrswende**, hin zur umweltfreundlichen Schiene, will, weil sie einerseits glaubt Wählerstimmen und andererseits Parteispenden aus der Kfz.- und Logistikbranche zu verlieren. Fast jährlich bekommt die CSU alleine schon von 2 BMW-Eigentümern 99998 € eine sog. Partei-“Spende”.

Im Verkehrsausschuß des Bayerischen Landtags wurde der Antrag gestellt sich ausdrücklich zum **Brennernordzulauf** zu bekennen. “Dank” des Verkehrsausschußmitglieds und **radikalen Bahngegners, Jürgen Baumgärtner, CSU**, wurde der Antrag abgelehnt!

Aufgrund der **Verzögerungsstrategie der CSU** wird der Brennernordzulauf nicht vor 2040 (!) fertig sein - zum Schaden der Menschen, Wirtschaft und der Umwelt. Auf italienischer und österreichischer Seite ist der Brennerbasistunnel voraussichtlich 2032 einsatzbereit.

Wie schizopren und hinterfotzig im vom damaligen Minister **Dobrindt** gesteuerten Bundesverkehrsministerium gegen die bundeseigene Bahn gearbeitet wird, zeigt beispielhaft die Ablehnungsbegründung im Bundesverkehrswegeplanentwurf 2030 zum Teilausbau des nur 6 km kurzen Streckenabschnitts Mittenwald - Grenze / Österreich - der Karwendelbahn:

1-127	ABS Mittenwald - Grenze D/A (- Scharnitz)	Aufgrund der starken Neigung ist die Strecke für den überregionalen SGV unvorteilhaft. Dieser benutzt, genauso wie der SPFV, die besser geeignete Alternativstrecke München - Rosenheim - Kufstein - Innsbruck, auf welcher <i>kein Kapazitätsengpass</i> erwartet wird. Da es sich daher um eine SPNV-Maßnahme handelt, ist der Projektvorschlag nicht in den BVWP aufzunehmen.	In Erstbewertung ausgeschiede
-------	---	--	-------------------------------

Man muß sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen:

Da liest man ”... Rosenheim - Kufstein ... **kein Kapazitätsengpass** erwartet wird.” Außerdem ist die Karwendelbahn in Wahrheit eine Fernbahn in das benachbarte Ausland.

Update vom 2.6. 2023: <https://www.stern.de/gesellschaft/regional/bayern/verkehr--brenner-streit--minister-wollen-sich-bis-juli-treffen-33522434.html>

Bezüglich der Blockabfertigungen an der deutsch-österreichischen Grenze droht der CSU-Europaabgeordnete [Markus Ferber](#): "Die Kommission darf nicht länger der Tiroler Erpressung tatenlos zusehen, sondern muss endlich liefern - zur Not auch mit einem Vertragsverletzungsverfahren."

In [Dobrindts](#) BVWP ist für den Nordzulauf bis 2030 **lediglich** eine sog. "Grundermittlung" vorgesehen. Von Bau keine Rede. Bis dahin ist aber der Basistunnel längst fertig.

Es wurde also schon von vorne herein von dem CSU-gelenkten Ex-Bundesverkehrsminister hinterrücks gegen einen Ausbau des Nordzulaufs zum Brennerbasistunnel gearbeitet, einem Projekt von europaweiter Tragweite. Genau diese Argumentation benützte sowohl die bayerische Ex-Verkehrsministerin [Schreyer](#) als auch ihr Nachfolger, [Bernreiter](#), CSU, um die Notwendigkeit des Ausbaus des Brennerbasistunnelnordzulaufs in Zweifel zu ziehen.¹⁸²

Völlig außer Acht lassen die deutschen Unionsverkehrspolitiker die Transportenergiekosten.

Ihnen ist es egal, daß z. B. 1000 Tonnen **über** den Brennerpaß zu hiefen rund 4000 € an Energie kostet. Wenn man bedenkt, daß täglich ca. 70 Züge über den Brenner fahren, so sind das ca. 22000 € **pro Tag** (!), die man sich weitgehend bei der Durchfahrt im Brennerbasistunnel sparen könnte. Aber das **lehnt die CSU ab** und verzögert den Brennerbasistunnelnordzulauf vorsätzlich. Vom LKW/PKW-Verkehr garnicht zu reden. Jährlich fahren z. B. **2,2 Millionen LKW** (= 71 % der Gütergesamtmenge) über den Brenner und verbrauchen obendrein 5 x mehr Energie als ein Bahntransport mit Elektroenergie.

Nur 7 markante Beispiele für von NGOs geforderte, verhältnismäßig problemlose und sinnvolle Reaktivierungen von stillgelegten Eisenbahnstrecken in Bayern:

- **Höllentalbahn (Oberfranken)**

Die **nur 5,5 km** lange, 1945 unterbrochene Marxgrün - Blankenstein Bahnlinie (ehemalige Hauptstrecke Eger - Hof - Saalfelden) im Landkreis Hof ist seit 1982 gleislos. Sie wurde aber nie entwidmet. Diese Unterbrechung bewirkt, dass die *täglichen Güterzüge* zu einem großen Unternehmen in Blankenstein (in Thüringen, unmittelbar an der Grenze zu Bayern) einen *Umweg von 250 km* fahren müssen.

Nahezu alle CSU-Mandatsträger in Oberfranken sind **gegen diese Reaktivierung**:

- Allen voran Jurist und MdL [Alexander König](#), Hof

- Berufsoffizier und MdL [Jürgen Baumgärtner](#) (er will sich „mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass das 1000-Personen-km-Kill-Kriterium auf allen Bestandsstecken in Bayern angewendet wird“ und somit der Zugverkehr drastisch zurückgefahren wird. Das würde z. B. auch die Einstellung der Bahn Tutzing - Kochel bedeuten.

Zum Verständnis: Unter dem hochgelobten Ex-Bundesverkehrsminister [Dollinger](#), CSU, 1982 - 87, der bekannt wurde als rigoroser Streckenstillleger (Rückzug aus der Fläche), kreierte man 1985 eine völlig willkürlich Zahl, um Argumente für den **Bahnstreckenkahlschlag** zu haben, nämlich 1000 pkm. Diese Zahl tragen die CSU-Politiker auch heute noch wie ein Schutzschild vor sich her, um für die Verkehrswende leider (diese Scheinheiligkeit ist nicht zu überbieten - siehe das Wiesheu-Dogma auf Seite 39) nichts tun zu können.

- Jurist [Dr. Oliver Bär](#), Landrat von Hof und Ehemann der Ex-Bundesdigitalministerin Dorothee Bär.

Ein weiteres haarstrebendes, immer wieder genanntes Argumente der politischen Höllentalbahn-Gegner: Mit einem Linken (Ministerpräsident Ramelow, Thüringen) arbeitet man nicht zusammen. Obwohl das Güterfrachtaufkommen (Holz), s. u., auf dieser Strecke außerordentlich hoch wäre, wird mit einer Standardphrase im Bundesverkehrswegeplanentwurf 2030 von vorne herein das **Projekt gekillt**.

“Projekt I-303 NBS Blankenstein (Saale) - Marxgrün: Da nur eine geringe Nachfrage des SGV auf der Strecke erwartet wird und die Neubaustrecke alleine dem SGV nutzen würde (*Anmerkung: Beides entbehrt der Realität*), werden die Investitionskosten durch den Nutzen für den überregionalen Verkehr nicht gedeckt werden können. (*Anmerkung: Nach dem Denkmuster im unionsgesteuerten Bundesverkehrsministerium sind also 250 km Umweg für den täglichen Güterzug nach Blankenstein wirtschaftlicher*). Da das Projekt daher nicht wirtschaftlich ist, ist es nicht in den BVWP aufzunehmen.”

Holzzüge aus Tschechien werden in Hof auf täglich 300 Lkw umgeladen und durch das Höllental nach Blankenstein gekarrt! Für die Lkw- und Speditionsunternehmen ein Bombengeschäft, dank CSU, zum Schaden der Gesundheit der Bevölkerung und der Umwelt.

Zum Verständnis: In Blankenstein hat mit der Zellstoff- und Papierfabrik Rosenthal die modernste Kraftzellstofffabrik Europas ihren Hauptsitz. Jährlicher Holzbedarf über 1,8 Millionen fm (Bahnzufuhr), Zellstoffproduktion 353000 t (Bahnabtransport). Ganz offensichtlich zahlt die ZPR keine oder zu wenig Parteispenden an die Union, denn sonst wäre das nur 5,5 km lange, seit 1945 stillgelegte Streckenstück längst reaktiviert.

Zum Thema Höllentalbahn siehe <https://www.hoellennetz.de/>

- **Steigerwaldbahn**

Die **Reaktivierung** der 50 km langen Steigerwaldbahn wollen **verhindern** (CSU Bezirksverband Schweinfurt):**183, 184, 185, 186, 187**

- Bayerns Innenstaatssekretär **Gerhard Eck**, CSU, Schweinfurt (einer der Ganzgestrigen: Für Atomenergie, auch *gegen* Windkraft und *gegen* einen Steigerwaldnationalpark)
- RA **Dr. Anja Weisgerber**, CSU, MdB, Schweinfurt
- **Barbara Becker**, CSU, MdL, Dipl.-Pädagogin, Kitzingen
- **Gerlinde Martin**, CSU
- **Stefan Funk**, CSU
- **Georg Brückner**, CSU Unterfranken

Eine Potenzialanalyse der BEG, damalige Aufsichtsratsvorsitzenden **Kerstin Schreyer**, CSU, ergab 563 pkm, zwei Fachgutachten von neutralen Verkehrswissenschaftler errechneten dagegen bis zu 1700 pkm. **188, 189**

- **Fuchstalbahn**

Obwohl die Kreistage von Weilheim/Schongau und Landsberg sich für die Wiedereinführung des Personenverkehrs der 28 km langen Fuchstalbahn ausgesprochen haben, hält - wie üblich - das Bayerische Verkehrsministerium an ihren 4 Wiederinbetriebnahme Kriterien (in Wahrheit vorsätzliche Wiederinbetriebsnameverbindungskriterien) fest, darunter eine 100 %ige Zustimmung aller Beteiligten (ein hervorragendes Totschlagargument) und die „Hausnummer“ 1000 pkm.**190**

- **Ilztalbahn**

Die 50 km lange Ilztalbahn ist an den Sommerwochenenden im Touristenverkehr in Betrieb und findet herausragenden Zuspruch. Aber das Bayerische Verkehrsministerium schreibt, daß eine Reaktivierung des Bahnbetriebs nicht in Frage käme, solange das [Landratsamt Passau](#), Landrat [Raimund Kneidinger](#), [CSU](#), (in diesem Landkreis ist der Wohnsitz des Ex-Bundesverkehrsministers Scheuer) **strickt gegen** diese ist. Es lehnt sogar eine Potenzialanalyse ab! Siehe oben Killkriterium 100 %ig Zustimmung. [Scheuer](#) forderte wählerheischend neuerdings für Radfahrer einen 1000-€ Klimabonus, ist aber gegen die dauerhafte Wiederinbetriebnahme dieser Bahnstrecke nach Freyung.¹⁹¹

- **Wasserburger Altstadtbahn**

Ein weiterer Beweis der **Bahnfeindlichkeit der Bayerischen Staatsregierung** - und gleichzeitig ein Beweis der Scheinheiligkeit bezüglich „Verkehrswendeversprechen“ - ist die Stilllegung der Wasserburger Altstadtbahn durch das Bayerische Staatsministerium für Verkehr, die, so hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, sie **gegen geltendes Recht** erteilt hat. ¹⁹² Dieser eindeutige **Gesetzesverstoß** blieb aber leider für das Bayerische Verkehrsministerium **ohne jegliche Konsequenz**.

Auch hier wieder Verschleierungstaktik; denn die Wahrheit ist, daß dahinter das Verlangen eines großen Konzern steckt: Die MEGGLE Group GmbH, Milchprodukte, Wasserburg, will unbedingt das Bahngelände für die Ausweitung seines Firmengeländes erwerben.

- **Waldbahnstrecke Gotteszell – Viechtach**

Auf der 25 km langen Waldbahnstrecke ist von 2018 bis 2021 vom Bayerischen Wirtschafts- bzw. Verkehrsministerium ein **Probetrieb** mit Fahrgastzählungen genehmigt worden. Aufgrund heftiger Proteste der dortigen Bevölkerung erfolgte eine Verlängerung. Der Probetrieb findet auf einer Strecke statt, die nur provisorisch für einen fahrplanmäßigen Zugbetrieb hergerichtet ist und somit einem Fahrgastzuwachs entgegenstehen. Damit sind viele Unzulänglichkeiten wie etwa lange Fahrtzeiten oder ungenügend ausgestattete Bahnhöfe bzw. Haltepunkte zu erklären.

Als Bedingung für den Regelbetrieb, wird von der Bayerischen Staatsregierung gefordert, dass je Tag 1000 Fahrgäste die Strecke Gotteszell – Viechtach benutzen.

Dieses **1000 pkm Bahnkahlschlagsargument** ist der Dreh- und Angelpunkt einer kontrovers geführten Diskussion zwischen Bahnbefürwortern und Bahngegnern. [Jürgen Baumgärtner](#), [CSU](#), MdL und Mitglied des Verkehrsausschusses, sagte auf einer Kundgebung an der Waldbahnstrecke, daß *er alles dafür tun werde, daß auch diese Schienenstrecke nicht in den Regülarbetrieb gehen werde*, da sie nicht das 1000 pkm-Killkriterium erfüllt!

Weiter ist für eine Bewertung der Zahl „1000“ zu berücksichtigen, dass auf der Strecke jahrelang kein regelmäßiger Zugbetrieb stattgefunden hat und dadurch die Gleisanlagen sowie die Bahnhöfe und andere Bahneinrichtungen verständlicherweise kaum gewartet wurden und somit heute in einem teilweise schlechten Zustand sind. Wie sollen da 1000 qkm zusammen, wenn man nur im Schneckentempo fahren darf? Aber genau das ist das Ziel der **bayerischen, bahnfeindlichen Staatsregierung: Verhinderung**.

Einem mächtigen Aufschrei der Bevölkerung ist es zu verdanken, daß der plötzliche Entschluß der Ex-Bayerischen Verkehrsministerin [Kerstin Schreyer](#), [CSU](#), im August 2020, den Probetrieb sofort einzustellen, doch noch **bis September 2021** aufgeschoben wurde.

Da kam es den CSU-Bahngegnern gerade recht, daß aufgrund der Coronapandemie überall das Fahrgastaufkommen im öffentlichen Fern- und Nahverkehr eingebrochen ist; denn aufgrund dessen ist das 1000 pkm-Killkriterium nie zu reissen.

In Viechtach wird ein überdimensionierter Kreuzungsumbau an der B85 vorgenommen. Aber die Bahnstrecke nach Gotteszell wird möglicherweise eingestellt, weil sie schlecht genutzt wird. Verständlich, denn es gibt kaum eine Busanbindung und zu viele Feldübergänge drücken auf die Zuggeschwindigkeit.

Nachdem die Ex-Verkehrsministerin Schreyer abgesetzt wurde, läuft der Probetrieb auf dieser Strecke heute - 2023 - noch. Gibt es doch ein kleines Wunder?: Nach 2023 sollen evtl. Mittel aus dem nicht mehr benötigten Coronainvestitionsprogramm Infrastrukturverbesserungen der Waldbahn zugeführt werden.

Das hat System: Der Freistaat Bayern gibt nur 90 Mio. € im Jahr für den ÖPNV aus, aber 400 Mio. € für den Staatsstraßenneubau. 193

Kleine Anmerkung am Rande: Ich bin selbst schon öfter auf dieser landschaftlich traumhaft schönen Strecke, wie auch der Ilztalbahn, mit dem Zug gefahren. Im übrigen liegt an der Strecke Ruhmannsfelden, der Geburtsort meines Großvaters. 194 Man sollte sich diesen Genuß noch einmal gönnen, bevor der Bahnverkehr doch noch eingestellt und die Bahntrasse abgerissen wird; denn das Damoklesschwert des Ministerpräsidenten Söders schwebt unheilvoller denn je über uns. Er schrie im Mai 2023 auf dem CSU-Parteitag in Nürnberg: "Wir sind eine Autoland!" und "Weiter so". Und alle jubelten ihm zu. Umweltbewußtsein, Klimawandel, Artensterben, Gemeinwohlverpflichtung, Kreislaufwirtschaft, etc.: Alles Feblanzeige.

- **Werrabahn**

Die Bahnstrecke Eisenach–Lichtenfels war bis 1945 eine **Hauptbahn** in Thüringen und Bayern, die ursprünglich von der Werra-Eisenbahn-Gesellschaft erbaut und betrieben wurde. Sie führte von Eisenach entlang der Werra über Meiningen nach Eisfeld und bis 1945 weiter über Coburg nach Lichtenfels. Im Abschnitt Eisfeld-Coburg wurden die Gleisanlagen nach dem Krieg bis in die 1970er Jahre abgebaut und teils überbaut, obwohl die Strecke nie entwidmet wurde. 195, 196

Mit dem rund 22 Kilometer messenden Lückenschluss wäre die Werrabahn von Eisenach bis Coburg beziehungsweise Lichtenfels wieder durchgängig befahrbar.

Kraft souveräner Willkür lies der Landdrat des Kreises Hildburghausen, **Thomas Müller, CDU** ein 350 m langes Stück der aus Teilungszeiten immer noch unterbrochenen Bahnstrecke „Werrabahn“ mit einer Straße zubauen – obwohl die Reaktivierung im Thüringer Koalitionsvertrag steht und ohne vorher ein Planfeststellungsverfahren durchzuführen. 197, 198, 199

Beim Landesumweltamt wurde Widerspruch gegen die Straße eingelegt: Mit Erfolg. Fraglich ist, was jetzt mit besagtem Straßenabschnitt passiert. Es steht auch ein Fahrverbot im Raum. Die Werrabahn ist abermals ein Beispiel, warum es die Schiene in die Fläche schwer hat. Anscheinend ist es einfacher, Straßen zu bauen, als sich zu überlegen, wie man umweltfreundliche Mobilität für alle bereitstellen kann.

Update 6. 6. 2023: www.br.de/nachrichten/bayern/fraenkische-schweiz-buerger-kaempfen-fuer-besseren-oePNV, TgCIZRj Ebermannstadt-Muggendorf: Auch hier blockiert die CSU-gesteuerte BEG mittels des 1000 pkm-Killkriteriums eine Reaktivierung. Das Zählen von Fahrgästen ist eine rückwärtsgewandte Denkweise, die sich in nahezu allen Fällen als völlig unzutreffend bei Reaktivierungen erwiesen hat. Sie dient der vorsätzlichen Verhinderung eines gemeinwohlorientierten Bahnverkehrs zum Schaden der ländlichen Bevölkerung und widerspricht in eklatanter Weise auch der Bayerischen Verfassung.

CSU: Es geht immer weiter so, verhindern, blockieren, ablehnen

Bis 2028 geplanter Bau eines ICE-Werks im Raum Nürnberg:

Der Fraktionschef der in Fürth mitregierenden **CSU, Max Ammon**, verweist darauf, dass seine Fraktion *gegen den Bahn*vorschlag sei, obwohl dadurch 450 neue Arbeitsplätze geschaffen würden.²⁰⁰

Weitere **Gegner** - alle **CSU** - eines **ICE-Werk** an anderen Standorten:

- Landtagsvizepräsident **Karl Freller**
- Bezirksrat **Peter Daniel Forster**, Kreisverband Nürnberg-Süd
- Nürnbergs Stadträtin **Nicole Alesik**
- Bezirksvorsitzender **Michael Frieser**, MdB
- Nürnbergs Oberbürgermeister **Marcus König**
- Bay. Ministerpräsident **Markus Söder**; wie üblich: zuerst dafür, jetzt dagegen.

Ich bin mir sicher, daß die **CSU** keine Einwände gegen die Bebauung der 35 ha großen Fläche hätte, wenn ein Automobilwerk dort gebaut würde. Das beweist, daß es der **CSU in Wahrheit auch nicht um Arbeitsplätze geht, sondern um "Zuwendungen" der Automobilindustrie**. Damit weniger Bahn gefahren wird, verzichtet diese Partei sogar auf die dringend benötigten Arbeitsplätze!

Folge: Die andauernden Proteste des Autolands Bayern (Söder wörtlich) wurden der DB AG zu bunt: Bayern bekommt nun kein neues ICE-Werk.

Hotspots Kochel, Walchensee

Antrag im Bayerischen Landtag über einen detaillierten Bericht über die Situation für Natur und Anwohner sowie für Land- und Forstwirtschaft **in den Corona-Hotspotgebieten**; außerdem eine wissenschaftliche Studie wie die Verkehrsbelastungen reduziert und der **Ausbau ÖNPV** im bayerischen Alpenraum vorangebracht werden kann.

Ergebnis: **CSU** im Landtag hat diesen **Antrag abgelehnt!**

Anstelle dessen beharrt die **CSU** auf ihrem alten Denkmuster und läßt in Fall, in Einsiedel, in Niedernach und in Kochel weitere Parkplätze bauen; teilweise sogar im Landschaftsschutzgebiet. Ihre Vertreter wollen nicht begreifen, daß ein erweitertes Angebot an Stellplätzen nur noch mehr Verkehr generiert, anstelle ihn zu reduzieren und die geplagten Einheimischen von den ausufernden Verkehrsströmen zu entlasten. Eine Busverbindung am Walchenseesüdufer nach Lenggries wurde ebenfalls **abgelehnt**.

Wie sagte Dr. **Wiesheu** , damals als bayerischer Verkehrsminister?:

„Ich werde nichts tun, was der Autoindustrie nicht gefällt.“

Diesen Satz hat die **CSU** zum Dogma erhoben!

Eigentlich logisch im Land der Autobauer und millionenschweren Parteispendenempfänger.^{201, 202, 203}

Wirtschaftswachstum über alles

Klima- und Umweltschutz - Verkehrswende - stört nur

Wie scheinheilig die Verkehrswende in der Union propagiert wird, geht auch daraus hervor:

Die CDU-Mitglieder Philipp Schröder, Wiebke Winter, Heinrich Strößenreuther gründeten aus rein wahltaktischen Gründen eine sog. "Klimaunion". Erst jetzt fällt ihnen auf, daß sich die Dramatik des Klimas in (für sie) nicht vorstellbarer Weise entwickelt hat.

Alleine schon der Satz "Die Klimaszene darf nicht weiter nach links abwandern" beweist, daß es der Union in Wahrheit nicht um das Klima geht, sondern nur um die immer noch zahlreichen Wählerstimmen - also nicht um die Wähler - die nicht bereit sind ihren grenzenlos egoistischen Lebensstil zu überdenken. Das ist an Hinterfotzigkeit kaum zu überbieten.

Das neue Wahlprogramm der Union ist bezüglich Klimaschutz völlig wertlos. Siehe hierzu <https://www.freitag.de/autoren/toralf-staud/duerre-im-Kopf>

Es fehlen konkrete Vorgaben z. B. zum Ausbau erneuerbarer Energie, der Kohleausstieg dauert viel zu lange, im Verkehr werden nach wie vor uferlos Autobahnen, Straßen aber keine Schienen neu gebaut.

Die Union priorisiert rücksichtslos nach wie vor die Industrie- und Wirtschaftsförderung mit entsprechendem Konjunkturprogramm, erst danach spricht man scheinheilig von klimaneutral.

Der ehemalige Senator der Universität Karlsruhe, Dipl.-Ing. Raimund Probst brandmarkte z. B. auch die Wärmeschutzverordnung (EnEV) der Bundesregierung als die „... grandioseste kapitalistische Manipulation des 20. Jahrhunderts. Sie ist nichts anderes als ein verkapptes 130 Milliarden € Konjunkturprogramm für die Dämmindustrie.“ ²⁰⁴

Man will in engstirnigem Egoismus nicht wahrhaben, daß ein aus den Fugen geratenes Klima, Stichwort "Kipppunkt", eine dem Menschen und somit dem Gemeinwohl dienende Wirtschaft nicht mehr durchführbar ist. Die Union will nicht wahrhaben, daß der dramatische Verlust durch das Artensterben, der katastrophale Rückgang der Biodiversität aufgrund einer verantwortungslosen Chemie- und Agrarindustrie einschließlich ihrer entsprechenden klimapolitischen Bremsmanöver, letztendlich unseren Wohlstand, unsere Sicherheit, unsere Gesundheit gefährdet und somit unsere Existenz. ^{205, 206, 207}

Im Gegensatz zu den sehr zahlreichen, juristisch gebildeten Parlamentariern der CDU / CSU (u. a.) haben die Juristen des Bundesverfassungsgerichts und jüngst das Bezirksgerichts in Den Haag, aus Verantwortung künftiger Generation gegenüber, dem Klimaschutz Priorität gegeben. Nicht „Wachstum über alles“, wie die vermeintlichen Wohlstandsförderer in der Union und der FDP immer noch propagieren, sondern Wachstum nur in soweit, wie Klima- und Umwelt nicht weiter geschädigt werden.

Ein Bezirksgericht in Den Haag verpflichtete den Shell-Konzern zu mehr Klimaschutz und ordnete konkrete Emissionsreduzierungen bis 2030 an. Shell trage mit seinem Geschäft zu den "schlimmen" Folgen des Klimawandels für die Bevölkerung bei und sei "verantwortlich" für enorme Mengen ausgestoßener Treibhausgase, hieß es in dem Urteil.²⁰⁸

Prof. Dr. Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung:

Der Staat muß nun den **Klimaschutz** erkennbar höher bewerten als das freie Spiel von Angebot und Nachfrage. Legislative, Exekutive und nun auch Judikative erzwingen die Dekarbonisierung der westlichen Volkswirtschaften.

Die **Geschäftsmodelle** der großen Firmen müssen heute nicht mehr nur den Investoren und dem Aufsichtsrat **vorgelegt** werden, sondern auch der **Gesellschaft als Ganzes**. Die unbequeme Wahrheit für die Großkonzerne ist diese: Sie sind grün oder gar nicht. "Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit".

Hoffentlich, kann ich da nur sagen - und alle die gestrigen Politiker mit ihnen.

Ungeachtet dieser Urteile hat die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (**GIZ**), das **bundeseigene Unternehmen** für die sogenannte Entwicklungszusammenarbeit, einen Weg entdeckt, wie vermeintlich deutsche Steinkohlekraftwerke auf einen regenerativen Energieträger umgestellt werden können. Die GIZ will **große Mengen an Holz aus Namibia** und angrenzenden Ländern **importieren** lassen.²⁰⁹

Die GIZ GmbH ist eine Organisation der Entwicklungszusammenarbeit und erhielt ihre Aufträge hauptsächlich vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Leitung (2021) **Dr. Gerd Müller, CSU** sowie vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, Leitung (2021) Dipl.- Kauffrau **Anja Karliczek, CDU**.

Ex-Agrarministerin **Julia Klöckner, CDU** sorgte dafür, daß Verhandlungen über eine neue Landwirtschaft in der EU gescheitert sind. Sie **wollte weniger Klimaschutz** im Gesetz verankern. Das Landwirtschaftsministerium schrieb nur 2 Millionen Tonnen (= 3 %) weniger bis 2030 als Einsparziel in die **neue Klimanovelle**. Dass die Agrarwirtschaft sich erneut um notwendige Ziele drücken konnte, liegt an ihrer starken Lobby u. a. des Bauernverbands, denn **Klöckner** ist auf einer Linie mit ihren Parteikollegen:

Von den Mitgliedern im Agrarausschuss des Bundestages der **CDU/CSU-Fraktion** haben 2021 85 % einen direkten Bezug zur Land- und Agrarwirtschaft, zu Düngerherstellern oder Fleischproduzenten. Ihre Interessen sind die großen Höfe, nicht die Familienbetriebe. Mit ihrer Forderung die sog. Eco Schemes auf nur 25 % zu drücken, zementiert sie ein landwirtschaftliches Modell, das viele **Kleinbauern** und die **Böden ruiniert**. Der Profit geht zu den Konzernen, die dazu die technischen Mittel liefern.²¹⁰

Nach dem Urteil in Karlsruhe (siehe Seite 48) hätte **Altmaier, CDU** sofort die Anhebung der **Ausbau-mengen an Windrädern** um rund 8 Gigawatt pro Jahr anheben müssen. 2020 lag der Zuwachs bei 1,4 Gigawatt. Aber auch **Laschet, CDU** und **Söder, CSU** wollen die windkraftverhindernden Abstandsregeln von Windrändern nicht aufheben. Altmaier vergoldet lieber jeden Arbeitsplatz in der Braunkohle mit 2 Millionen €, aber der Verlust von 10000 Arbeitsplätzen in der Windenergie ist dem Minister nicht einmal eine Presseerklärung wert.

Radikale Gegner der Energiewende gewinnen an Einfluss und bremsen die Windkraft aus. Selbst die Industrie protestierte.²¹¹

Ex-Wirtschaftsminister [Altmaier](#) hatte die [Energiewendesaboteure](#) und treibende Kräfte zur Verhinderung der Windkraft wie [Stephanie von Ahlefeldt](#), [Thomas Bareiß](#), [Michael Fuchs](#), [Dr. rer. pol. Nikoel Ziegler](#), alle [CDU](#) nicht mehr im Griff.

[CDU-Abgeordneten Michael Fuchs](#) z. B., ein energiepolitischen Hardliner, hält den Atomausstieg bis heute für einen Fehler und polemisiert bei jeder Gelegenheit gegen die [Klimaschutzpolitik](#) der Bundesregierung, die er für Planwirtschaft hält.

Ebenso lehnt [Dr. Nikolai Ziegler, CDU](#), Vorsitzender der bundesweiten Initiative „Vernunftkraft“ nicht nur Windkraft generell ab, sondern hält jegliche Klimaschutzbemühungen in Deutschland für unnötig. [212](#)

[Ziegler](#) unterhielt enge Kontakte zum Ex-[CDU](#)-Staatssekretär und Klimawandelleugner [Thomas Bareiß](#). Der Gipfel: Im nun (2022) „grünen“ Bundeswirtschaftsministerium sitzt Deutschlands oberster Windkraftgegner, der Beamte [Nikolai Ziegler](#), immer noch und leitet die Abteilung „Internationale Wirtschafts- und Währungsfragen“.

Zur gleichen Spezies der [radikalen Klimaschutzgegner](#) gehört die schleswig-holsteinische Landesvorsitzende und Mitglied der Bundesinitiative „Vernunftkraft“, [Dr. Susanne Kirchhof, CDU](#).[213, 214](#)

Vernunftkraft ist ein Dachverband von Anti-Windkraft-Initiativen und ihren Landesverbänden, der sich für die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und den Stopp des Ausbaus von Windkraft und Photovoltaik einsetzt. Dagegen sollen Kohle- und Kernkraftwerke weiter genutzt werden. Politisch unterstützt wird dieser Verband von der AfD und der FDP.

Ab heute, 4. Mai, lebt Deutschland auf Pump

Unsere natürlichen Ressourcen sind für dieses Jahr aufgebraucht, ab jetzt verbrauchen wir zusätzlich Energie, Wasser und andere Ressourcen, z. B. für die uferlose Automobilität. **Mit der Einführung der E-Autos und des autonomen Fahrens wird dieses Ressourcenfressen noch schlimmer.** Auch Deutschland lebt weit über seine Verhältnisse, da sind sich alle seriösen Wissenschaftler einig. Die [Bundesregierung](#) hatte unter massiven Einfluß der Industrielobbyisten versucht, mit einem zaghaften Klimaplan dagegenzuhalten. Die kurzfristige Sicht der industrielobbybeeinflussten Politik ([Wirtschaftsrat](#)) beim Klimaschutz bewirkt, daß wir die Ressourcen unserer Erde jetzt in Saus und Braus verbrauchen - meist auf Kosten der Entwicklungsländer.

Diesen [egoistischen Irrsinn](#) hat aber das Bundesverfassungsrichter in Karlsruhe nun nicht gelten lassen. Der Paradigmenwechsel hin zum Klimaschutz und mit ihm die Verhinderung einer globalen Katastrophe muß laut BVerfG eindeutig Priorität genießen.[215](#)

Und trotzdem fordert die [Union](#) - wie auch die FDP - nach wie vor den Erhalt fossiler Industrien, Wirtschaft vor Klima. Bankkaufmann und Wirtschaftsrat-Generalsekretär [Wolfgang Steiger, CDU](#), verlangt „eine zeitliche Streckung“ der europäischen Klimaziele. Auch Ex-Bundesverkehrsminister [Andreas Scheuer, CSU](#), ereiferte sich über die „überzogenen Werte“ der EU-Klimaziele. [216](#)

In der vom BVerfG erzwungenen Neufassung des Klimaschutzgesetzes, vom 12. 5. 2021 sind zwar etwas reduzierte Umsetzungszeiträume genannt, aber von Verkehrswende hin zur Schiene kein Wort. Dem Verkehrssektor, der seit 1990 noch keinerlei Emissionsminderung geschafft hat, wird weiter ein

Freifahrtschein ausgestellt, weil er bis 2029 keine zusätzlichen Einsparungen zu erbringen hat. Emissionsreduktion müssen zwar Energie- und Industriesektor liefern, Gebäude, Landwirtschaft und Verkehr hingegen kaum und der Verkehr zudem sehr spät.²¹⁷

Das zeugt eindeutig, dass die Klimaschutzfeindlichen **Wirtschaftsrat**mitglieder u. a. der Agrar- und Kfz.-Industrie ihre Finger im Gesetzestext hatten.

Deutschlands **Budget** umfasst nur noch 4,2 Gigatonnen CO², um das 1,5 Grad-Ziel mit 50-prozentiger Wahrscheinlichkeit zu erreichen. Umgerechnet auf die Bevölkerung sind das pro Nase 50 Tonnen CO². Pro Kopf und Jahr stößt jeder Deutsche *durchschnittlich* 10 Tonnen CO² aus. Sieht man genauer hin, so ergibt sich, daß z. B. ein Hartz-IV-Empfänger Jahrzehnte mit seinem Kohlenstoff-Fußabdruck leben kann, bis sein Budget durch ist.

Nimmt man hingegen den mehrfachen Millionär, Wirtschaftsratpräsidiumsmitglied und **CDU**-Partei-vorstandsvorsitzenden, **Friedrich Merz**, mit seinen Immobilien und 2 Privatflugzeugen, wäre sein Fußabdruckanteil bereits in 2 Monaten aufgebraucht!^{218, 219}

Update 6. 6. 2023 **Merz** der Privatjetvielflieger und scheinheilige Klimschützer:
www.t-online.de/nachrichten/tagesanbruch/id_100187332/heizungsgesetz-nicht-das-problem-superreiche-sind-die-wahren-klimasuender.html

Der Physiker Michael Stöhr ist Mitglied der Scientists for future:

"Das Risiko, dass ein Großteil der Erde unbewohnbar wird, ist zu hoch, wenn alle erst 2040 klimaneutral werden. Was im Moment im bayerischen Klimaschutzgesetz drinsteht, ist hinten und vorne nicht ausreichend. Wir müssen auf null. Auf null bis 2035." ²²⁰

Klimaschutzgesetz: Nicht kompatibel mit 1,5-Grad-Ziel

Bis 2045 soll Deutschland treibhausgasneutral sein. Und bis 2030 sollen die Emissionen gegenüber 1990 um 65 % sinken. Doch all das reicht nicht: Um das 1,5-°-Ziel, dem sich auch die Koalition verpflichtet hat, nicht zu reißen, bedürfte es einer Reduktion von mindestens 70 %.

Ambitionierte Ziele sind nötig. Doch diese Maßnahmen sind nur heiße Luft. Ergänzend zum Klimaschutzgesetz brachte die Bundesregierung deshalb das Sofortprogramm 2022 auf den Weg. Am 23. 6. 2021 wurde es vom Kabinett beschlossen. Doch auch dieses Programm blieb unzureichend.

Sofortprogramm 2022: Substanzlos und unverbindlich

Umfasste der ursprüngliche Entwurf noch konstruktive Vorschläge für konkrete Maßnahmen, so blieb der nun verabschiedete Text eine **unverbindliche Absichtserklärung**. Denn als Kabinettsbeschluss ist das Sofortprogramm für die neue Bundesregierung, also ab 2022, nicht bindend.

- Nun gestrichen: Die im Energiebereich zu Beginn ins Auge gefassten erhöhten Ausbauziele für Wind- und Solarenergie (bis 2030).
- Gestrichen: Die Solaranlagenpflicht für Neubauten.
- Knapp 6 Milliarden der insgesamt veranschlagten 8 Milliarden € werden nun für **zweilichtige Industrieförderung** und
- die Ausweitung der Gebäudesanierung veranschlagt.

- Einen beschleunigten Kohleausstieg,
- ein Tempolimit oder eine verbindliche Verkehrswende sucht man vergebens.

An Maßnahmen, die kurzfristig spürbar Emissionen reduzieren, mangelte es im Sofortprogramm. Wirksamer Klimaschutz geht anders.

Individualverkehr - immer mehr, mehr, mehr

Wer das **Autonome Fahren** oder die **E-Automobilität** als Ausweg sucht, hat das gravierende Problem des ausufernden Individualverkehrs nicht begriffen.

Dabei geht es z. B. nicht nur um den Antrieb der selbstfahrenden Autos von morgen. Eine bisher völlig unbeachtete Seite ist der **Energieverbrauch** und die enormen Rechenkapazitäten, die für autonomes Fahren ge- und verbraucht werden. Die **Gesamt-CO² Bilanz**, von der Rohstoffgewinnung bis zum Verschrottungstermin sieht **miserabel** aus, deutlich schlimmer als beim Verbrennerauto oder gar der Bahn.

Wohin wir geradewegs steuern, wenn die **Union** wieder regieren würde, ist dem anschaulichen Video "<https://www.gmx.net/magazine/panorama/plastik-uru-uru-see-35705788#.logout.topVideos> Teaser.Nur%20noch%20Plastik%20im%20Uru-Uru-See.0" zu entnehmen.²²¹

Ich habe den Eindruck, daß die Politiker und Wähler der **CDU/CSU** (und nicht nur die) dem Grundsatz "**Nach uns die Sintflut**" frönen. Es wird höchste Zeit, daß sich insbesondere die zahlreichen Juristen im Bundestag den Artikel 20a des Grundgesetzes mit ihrer "**intergenerationellen Gerechtigkeit**" aneignen, denn genau darauf fußt das jüngste BVerfG-Urteil.²²³

Man **baut weiter grenzenlos Autobahnen**, sogar unnötige Autobahnausbauten wie z. B. die A14 in Sachsen-Anhalt, Bundesstraßen und flächenfressene Umgehungsstraßen. Auf die Idee, den ressourcenfressenden Individualverkehr durch den Ausbau des ÖPNV und SPNV einzudämmen, generell die **Verlagerung auf die Schiene**, und dadurch erhebliche Investitions- und vor allem externe Kosten einzusparen, kommt die **Union** nicht.

Verständlich; denn bei 37 Millionen Abgeordneten-"Spenden" 2017 und über 35 Millionen 2019 allein an die **Union**, muß man sich nicht wundern welchen Kurs die **Union** fährt - die Bahn AG, zu 100 % im Besitz des Bundes, zahlt bekanntlich keine Partei- und Abgeordneten-"Spenden".

Weitere **Meisterwerke** des ehemaligen Bundesverkehrsministers und jetziger **CSU-Landesgruppenvorsitzender Dobrindt** und MdB:

Nachdem in den USA der Abgasskandal der deutschen Autoindustrie publik wurde und die geschädigten amerikanischen Dieselautobesitzer von VW 25 Milliarden Entschädigung erhielten, entwarf der damalige Bundesjustizminister Heiko Maas einen Entwurf für ein Sammelklagerecht auch in Deutschland. Sein Kabinatteskollege **Dobrindt blockte ab**: "Lehnen wir ab! Komplett streichen". Auch was Strafzahlungen betrifft, ist die Automobilindustrie bei uns glimpflich davongekommen. Trotz des EU-Verbots von Abschaltvorrichtungen setzte **Dobrindt** damals durch, daß die betrügerischen Konzerne keine Strafen zahlen mußten.

Es ist mir ein Rätsel, daß so eine Person in ihrem Wahlkreis Weilheim-Schongau angehimmt wird.

Dobrindt veranlasste einen Abschlußbericht “**Untersuchungsbericht Volkswagen**”, der allerdings von den Automobilherstellern **mitverfasst** wurde: Das dem Bundesverkehrsministerium unterstellte Kraftfahrzeugbundesamt, KBA, gestattete ihnen, unliebsame Textteile zu löschen oder abzuändern! Der damalige (2020) KBA-Präsident Ekard Zinke, Jurist, wies seine Angestellten persönlich an, industrieunfreundliche Passagen zu ändern!²²⁴

Bar jeglicher Vernunft zeigt die Äußerung der **CSU-WM-Landrätin Jochner-Weiß**. Sie fordert den schnellstmöglichen 4-spurigen Ausbau der B 2 und die Umgehung Weilheims, wegen des belastenden Durchgangsverkehrs. Sie ignoriert die verkehrswissenschaftliche Tatsache, daß Umgehungs- bzw. sog. Entlastungsstraßen den **Verkehr vermehren** und nicht reduzieren. Die einzig wirkliche Durchgangsverkehrsreduzierung ist nur durch eine **Verlagerung auf die Schiene** möglich. Dazu gehört der 2-gleisige Ausbau der Werdenfelsbahn, die an ihre Leistungsgrenze längst angelangt ist. Maßgebend für den Umstieg des Autofahrers auf die Bahn ist nicht, wie fälschlich immer wieder behauptet wird, der angeblich zu teurer Fahrpreis, sondern die Fahrzeit von Haustür zu Haustür. Wenn man z. B. in 60 Minuten von Garmisch-Partenkirchen nach München mit dem Zug kommt, quält sich niemand mehr per Auto durch Murnau, Weilheim oder Starnberg.

Das Kapazitätsverhältnis von Straße und Schiene beträgt 4 : 1! Das bedeutet, daß eine Straße 4 x so breit gebaut werden muß um die gleiche Transportkapazität einer Schiene zu erreichen! Beim Flächenverbrauch pro beförderter Person im Stadtverkehr benötigt die Schiene in Städten 7 qm. Der motorisierte Individualverkehr benötigt 100 Quadratmeter, also über zwölfmal so viel. Das ist aber den **CDU/CSU-Verfechtern** völlig egal.²²⁵

Deutschland wurde “dank” der **Unionsregierung**, zumindest im öffentlichen Dienst, inzwischen **digitales Hinterland** (Stichwort Fax-Übermittlung Gesundheitswesen). In Bezug auf **Investitionen in den Schienenverkehr** liegt Deutschland im Vergleich zu allen EU-Staaten auf dem **vorletzten Platz!** Obwohl wir das bestausgebaute Straßennetz Europas haben, wird nach wie vor einem uferlosen Straßenbau und der Kfz.- und Logistikindustrie insgesamt, gefrönt.

Die Unionparteien reden zwar immer von Arbeitsplätzen in der Kfz.-Branche, **verschweigen** aber geflüsterlich, daß bei einer Verlagerung der Verbrennerautomenge zur von der Bundeskanzlerin **Angelka Merkel, CDU**, propagierten Dichte von 25 Millionen E-Autos insgesamt 800000 (!) Arbeitsplätze verloren gehen werden.

Hat sich der wackere **Unionswähler** eigentlich mal überlegt, warum die deutschen Autobauer so plötzlich auf die E-Mobilität setzen?

1. Nicht weil sie eine “grüne” Einsicht bekommen haben, sondern weil sie dadurch **massiv Arbeitsplätze abbauen** können,
2. weil China eine E-Auto-Quote für ausländische Autobauer festgelegt hat. Nebeneffekt: Noch deutlichere Ausgeliefertheit zu China und
3. weil sie mit unseren Steuergeldern für E-Autos *ohne Not* gefüttert wird.

Was auch niemand von der Union wahrhaben will

In ca. 10 Jahren wird die **deutsche Automobilwirtschaft** zur **Bedeutungslosigkeit** geschrumpft sein. Das glaubt der Leser nicht? Ich erlebte Anfang der 70er Jahre das schon einmal, als eine asiatische Großmacht innerhalb weniger Jahre aus dem Stand Null mit zu den größten Autobauern der Welt mutierte: Japan. Und China ist 10 x größer.

Einerseits hat China heute schon über 20 eigene Autofirmen und spuckt **jedes Jahr 4,5 Millionen** äußerst ehrgeizige und fleißige **Ingenieure** aus ihren Universitäten aus. **China beginnt** - seit 2022 - mit zwei eigenen Autoherstellern den deutsche und europäischen Markt aufzurollen! Und mit ihrer neuen "Seidenstraße" - Endpunkt "Chinatown Duisburg" - überschwemmen sie in Zukunft auch mit ihren automobilen Massenprodukten den europäischen Markt. Direktzüge von der chinesischen Provinzhauptstadt Jinan nach Frankfurt/M. sind schon Alltag.

Mit monatlich 100 Direktgüterzügen beglückt China Deutschland, umgekehrt sind es nur 1/3.[226](#), [227](#)

Und andererseits dringen die durch das jahrelange, illegale Absaugen intimer Nutzerdaten übermächtig gewordene 4 amerikanische **Internetgiganten**, Apple, Amazon, Alphabet (google) und facebook in immer weiter benachbarte Geschäftsfelder, wie die deutsche Automobilindustrie, vor.

Größenvergleich: Die genannten "**Big four**" hatten im I. Quartal 2021 einen Nettogewinn von 58 Milliarden \$. Das entspricht der Summe der Gewinnen von BMW aus den Jahren 2017 bis 2020. Alle 4 Konzerne saßen 2020 auf einem Bargeldbestand von rund 450 Milliarden Dollar, mit dem sich die deutschen Automobilkonzerne Daimler, VW und BMW an der Börse kaufen ließe. Genaueres siehe Steingarts morning briefing „Der Internet-Feudalismus I“.

Aber unsere deutschen Politiker setzen, dank üppiger Partei-"Spenden", und u. a. der äußerst erfolgreichen Lobbyarbeit der **Wirtschaftsratsmitglieder und ihrer politischen Handlanger**, s. o, nach wie vor unbeirrbar und blind nur auf *eine* Mobilität: Autos, deren Hersteller uns bald nicht mehr gehören werden.[228](#)

Auch die satte E-Auto-Prämie von 9000 € bewies, daß die Union nur kurzfristig von Legislaturperiode zu Legislaturperiode denkt. Die katastrophale CO²-Bilanz bei der Herstellung von E-Autos, die durch den E-Betrieb nicht wett gemacht werden kann, ist den **Unionspolitikern** ebenso egal.

Elektroantrieb könnte allenfalls dann die Umwelt schonen, wenn für das Laden der Akkus ausschließlich regenerativ und nachhaltig erzeugte Elektrizität verwendet würde. Der per Zertifikatshandel grün angemalte Pseudo-Öko-Strom ist reiner Etikettenschwindel. Die Lebenszyklusbilanz des E-Autos ist beträchtlich negativ. Die verbrauchte Energie geht weit über das hinaus, was an Primärenergie eingespart werden könnte. Zudem verschmutzt auch ein E-Auto die Luft durch Abrieb von Bremsen und Reifen. Hinzu kommt, daß es immer noch keine industriell wirtschaftliche Möglichkeit gibt, Autobatterien zu recyceln.

Ein weiteres Problem ist der ungehinderte Dauerzugang der übermächtigen Lobbyvereinigung **„Wirtschaftsrat“** in den CDU-Parteivorstand. Hierzu ganz aktuell (Auszug):

LobbyControl e.V. - Newsletter vom 10. Mai 2023



Das CDU-Schiedsgericht hatte es in der Hand, den Ruf der Partei zu retten – und hat die Chance vertan. Das Parteigericht entschied nun über die Frage, ob dem Lobbyverband „Wirtschaftsrat der CDU“ sein Dauerticket in den Parteivorstand entzogen werden soll. Aus unserer Sicht und der Sicht renommierter Fachjurist:innen ist dieses Dauerticket rechtswidrig und undemokratisch. Auch das Parteigericht hält diese Sicht für eine „vertretbare Rechtsauffassung“. Doch was für eine Enttäuschung: Das CDU-Parteigericht wehrte die Beschwerde eines lobbykritischen Mitglieds ab – aus formalen Gründen.

... Das Thema darf nicht in der Versenkung verschwinden. Denn wir sind weiterhin überzeugt: **Eine Partei muss nach demokratischen Prinzipien organisiert sein. Privilegierte Zugänge für Lobbyverbände zählen nicht dazu!**

... Die CDU hat damit nun schon mehrere Chancen verpasst, ihr Verhältnis zur Wirtschaftslobby in rechtskonforme Bahnen zu bringen. Parteichef [Friedrich Merz](#) blieb untätig, als wir ihn mit einem öffentlichen Online-Appell aufforderten, dem Wirtschaftsrat sein Vorstandsticket zu entziehen. Das jetzige Urteil stärkt Merz dabei nun keineswegs den Rücken. Denn die Kritik an der derzeitigen Konstruktion war in der Urteilsbegründung nicht zu überlesen. Das sollte Merz und seinen Parteivorstand trotz formal abgewiesener Klage aufhorchen lassen.

Schon seit Jahren hat der Lobbyverband „Wirtschaftsrat der CDU“ einen festen Platz im CDU-Parteivorstand. Dabei ist der Wirtschaftsrat – anders als sein Namen vermuten lässt – kein Parteigremium, sondern ein Wirtschaftslobbyverband. Sein Platz im Vorstand ist durch keine Wahl legitimiert – das widerspricht dem Parteiengesetz. Dennoch konnte der Lobbyverband dank seines Privilegs immer wieder Entscheidungen zugunsten von Konzernen beeinflussen – z. B. zulasten des Klimas oder von Menschenrechten in internationalen Lieferketten.

Ein von uns beauftragtes Rechtsgutachten hatte Anfang des letzten Jahres festgestellt, dass der Dauergaststatus des Wirtschaftsrats undemokratisch und rechtswidrig ist. Mehrere renommierte Parteirechtler:innen bestätigten öffentlich diese Auffassung.

Lobbykritische Grüße aus Berlin!

Christina Deckwirth, LobbyControl

Apropos Digitalisierung

2004 erhielt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus den Auftrag bis 2009 ein IT-Projekt “Amtliche Schuldaten” und “Amtliche Schulverwaltung” zu digitalisieren.

Diese Aufgaben hatten die bayerischen Kultusminister [Monika Hohlmeier](#), [Dr. Thomas Goppel](#), [Siegfried Schneider](#), [Dr. Wolfgang Heubisch](#), [Dr. Ludwig Spaenle](#), [Bernd Sibler](#), [Prof. Dr. Marion Kiechle](#) und [Prof. Dr. Michael Piazzolo](#). Sie alle haben diesbezüglich vollkommen versagt.

Jetzt endlich hat der Bayerische Oberste Rechnungshof das **Kultusministerium gerügt**, daß dieses Digitalisierungsprojekt nicht nur immer noch nicht vorgelegt wurde, sondern wegen mangelnder Steuerung und Kontrolle eine Kostenexplosion um mehr als das 20-fache auf nun 272 Millionen € erfolgt. Das KM widerspricht natürlich, muß aber trotzdem zugeben, daß das Projekt nicht vor 2028 fertig sein wird. Gerade in der Coronapandemie wurde dieses **Digitalisierungsdesaster in den Schulen** deutlich sichtbar.²²⁹

Leider haben weder der Bundesrechnungshof noch der Oberste bayerische Rechnungshof die Befugnis in irgend einer Weise ihre Feststellungen durchzusetzen oder gar Strafmechanismen gegen derartige Steuergeldvernichtungen in Gang zu setzen. Letzendlich arbeiten die Rechnungshöfe immer für den Papierkorb, da Niemand zur Rechenschaft gezogen wurde und wird. Die jeweiligen Regierungen werden sich hüten den Rechnungshöfen judikative Macht zu verleihen; denn sie wissen alle, daß dann die Parteienlandschaft anders aussehen würde.

Das geht sogar soweit, daß das Bayerische Verkehrsministerium, [Bernreiter](#), [CSU](#), dem Rechnungshof droht im Falle der Veröffentlichung des Reports (2023) zum Milliardenesaster bei der Münchner S-Bahn die Zusammenarbeit mit diesem Kontrollorgan verweigert!

Luftverschmutzung

Am 5. 3. 2021 hat der **EU-Umweltausschuss** für einen starken Bericht zu den EU-Regeln für saubere Luft gestimmt - gegen die Blockade von **CDU/CSU**, Rechtsradikalen und der FDP. Angesichts der 400.000 Toten in der EU jedes Jahr durch dreckige Luft, fordern wir schärfere und neue Grenzwerte und schnellere Vertragsverletzungsverfahren bei Verstößen.

Die Versuche der **Christdemokrat*innen**, Konservativen, Rechtsradikalen und des deutschen FDP-Abgeordneten bessere Regeln für saubere Luft zu blockieren, sind gescheitert. **An jeder Stelle hat diese Koalition der Blockierer versucht den Bericht abzuschwächen**, für die deutschen **CDU/CSU**-Abgeordneten maßgeblich in der Person von **Norbert Lins, CDU**, MdEP.²³⁰

Update: <https://interaktiv.br.de/pestizide/>

Lins lehnt auch eine Veröffentlichung der Zulassungsverfahren für Pestizide ab, das würde der Wettbewerbsfähigkeit schaden.

Die **Treibhausgasemissionen** der Schiene betragen 0,45 % des Gesamtverkehrsaufkommens, wohingegen der Straßenverkehr 96,47 % in die Luft zu *unserem Schaden* in die Luft bläst.

Lobbyerfolg bei CO²-Grenzwerten

Die Verordnung soll CO²-Emissionen von Lkw und schweren Nutzfahrzeugen drosseln!

Bayerische Landesregierung und MAN **schwächten EU-Strafzahlungen ab**.

Der Lkw-Hersteller MAN machte Druck bei Ex-Bundesverkehrsminister **Andreas Scheuer** und Bundeswirtschaftsminister **Peter Altmaier**, hohe **Strafzahlungen** der EU bei Überschreitung der CO²-Grenzwerte **abzumildern**. Interne Unterlagen zeigen, dass der Konzern dabei Schützenhilfe von der bayerischen Staatsregierung erhielt: Der Wirtschaftsminister persönlich setzte sich in Berlin für die Interessen von MAN ein – mit Erfolg. Dies ist ein Musterbeispiel wie Konzerne bei Gesetzen mitbestimmen.²³¹

Staatsminister **Franz Josef Pschierer, CSU**, hat die Position der Bayerischen Staatsregierung bekräftigt und „sich auf allen Ebenen für eine angemessene und für die Nutzfahrzeugindustrie realistische **Regulierung**“ eingesetzt. Dass nur 8 Tage vor Eingang der beiden Lobbyschreiben, am 22. 10. 2018, ein Treffen zwischen dem MAN-Betriebsrat und **Pschierer** zu ausgerechnet dieser Thematik stattfand, lässt an der Zufälligkeit zweifeln.

Um ihre Position gegenüber der damaligen Bundesregierung deutlich zu machen, schrieben MAN und Staatsminister **Pschierer** auch an Ex-Wirtschaftsminister **Peter Altmaier, CDU**.

Ex-Verkehrsminister **Scheuer** hielt Strafzahlungen in Höhe von 5.000 € für akzeptabel, das **Wirtschaftsministerium will** der Industrie noch **weiter entgegenkommen** und schlug eine Minderung der Sanktionen auf 3.500 € vor.²³²

Ex-Bundeskanzlerin **Angela Merkel, CDU**, kippte eine fertig verhandelte Abgas-Norm der EU-Kommission und erhielt am darauffolgenden Tag eine Partei-„Spende“ von BMW-Großaktionär:innen Klatten und Quandt über 690.000 €!^{233, 234}

Genau so verbindet man eine Verkehrswende; denn die Bahn zahlt keine Bestechungsgel... Pardon, „Parteispenden“.

Alle Cheflobbyisten der deutschen Automobilhersteller waren vorher Politiker oder hochrangige Beamte z. B. **Eckart von Klaeden, Joachim Koschnicke, Michael Jansen, Hildegard Müller - alle CDU**.²³⁵

Flugverkehr

Die vom BVerfG nun vorgeschriebenen deutlich kürzeren Zeiträume im **Klimaschutzgesetz** sind ohne drastische Veränderungen im Verkehr nicht möglich.

Dazu gehört auch der Flugverkehr mit seinen schädlichen Umweltauswirkungen wie z. B. Schadstoffemissionen (CO² etc.), Stickoxide, Wasserdampf, gesundheitsschädliche und **klimawirksame Gase**. Die Fliegerei ist weltweit für 5 % des menschengemachten Klimaeffekts verantwortlich, für Deutschlands Himmel allein mit über 1000 Flügen täglich, sind es 22 %. Bis zu 100 Jahre bleiben die Schadstoffe in der Atmosphäre und bewirken Umweltschäden, die niemand mehr ungeschehen machen kann. Ein Flug von Berlin nach Köln bewirkt eine CO²-Emission von 130 kg. Bei einer Zugfahrt mit gleicher Länge wird pro Passagier 10 mal weniger CO² in die Luft abgegeben.

In Deutschland wird das **Fliegen** u. a. durch den Verzicht der Mehrwertsteuer bei Fernflügen sowie der Kerosinsteuer, im Gegensatz zur Bahn, die Strom- und Dieserverbrauch versteuern muß, **jährlich mit 12 Milliarden € subventioniert**. Jährlich fliegen innerhalb Deutschlands 24 Millionen Menschen herum. Muß das sein?

Der Mediziner **Dr. Eckart Axel von Hirschhausen** meint dazu:
Kurzstreckenflüge bleiben in seiner Welt nur für eine Gruppe erlaubt – Insekten.

Die toxische Wirkung des Fliegens muß durch ein weitgehendes Inlandsflugverbot reduziert werden.

Dagegen sträuben sich lautstark - natürlich - die **CDU/CSU**, so z. B. Rechtsanwalt und stellvertretende Vorsitzende der **CDU/CSU**-Bundestagsfraktion, **Ulrich Lange, CSU** und - schon wieder - der Klimawandelskeptiker Diplombetriebswirt und **Ex-Staatssekretär Thomas Bareiß, CDU**.

Deutschland bleibt bei Forderungen zu CO²-Einsparungen „dank“ der Einflußnahme von Industrielobbyisten (Wirtschaftsrat) und Partei-“Spenden“ weit hinter allen anderen EU-Mitgliedsländern zurück.

Zum Schluß noch ein Meinungsbild über unseren Ministerpräsidenten [Dr. Markus Söder](#) von *Paul Taylor*, *Redakteur bei POLITICO* vom 15. 4. 2021 (Ausschnitt):

Gründe, warum Markus Söder nicht Deutscher Kanzler werden sollte

[Söder](#) führt die [CSU](#) an. Er ist ein **Rechtspopulist** in der Tradition von Franz Josef Strauß, dem historischen starken Mann der Partei. Sein engster ausländischer Kumpel war der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz, mit dem er einen **unwiderstehlichen Drang** teilt, **der EU die Schuld zu geben**, Merkel zu ärgern und die Schließung von Grenzen zu fordern, wann immer es politisch angebracht war.

Zwar hat Söder seine Rhetorik aufgeweicht und sich mit Blick auf die Macht in Berlin **in Richtung politischer Mitte verheddert**. Er erkannte wahrscheinlich, dass er sich den Mainstream-Wählern schmackhafter machen musste, nachdem seine schrillen Versuche, die einwanderungsfeindliche Alternative für Deutschland (AfD) bei einer Landtagswahl 2018 zu überbieten, zum schlechtesten Ergebnis der CSU in der Geschichte geführt hatten.

Es lohnt sich, sich an einige Positionen zu erinnern, die der bayerische Konservative in den letzten 10 Jahren vertreten hat, bevor er zu dem Schluss kam, dass er ein Kandidat der [CDU/CSU](#) für das Amt des Kanzlerkandidaten sein sollte.

2012 brandmarkte [Söder](#) **Griechenland** als "Geldfalle" und sagte, es solle aus der europäischen Einheitswährung gedrängt werden. "Ich glaube nicht, dass die Lösung darin liegt, Griechenland mehr Geld zu geben, sondern dass Griechenland die Eurozone verlassen sollte", erklärte er.

Als sich in Berlin und Brüssel klügere Ratschläge durchsetzten und Athen gerettet wurde und schließlich an die Finanzmärkte zurückkehrte, spielte [Söder](#) in der Innenpolitik weiter die griechische Bashing-Karte und meinte 2017: "Griechenland wird auf lange Sicht wahrscheinlich nicht in der Eurozone überleben."

Als Merkel 2015 Hunderttausenden **Flüchtlingen** und Migranten, die aus der Türkei vor den Kriegen in Syrien, Irak und Afghanistan nach Europa geströmt waren, die Tore Deutschlands öffnete, forderte [Söder](#) eine "massive Begrenzung der Migration" mit Quoten pro Land. "Wir können nicht die ganze Welt retten", erklärte er. Selbst der damalige [CSU](#)-Chef [Horst Seehofer](#) sah sich gezwungen, sich zu distanzieren und sagte, die Partei werde das Asylrecht nicht in Frage stellen.

Ein Jahr später erklärte [Söder](#), Merkels Politik der Aufnahme von Flüchtlingen sei "nicht demokratisch legitimiert" und viele Deutsche hielten es für an der Zeit, ihre "Willkommenskultur" durch eine "Kultur des gesunden Menschenverstandes" zu ersetzen und die Tore zu schließen. 2018 forderte er Bayern auf, Asylsuchende, die aus anderen EU-Ländern ankommen, einseitig abweisen zu müssen, bevor sie sich zurückzieht.

Als bayerischer Finanzminister reichte [Söder](#) 2013 eine **Verfassungsklage** gegen das System der Einkommensverteilung zwischen deutschen Staaten ein, nach dem wohlhabende Staaten wie Bayern einen Bruchteil ihrer Steuereinnahmen an ärmere Regionen, insbesondere die nördlichen Stadtstaaten Hamburg und Bremen und die ex-kommunistischen Staaten Ostdeutschlands, abführen. Er nannte das System "eine Strafe für diejenigen, die am härtesten arbeiten".

Söder ist oft als Merkels rechte Hand in der Coronavirus-Krise aufgetreten, weil er die Konferenz der Ministerpräsidenten der 16 Bundesländer leitete, die die wirkliche Macht über alle Einschränkungen der **öffentlichen Gesundheit** innehatte. Die Rolle gab ihm eine Aura von Staatsmann und Konsens-Build-er, aber es hat ihn nicht daran gehindert, **auf die EU zu prügeln** und ein vorläufiges **Nebenabkommen mit Russland** über eine Lieferung von Sputnik-Impfstoffen für Bayern auszuhandeln, wenn es von der europäischen Arzneimittel-Agentur genehmigt wird.

Es gibt wenige Themen, bei denen **Söder** seine Position nicht geändert hat. Als erbitterter Gegner von Merkels *Energiewende* war er **zunächst dagegen**, dann für den **Atomausstieg** und forderte kürzlich **das Ende** des Verbrennungsmotors bis 2035.²³⁶

"Wie immer bei **Markus Söder** stellt sich die Frage, ob der frisch grün gewaschene, baumscheuende, bienenschützende, frauenfördernde Mr. Serious da oben auf der Bühne echt ist oder ob es nur ein besonders **attraktives neues Kostüm** ist", schrieb die Journalistin Mariam Lau in der politischen Wochenzeitung „Die Zeit“.

Dieser kurze Aufriß zeigt, daß **Söder** nie ehrlich hinter einer Sache steht.

Seine **Wendehalspolitik** ist einerseits bestimmt von der mächtigen Industrielobby und andererseits, insbesondere vor Wahlen, auf möglichstes Wohlwollen des Stimmviehvolks. Rethorisch geschickt vertritt er **temporär** Themen von denen er glaubt Wählerstimmen einfangen zu können, wobei ihm die Wähler selber sicherlich nicht interessieren. Klimaschutz, Artenvielfalt, Biodiversität und Umwelt sind ihm in Wahrheit völlig egal. Vielmehr ist er immer darauf bedacht die sehr parteispendenfreudige Autoindustrie (u. a.) nicht zu vergraulen.

Daß **Söder** nur auf eine aktuelle, kurzfristige und eigennützige Politik der **CSU** aus ist, bewies eine Listenaufstellung seiner altgedienten Bundestagskandidaten mit Politik von gestern:

Stelle 1 **Alexander Dobrindt, CSU**:

Ihm werden **große Defizite** bei der **Korruptionsprävention** vorgeworfen. Dieselbetrug der Autohersteller: Er wollte ein Sammelklagerecht verhindern, verfasste den "Abschlußbericht Volkswagen" nach den Wünschen des Autokonzerns; verhinderte erfolgreich - trotz gegenteiliger Sonntagsreden - auch nur Ansatzweise eine Verkehrswende; leugnet die Wirtschaftlichkeit eines zweigleisigen Ausbaus der Werdenfelsbahn, steckt aber dafür über eine **halbe Milliarde €** in 3 kurze Autotunnels im Lkr. GAP.

Stelle 2 **Dorothee Bär, CSU**: Derzeit Digitalstaatsministerin, "Gamerin":

Glänzt durch Nichts; setzt sich für die Computerspielindustrie und dadurch eine geistige Verarmung der Jugend ein, die nicht mehr die Politik hinterfragt; denn dann würde sie nicht mehr Union wählen.

Stelle 3 Skandalminister **Andreas Scheuer, CSU**.

Scheuer traf sich 80 x mit Autolobbyisten, aber nur 1 x mit einem Umweltverband. Verkehrswende? 81 % der Bürger halten Scheuer für vollkommen untauglich. Das interessiert aber **Söder** nicht. Er setzt auf sein treues Stimmvieh.

Weitere Schandtat: Zocken mit Scheuer. Millionen € für einen Games-Standort "Deutschland"²³⁷

Für **Söder** ist also ein "Weiter so!" d e r Maßstab, ungeachtet der o. g. Ungeheuerlichkeiten.

Fazit:

Mancher Leser wird nun vielleicht einwerfen “Die Parlamentarier anderer Parteien sind auch keine Heiligen.”

Dem muß ich erwidern, sicherlich, aber bei der CDU und der CSU zieht sich dieses unsägliche Verhalten wie ein roter Faden - schon seit Hundhammerszeiten - durch die Zeit, bis heute. Man könnte sagen es ist ihr **Markenzeichen**.

Hinzu kommt, daß die Unionsabgeordneten und solche “Volksvertreter” fast immer die große Mehrheit in den Parlamenten waren bzw. leider immer noch sind.

Aber das Schlimmste ist: Leute wie oben geschildert, sitzen seit Jahrzehnten an den Schalthebeln der Macht und bestimmen so in erster Linie ihr eigenes, aber auch unsere Leben mit.

Ich müßte verrückt sein, wenn ich so eine Partei wählen würde.

Es gibt nur eine Partei in Deutschland, die in ihrer Satzung ein Partei-“Spenden“-Verbot von Firmen und kommerziellen Verbänden aufgenommen hat, die

ÖDP.

Somit ist diese Partei als einzige, gegen den für die breite Bevölkerung permanent schädlichen Einfluß von Industrielobbyisten einerseits gefeit und andererseits befähigt, eine zukunftsorientierte, gemeinwohlökonomietarierte, egoismusfreie, verantwortungsbewußte Politik zu betreiben.

Seeshaupt, 6. 7. 2021

P. S.:

Ein maßgebender Mitbegründer der ÖDP war Dr. Herbert Gruhl, der aus der CSU ausgetreten ist, da er die einseitige Wirtschaftspolitik und die völlige Ignorierung des drohenden Klimawandels nicht mehr mittragen konnte. Er schrieb das auch heute noch populäre Buch “Ein Planet wird geplündert”.

Die ÖDP entstand aus einer Abspaltung eines “grünen” Parteiverbunds in den 1980er Jahren.

Dazu paßt der hörensvalue Daily Dueck BlogCast von Prof. Dr. Gunter Dueck vom 28. Juni 2021 unter www.omnisophie.com: *Der Dreiklang der Wertschätzung zu einem unkonkreten Wahlprogramm*.

NACHTRÄGE:

18. 1. 2022 Korrektiv Wirtschaft

Guten Tag,

das neue Jahr ist gerade erst ein paar Tage alt, da macht der Freistaat Bayern schon wieder Schlagzeilen beim Thema **Korruption**. Während der Untersuchungsausschuss „Maske“ im Landtag mit der Arbeit beginnt und die dubiosen Geschäfte der CSU-Vorteilsjäger Alfred Sauter und Georg Nüßlein durchleuchtet, **fällt die bayerische Staatskanzlei bei der Korruptionsbekämpfung durch Nichtstun auf**.

Wie der *Bayerische Rundfunk* recherchiert hat, strich das bayerische Gesundheitsministerium die wöchentliche Arbeitszeit seines einzigen Kontrolleurs auf ein Viertel zusammen – pandemiebedingt, wie es heißt. Im Klartext: Der für Korruption zuständige Mitarbeiter arbeitete gerade 2 Stunden pro Woche. Noch in drei weiteren Ministerien seien laut *BR* seit Beginn der Corona-Krise Überprüfungen praktisch ausgesetzt worden. Ebenfalls pandemiebedingt nutzten indes Nüßlein und Sauter ihre Drähte in die Ministerien, um sich mit ihren Maskendeals jeweils rund 1,2 Millionen € dazuzuverdienen.

Inzwischen kämpft der Kontrolleur im Gesundheitsministerium immerhin wieder 20 Stunden pro Woche gegen Korruption, wie das Ressort mitteilt, und auch andere Ministerien wollen in diesem Jahr wieder prüfen – klingt nach einem sinnvollen Neujahrsvorsatz.

[Defizite in Bayern im Kampf gegen die Korruption](#) (*Bayerischer Rundfunk*) 17. 1. 2022

Maskenaffäre in Bayern - Defizite im Kampf gegen Korruption

Stand: 17.01.2022 10:53 Uhr

Millionendeals und die Rolle von CSU-Politikern, damit befasst sich ab heute der U-Ausschuss zur Maskenaffäre. *Nachtrag vom Juni 2023: Der nun vorgelegte Abschlußbericht des U-Ausschusses endet mit massiven gegenseitigen Vorwürfen der CSU und der Opposition.*

BR-Recherchen zeigen: Der Freistaat hat den Kampf gegen Korruption seit Jahren vernachlässigt.

Von Claudia Gürkov, Manuel Mehlhorn und Arne Wilsdorff, BR

Heute nimmt der Untersuchungsausschuss Maske im Bayerischen Landtag seine Arbeit auf. Er durchleuchtet Verquickungen von Abgeordnetenmandat und wirtschaftlichen Interessen. Im März 2021 wurden die Maskengeschäfte der CSU-Politiker [Alfred Sauter](#) und [Georg Nüßlein](#) bekannt. Beide haben ihre Kontakte in Landes- und Bundesministerien genutzt, um an Corona-Schutzmasken mitzuverdienen, jeweils rund 1,2 Millionen €.

Im Mai 2023 wurde das eigentlich zu erwartende Ergebnis vorgelegt: Gegenseitige Vorwürfe der beteiligten Parteien im U-Ausschuß, CSU gegen den Rest. Ein außerparlamentarisches, neutrales Gremium hätte ein objektives Ergebnis hervorgebracht.

Korruptionsbekämpfung mit zwei Stunden pro Woche?

Die millionenschweren Aufträge für Maskengeschäfte mit den Unternehmen Emix Trading und Lomotex etwa vergab das bayerische Gesundheitsministerium: Ohne Ausschreibung, als Direktvergabe, um möglichst schnell an dringend benötigte Schutzausrüstung zu kommen. In derselben Zeit, im März 2020, reduzierte das Gesundheitsministerium pandemiebedingt die wöchentliche Arbeitszeit seines Kontrolleurs von 20 auf 5 %. Das geht aus der Antwort auf eine Landtagsanfrage von Matthias Fischbach (FDP) hervor. "Auf eine 5-%-Stelle - bei 40 Stunden sind das 2 Stunden pro Woche - die Kontrolle für ein gesamtes Ministerium herunterzufahren, das Vergaben in Milliardenhöhe durchgeführt hat - das ist unverantwortlich", sagt Fischbach dazu. Effektive Korruptionsbekämpfung sehe anders aus.

Exklusiv 14.12.2021

Maskenaffäre Bussis und Provisionen

Am Maskendeal mit der Firma Emix wollte auch die Schwester von Ex-Staatssekretär im Bundesinnenministerium, [Stephan Mayer, CSU](#), mitverdienen.

Inzwischen hat der einzige für die Innenrevision zuständige Mitarbeiter laut Gesundheitsministerium wieder 20 % der wöchentlichen Arbeitszeit für diese Aufgabe zur Verfügung. Auf *BR-Anfrage* schreibt das Ressort außerdem, in den 2 Pandemie Jahren habe man 2 korruptionsgefährdete Bereiche geprüft.

In mehreren Ministerien keine Kontrollen seit Pandemiebeginn

Aus Anfragen des *BR* bei allen bayerischen Staatsministerien und der Staatskanzlei zur internen Korruptionskontrolle geht hervor: Neben der Staatskanzlei führten 3 Ministerien seit Pandemiebeginn keine Prüfungen mehr durch, nach eigenen Angaben teils pandemiebedingt. Dazu zählen das Bauministerium, das Kultus- und das Wissenschaftsministerium. Letzteres will erst in diesem Jahr wieder prüfen.

Das von Hubert Aiwanger (FW) geführte Wirtschaftsministerium antwortete zunächst als einziges Ministerium nicht auf die *BR-Anfrage*. Auch Anschaffungen dieses Hauses sind Gegenstand des Untersuchungsausschusses Maske. Mittlerweile hat das Wirtschaftsministerium aber geantwortet und gibt 4 Revisionskontrollen seit Pandemiebeginn an.

Generell sehen sich die Ressorts gut aufgestellt. Auch in der Pandemie könne man die Korruptionsbekämpfung sicherstellen. Das Innenministerium verweist zum Beispiel auf "frei verfügbare Online-Fortbildungsangebote" und "Informationsangebote im Intranet" für die Mitarbeiter. Das Finanzministerium nennt in seiner Antwort den Amtseid von Beamten, der Korruption verbietet.

Schon vor 10 Jahren Mängel im Kampf gegen Korruption

Seit 2004 gibt es in [Bayern](#) eine Korruptionsbekämpfungsrichtlinie. Das Innenministerium arbeitet nach eigenen Angaben an einer neuen Handlungsempfehlung. Aber diese sei nicht rechtsverbindlich. Damit gebe man lediglich "Mindestkriterien" vor, die Rechtsaufsicht für den Anti-Korruptionskampf in anderen Ministerien habe man nicht. "Das klingt mir so, als hätte da keiner in der Staatsregierung den Hut auf. Das ist nochmal eine Stufe schlimmer, als ich befürchtet hätte", erklärt Fischbach.

Bereits 2012 kritisierte der Bayerische Oberste Rechnungshof (ORH) die Korruptionsbekämpfung scharf: Die Staatsregierung setze die Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung der Korruption in der öffentlichen Verwaltung nicht konsequent um. Bayerns oberste Rechnungsprüfer zeichnen damals ein drastisches Bild:

In Ressorts mit besonders vielen korruptionsgefährdeten Bereichen, rechnen sie vor, dauere es bei zwei Kontrollen im Jahr mehr als ein Jahrzehnt, bis der Prüfungsturnus abgeschlossen sei, in einem Ministerium sogar 20 Jahre.

Experte attestiert Bayern Defizite im Kampf gegen Korruption

Korruptionsforscher Professor Sebastian Wolf von der Medical School in Berlin hat sich ein Bild von der aktuellen Situation in Bayern gemacht. Sein Fazit: Die Innenrevisionen seien personell kaum unterfüttert, in den vergangenen 10 Jahren habe sich da wenig getan. Wegen der geringen Kapazitäten würden Bereiche, die als nicht-korruptionsgefährdet eingestuft seien, nicht geprüft, die als korruptionsgefährdet geltenden Bereiche nur alle fünf bis zehn Jahre. Für Wolf, der sich auch bei Transparency International Deutschland engagiert, ist das "eine Alibifunktion". "Es ist schon auffällig, dass wir [in Bayern mit Sauter, Nüßlein und der Tandler-Emix-Geschichte](#) Sachen hatten, die **in so geballter Form in anderen Bundesländern bisher nicht aufgetaucht sind.**"

<https://www.tagesschau.de/multimedia/audio/audio-124829.html> Schwacher Kampf gegen Korruption.

Lobbyismus aktiv - Der Sumpf geht weiter so

17. I. 2022:

Der Berliner Bundestagsabgeordnete [Mario Czaja](#) sollte nach Maskendeals und Lobbykandalen der [Union](#) das Gesicht eines Neustarts werden. Nun wirft eine *Spiegel*-Recherche ein fragwürdiges Licht auf den [CDU](#)-Politiker: Offenbar könnte dieser politischen Einfluss und wirtschaftliche Interessen vermischt haben: 2017 verlor Czaja sein Amt als Gesundheitssenator in Berlin und heuerte direkt bei einer Fondsfirma an, die auf dem Gesundheitsmarkt investiert. Er soll sich mit dem damaligen Gesundheitsminister [Jens Spahn](#) getroffen haben, um für die Interessen der Firma zu lobbyieren: Dass digitale Produkte von Start-ups leichter an das Geld von Krankenkassen kommen sollen. Ein Jahr nach dem Termin trat ein Gesetz in Kraft, in dem sich Czajas Vorschläge teilweise wiederfanden.

Dobrindts und Scheuers Verkehrswende

(FDP-Wissing ist auch nicht besser)

Bereits 2020 wies wiederholt Pro Bahn auf die zerfallende Strecke der Werdenfelsbahn (Tutzing - GAP - Mittenwald) hin. GAP - Mittenwald ist wegen Unbefahrbarkeit sogar *bis mindestens Ende 2023* gesperrt! Der Markt Mittenwald beklagt seit der Bahnstreckensperrung im Juni 2022 eine Tourismusrückgang um 50 %.

Da aber für einen weiteren Straßentunnel im Loisachtal (Auerberg tunnel) das Geld fehlte, griff der damalige Nochbundesverkehrsminister **Scheuer** kurz vor dem Ende seiner Amtszeit (2021) zu seiner letzten verabscheuungswürdigen Tat: Er widmete einen für die Bahn eingeplanten 3-stelligen Millionenbetrag kurzerhand auf den Auerbergstraßentunnel um! Die Werdenfelsbahn lies er verrotten.

https://www.pro-bahn.de/weilheim/presse_show_weilheim.php?id=1009

Dobrindt „spendierte“ als Bundesverkehrsminister seinem Nachbardorf Hohenpeißenberg eine Umgehungsstraße für 100 Millionen €! Durch seinen Heimatlandkreis Weilheim-Schongau verläuft auch die Werdenfelsbahn sowie die B 2 und die B 23. Im südlichen Nachbarlandkreis Garmisch-Partenkirchen im Loisachtal wurden bzw. werden derzeit 5 Straßentunnels für über eine Milliarde € gebaut. Für die daneben liegende Eisenbahnstrecke sind bis vor dem Eisenbahnunglück im Juni 2022 hingegen 0 € investiert worden. Den seit Jahrzehnten geforderten 2-gleisigen Ausbau der völlig überlastete und maroden Werdenfelsbahn bezeichnet Dobrindt aber für unrentabel.

Folge: Das schwere Eisenbahnzugunglück in diesem Bereich bei Burgrain im Juni 2022.

Noch schlimmer: Dobrindt lies vorsätzlich die beiden Bundesstraßen B 23 und B2 so nahe an die eingleisige Werdenfelsbahnstrecke heranbauen, daß ein Ausbau der Bahnstrecke im engen Loisachtal dort nicht mehr möglich ist.

Insofern ist dieser heute immer noch Bundestagsabgeordnete **Dobrindt an dem Eisenbahnunglück mitschuld!** Er hätte die Möglichkeit als Bundesverkehrsminister gehabt die Werdenfelsbahn 2-gleisig auszubauen, was übrigens Scheuer ankündigte, falls GAP die Winterolympiade 2022 bekommen hätte.

Es ist verkehrswissenschaftlich nachgewiesen, daß die 5 Straßentunnels den Verkehrsstau nur an andere Stellen verschieben und obendrein eine Zunahme des Verkehrsaufkommens nach sich ziehen.

Süffisant: Eine Bahnfahrt von Garmisch-Partenkirchen nach München dauert heute länger als vor 100 Jahren, als die Strecke elektrifiziert wurde!

Warum werden von den Regierungsparteien immer wieder die Straßenbauobjekte eindeutig bevorzugt? Antwort: Pech der Bahn - sie zahlt keine Partei-„Spenden“.

Die wahre Gesinnung der CSU-Politiker

kommt immer mehr zu Tage:

- Andreas [Scheuer](#), die stellvertretende Vorsitzende der [CDU/CSU](#)-Bundestagsfraktion, Dorothee [Bär](#), und der verteidigungspolitische Sprecher der [CSU](#), Florian [Hahn](#) besuchten im Mai 2023 den republikanische Politiker und Gouverneur von Florida, Ron DeSantis. Scheuer will dem rechtsradikalen Republikaner eine gemeinsame amerikanisch-europäische Strategie mit den Asien-Pazifik-Staaten vorgeschlagen. Frage: Warum nicht mit einem amerikanischen Demokraten?

- Obwohl die [CDU](#) und [CSU](#) zu Hause in Deutschland jegliche Form der Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen Parteien wie der AfD scheinbar entschieden ablehnen, kooperieren sie auf europäischer Ebene freimütig mit ebensolchen rechtspopulistischen und autoritären Kräften wie Viktor Orbán – selbst wenn diese aktiv Demokratie und Rechtsstaat aushöhlen.

Ex-CSU-Chef Edmund [Stoiber](#) lud einst Silvio Berlusconi zum [CSU](#)-Parteitag ein. Manfred [Weber](#), [CSU](#), [EVP](#) unterstützt Berlusconi für die Präsidentschaft der Republik Italien. Berlusconi möchte ein Bündnis rechter Parteien in das Staatsamt bringen - bis an den äußersten Rand des Spektrums.

- [Dobrindt](#), [CSU](#), hat sich offensichtlich die Strategie des russischen Außenministers Labrows angeeignet: Er lügt und hetzt. Jüngstes Beispiel in einer ZDF-Talk-Schau am 27. April 2023, um 22:15 Uhr. Es ging u. a. um ein geplantes Heizungsgesetz, das Dobrindt vorsätzlich falsch wiedergab (Widerspruch kam sofort), Klimapolitik und „Die letzte Generation“. Er setzt die gewaltlosen sog. „Kleber“ auf eine Stufe mit der RAF-Mörderbande, weil im die uneingeschränkte „Freie Fahrt für freie Bürger“ wichtiger ist, als eine zukunftsorientierte, vernünftige Klimaschutzpolitik, wie sie die „Kleber“ fordern.

- [Söder](#) reiste schon viermal nach Moskau und traf 2020 auch mit Putin zusammen, obwohl dieser bereits 2008 die „Wiedereingliederung“ der Ukraine in das russische Reich voraussagte. Ebenso war die Krim-Annexion 2014 für Söder offenbar auch kein Hindernis.

Glorifizierung und Beleidigung gehören ebenso zum Repertoire des bayerischen [MP Söder](#) wie seine „Bemühungen“ in Russland:

Auf dem [CSU](#)-Parteitag 2023 in Nürnberg doziert Söder mit "[Bayern](#) hat das Bruttoinlandsprodukt von Saudi-Arabien, Thüringen hingegen habe nur das Bruttoinlandsprodukt von Ghana.“ Daß z. B. in Thüringen eine Halbe Bier nur 2,90 € kostet, in Bayern hingegen dem Gast z. B. 5,40 € dafür aus der Tasche gezogen werden, sagt Söder nicht.

Äußerst bedauerlich und für die Zukunft unseres Landes katastrophal ist, daß die [CSU](#)-Lemminge nie hinterfragen „Stimmt das, was die (ihre Parteigenossen) sagen?“ und „Wieso sagte der ... das?“, denn die [CSU](#)-Volksvertreter haben im Grunde nur zwei Ziele: 1. Machterhalt durch Stimmenfang und 2. Weitere Sicherung der millionenschweren Partei-„Spenden“ aus der Industrie und Finanzwelt.

„Weiter so“ rief Söder in seine jubelnde Menge. Klimakatastrophe, Kipppunkte, Erdbelastungstag etc. sind für diesen verantwortungslosen Wendehalsminister kein Thema. Mit 100 % wurde er als [CSU](#)-Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2023 wieder gewählt. Ein Ergebnis, daß man nur bei russischen und chinesischen Wahlen kennt.

Also „Weiter so“ mit dieser gestrigen, egoistischen, kurzsichtigen und verantwortungslosen Politik.

Wie gesagt: [Die CDU/CSU](#) blockiert, verwässert, verhindert, verschiebt zum Schaden der meisten Bürger, der Umwelt und des Klimas. Und jetzt kommt offenbar auch noch Lüge und Agitation dazu.

Seeshaupt im Juni 2023

Reinhardt Renz